

III. Dritte Sitzung am 21. Mai 1946

Tagesordnung

1. Bericht über die Tätigkeit des Geschäftsführenden Ausschusses
Berichterstatter: Abg. Witte
[Bildung der Arbeitsausschüsse, Bereitstellung von Räumlichkeiten, Beschaffung von Autos Dr die Fraktionen, Problem der Wohnungsbeschlagnahmen, Zuständigkeiten der Ministerien, Wahlgesetz Dr die Verfassunggebende Landesversammlung, Arbeitsgrundlagen und Tagungsräume für die Verfassunggebende Landesversammlung]
2. Bericht über die Tätigkeit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses
Berichterstatter: Abg. Fisch
[Kohleversorgung, Produktionsplanung und Eingliederung in den Industrieplan, Baustoffplanung und -verteilung, Ernährungslage, Düngemittelversorgung, Landbeschaffung, Genossenschaftswesen, Bodenreform, Interzonenhandel, Antragsentwurf des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zur Beschlussfassung Dr den Beratenden Landesausschuß bezüglich wirtschaftspolitischer Maßnahmen, Einsetzung eines zentralen Planungsausschusses, Preisgestaltung und -kontrolle]
3. Bericht über die Tätigkeit des Haushalts- und Finanzausschusses
Berichterstatter: Abg. Heißwolf
[Gemeinsamer Antrag der Fraktionen des Beratenden Landesausschusses an den Kontrollrat bezüglich Steuergesetzgebung, Schaffung einer Landeszentralbank, Ausgaben der Ministerien, gemeinsame Erklärung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern Groß Hessens zum Währungswesen]
4. Anfragen und Anträge an den Herrn Ministerpräsidenten und die Herren Staatsminister
5. Verschiedenes
[Bericht des Innenministers und des Ministerialrates Cofsmann über das Wahlgesetz für die Verfassunggebende Landesversammlung; Stellungnahme des Ministerpräsidenten zu folgenden Punkten: Wahlgesetz, Währungsproblem, Steuergesetzgebung, Ernährungslage, Industrieplan, Reparationen, Interzonenhandel und Export, Flüchtlingsfürsorge, Wohnungsbeschlagnahmen, Länderaufgliederung in der britischen Zone]

Anwesend waren:

[Vorsitzender Dr. Hilpert]

Fraktion der SPD: Abg. Knothe, Abg. Drott, Abg. Heigl, Abg. Heißwolf, Abg. Locke, Abg. Nitsche, Abg. Rehbein, Abg. Richter, Abg. Rupp, Abg. Witte, Abg. Wittrock, Abg. Zinnkann.

Fraktion der CDU: Abg. Dr. Köhler, Abg. Dr. von Brentano, Abg. Frau Epstein, Abg. Leitz jr., Abg. Leweke, Abg. Graf Matuschka, Abg. Pauly, Abg. Philipp, Abg. Frau Sevenich, Abg. Trabert, Abg. Waßmuth, Abg. Wendel.

Fraktion der KPD: Abg. Leopold Bauer, Abg. Barthel, Abg. Diez, Abg. Fisch, Abg. Krüger, Abg. Frau Mihaly, Abg. Rademacher, Abg. Schmüser, Abg. Willmann, Abg. Frau Wolf, Abg. Zängerle, Abg. Zeiß.

Fraktion der LDP: Abg. Schwarzhaupt, Abg. Hermann Bauer, Abg. Frau Brinzeu, Abg. Catta, Abg. Geiger, Abg. Kredel, Abg. Dr. Schönwandt, Abg. Stefeld, Abg. Weidner, Abg. Weinsperger, Abg. Wilhelmi.

Es fehlte und war entschuldigt Abg. Dr. Fertsch.

[Vertreter der Regierung:

Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler

Minister des Innern Venedey

Minister für Ernährung und Landwirtschaft Häring

Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung Binder

Ministerialrat Coßmannj

Der Vorsitzende, Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Hilpert, eröffnet die Sitzung gegen 9.30 Uhr mit den Worten:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die Plenarsitzung des Beratenden Landesausschusses und stelle fest, daß mehr als die Hälfte der zum Ausschuß gehörenden Mitglieder anwesend ist, so daß die Sitzung beschlußfähig ist. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, hat das Wort der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, Herr Landesrat Witte.

Abg. Witte (SPD):

Meine Damen und Herren! Es war eigentlich beabsichtigt, die Plenarversammlung schon vor einigen Wochen stattfinden zu lassen. Die Mitglieder waren aber zum Teil durch die Geschäftslage verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. Es fanden gerade in dieser Zeit Parteitagungen und Zusammenkünfte statt. Da wir Wert darauf legen, möglichst alle Mitglieder zu versammeln, haben wir diese Sitzung hinausgeschoben und auf den heutigen Tag festgesetzt. Auch die beabsichtigte Dauer von mindestens zwei Tagen ist zurückgestellt worden mit Rücksicht auf die am kommenden Sonntag stattfindenden Stadtverordnetenwahlen. Schon heute müssen eine ganze Reihe der Herren in die Versammlungen zur Stadtverordnetenwahl. Wir haben deswegen im Geschäftsführenden Ausschuß nur einen Tag für die Verhandlungen vorgesehen in der Absicht, uns darauf zu beschränken, uns die Berichte des Geschäftsführenden Ausschusses, des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und des Finanz- und Haushaltsausschusses anzuhören. Dann soll den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden, darüber zu diskutieren. Es können dann im Anschluß daran Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten gestellt werden.

Nun haben wir gestern in einer Unterredung mit Herrn Minister Dr. Hilpert eine Übereinstimmung erzielt dahingehend, da die Geschäftslage es uns kaum möglich machen wird, diese Anfragen, die bestimmt eine lange Debatte auslösen, noch heute zu erledigen, der heutigen Sitzung den Vorschlag zu machen, uns lediglich darauf zu beschränken, die Berichte anzuhören, darüber zu debattieren und durchzutagen. Wir haben dabei die Hoffnung, daß es möglich sein

wird, vielleicht bis 15 Uhr fertig zu werden, um dann die Mahlzeit einzunehmen, so daß die Mitglieder noch rechtzeitig in ihre Versammlungen kommen.

Damit sind nicht alle Damen und Herren einverstanden, indem sie ihre Anfragen für so dringend halten, daß sie heute noch erledigt werden sollten. Wir sind der Meinung, die Aussprache hierüber gelegentlich der großen Tagung am 6. und 7. Juni stattfinden zu lassen. Wir würden dann heute diese Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten weitergeben und, soweit Fachministerien in Frage kommen, auch diesen, in der Erwartung, daß sie bis zum 30. Mai schriftlich erledigt werden, um dann, wie schon ausgeführt, eine große Aussprache hierüber mit der Tagung am 6. und 7. Juni damit zu verbinden.

Es wird notwendig sein, eine Abstimmung darüber herbeizuführen: Wollen wir uns also auf die Berichte mit anschließender Debatte beschränken und die Anträge zurückstellen, oder wollen wir den Wunsch erfüllen, den besonders die Herren von der Kommunistischen Partei haben, daß wir eine Mittagspause einfügen und heute nachmittag die Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten zur Debatte stellen. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden Dr. Hilpert, über die Frage abstimmen zu lassen, entweder durchzutagen oder die Sitzung zu unterbrechen und die Anfragen heute nachmittag zu erledigen.

Abg. Bauer (KPD):

Ich möchte vorschlagen, sofort die Diskussion über die brennenden Wirtschaftsfragen vorzunehmen. Ich berufe mich bei meiner Stellungnahme auf den Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses, in dem festgesetzt wurde, heute vormittag etwa bis 1 Uhr die Berichte zu diskutieren und im Anschluß daran mit einer Mittagspause oder ohne eine solche die Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten. Ich habe, trotz alledem, was hier gesagt worden ist, noch nicht verstanden, warum eine Änderung vorgenommen worden ist, sonst hätten wir uns gestern in irgendeiner Form einigen können, und ich hätte meine Bedenken ausgesprochen. Es ist für uns keine Prestigefrage, es ist für uns eine Notwendigkeit, daß wir heute schon die Anfragen, die an den Herrn Ministerpräsidenten gestellt wurden, diskutieren. Jeder weiß, um welche Fragen es sich handelt, es sind die Fragen, die gerade in den jetzigen Tagen von gewaltiger Bedeutung sind, die ganzen internationalen Verhandlungen, in denen Deutschland im Mittelpunkt steht¹⁵⁸. Sollte es aber nicht anders möglich sein, so werde ich beantragen, daß wir als erstes heute die Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten diskutieren und dann erst die Wirtschafts- und Finanzfragen. Ob wir nun durchtagen, hat damit nichts zu tun.

Gemeint ist hier insbesondere die 2. Sitzung des Rates der Außenminister in Paris, der als feste Institution von den Teilnehmerstaaten der Potsdamer Konferenz ins Leben gerufen worden war. Seine Aufgabe sollte es sein, die dort ungelösten Fragen weiterzuverfolgen, vor allem aber Friedensverträge mit Bulgarien, Italien, Rumänien, Ungarn und Finnland zu formulieren. Der Rat erhielt ferner den Auftrag, eine Friedensregelung für Deutschland vorzubereiten. Die Außenminister tagten in zwei Perioden im April/Mai und Juni/Juli 1946 in Paris. Vgl. darüber Deuerlein, Einheit, S. 136ff.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Bevor ich weiter das Wort erteile, möchte ich Herrn Bauer auf § 20 der Geschäftsordnung über die Behandlung von Anfragen¹⁵⁹ aufmerksam machen. In Anbetracht der Tatsache, daß bei der Abfassung des Protokolls der letzten Plenarsitzung sich ziemliche Schwierigkeiten ergaben, ist darauf zu achten, daß die Geschäftsordnung in diesem Punkte respektiert wird.

Abg. Knothe (SPD):

Wir hatten im Geschäftsführenden Ausschuß den Antrag gestellt, wegen der Stadtverordnetenwahlen die Tagung überhaupt nur heute stattfinden zu lassen. Wir konnten keinen anderen Termin wahrnehmen und mußten uns also mit der heutigen Tagesordnung zufriedengeben. Ich bin der Meinung, es bei der Tagesordnung, wie sie uns vorliegt, deshalb zu belassen, weil wir in kurzer Zeit, am 6. und 7. Juni, bereits wieder tagen werden.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Darf ich zur Abstimmung folgendes feststellen: Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag des Kollegen Bauer. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so entnehme ich daraus Ihre Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Herrn Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses Witte. Dann könnte der Antrag Witte als angenommen gelten, der dahin geht, daß wir lediglich die Punkte 1, 2 und 3 der Tagesordnung behandeln und daß wir die Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten und die Ressortminister weiterleiten mit der Bitte, Ihnen eine Beantwortung bis 30. Mai zuteil werden zu lassen, damit der Geschäftsführende Ausschuß die Dinge noch besprechen und am 6. und 7. Juni in der Plenarsitzung eine wirkliche Debatte stattfinden kann.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag Bauer sind, daß zunächst die Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten behandelt werden sollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Ich stelle fest, daß dies die Minderheit ist. Dementsprechend ist der Antrag Witte angenommen.

Ich möchte ferner den Herrn Ministerpräsidenten bitten, eine kurze Erklärung abzugeben.

Ministerpräsident Prof. Geiler:

Meine Damen und Herren! Nur ein kurzes Wort, um Ihre Verhandlungen nicht aufzuhalten. Ich möchte meiner Freude Ausdruck geben, an Ihren Verhandlungen beiwohnen zu können. Ich habe sehr bedauert, daß ich bei der ersten Plenarsitzung infolge Krankheit nicht in der Lage war, der Sitzung beizuwohnen. Ich freue mich um so mehr, heute zugegen sein zu können, weil ja nur noch wenige Sitzungen dieses Gremiums in dieser Zusammensetzung stattfinden werden, wahrscheinlich heute und noch einmal, und dann wird ja an Ihre Stelle das verfassunggebende Parlament treten. Ich wollte nur in diesem Zusammenhang grundsätzlich aussprechen, daß wir uns völlig darüber klar sind, daß das dann gewählte, aus dem Volkswillen hervorgegangene Parlament nicht nur

¹⁵⁹ Nach § 20 waren Anfragen an die Staatsregierung beim Geschäftsführenden Ausschuß in schriftlicher Form einzureichen, der dann über ihre Zulassung entschied.

die Aufgabe haben wird, die Verfassung vorzubereiten, sondern daß auch die Funktionen des Beratenden Landesausschusses auf dieses Parlament übergehen werden. Wir werden das auch in einer Änderung des Staatsgrundgesetzes zum Ausdruck bringen, wobei es ganz selbstverständlich ist, daß dieses vom Volk gewählte Parlament dann seinen eigenen Präsidenten und sein Präsidium selbst wählt.

Sie hatten dann an mich den Wunsch herantragen lassen, ich möchte Ihnen über den Länderrat, seine Organisation und seine Arbeit Auskunft geben. Ich bin dazu gern bereit, möchte das aber heute nicht tun, um Sie nicht aufzuhalten, stehe aber dafür jederzeit während der dreitägigen Sitzung zur Verfügung.

Noch ein Letztes: Ich hatte vor, ein paar Bemerkungen über die allgemeine Lage zu machen, werde das aber mit Rücksicht auf den Beschluß, den Sie gefaßt haben, nicht tun. Wenn Sie aber am Schluß noch den Wunsch haben, daß ich einige Ausführungen über die allgemeine Lage mache, so stehe ich gern zur Verfügung. Dann bitte ich, mich holen zu lassen, ich werde über diese Dinge dann ganz kurz sprechen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich stelle nun zunächst noch fest, daß bei der SPD der Kollege Heigl fehlt, bei der CDU der Herr Kollege von Brentano, bei der LDP Herr Kollege Dr. Fertsch. Bei der KPD fehlt niemand. Ich halte das nur für notwendig, damit wir uns über die Beschlußfähigkeit klar sind. Wir können in die Tagesordnung eintreten, das Wort hat Herr Kollege Witte.

(Die Herren Heigl und von Brentano kamen etwas später.)

Abg. Witte (SPD):

Meine Damen und Herren! Wie ich Ihnen bereits in der Geschäftsordnungsdebatte erklärte, war beabsichtigt, eine größere Tagung des Plenums stattfinden zu lassen. Aus den von mir erwähnten Umständen war dies nicht möglich, und wir müssen uns damit bescheiden, daß diese große Tagung mit den bestimmt zu erwartenden politischen Anfragen erst am 6. und 7. Juni, unter Umständen auch noch am 8. Juni stattfindet. Der Geschäftsführende Ausschuß hat nun in der Zwischenzeit seit der letzten Plenarsitzung sich bemüht, möglichst alle Eingänge, seien es Gesetzentwürfe oder Stellungnahmen zu Verordnungen oder seien es die zahlreichen Eingaben, die direkt aus der Bevölkerung an die Adresse des Geschäftsführenden Ausschusses gerichtet worden sind, zu erledigen. Es ist dies ja auch begreiflich, in einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Not. Die Bevölkerung sieht in uns, wenn wir bis heute auch nur beratende Funktionen haben, doch eine Volksvertretung. Wir haben geschäftsmäßig alle die Eingaben, die von den Mitgliedern oder einem der Staatsminister zu erledigen sind, weitergegeben und, soweit es möglich war, die Dinge ordnungsgemäß erledigt und auch den Einsendern entsprechenden Bescheid gegeben.

Unsere erste Aufgabe bestand ja darin, die Arbeitsausschüsse zu bilden, die sich mit den einzelnen Sachgebieten zu beschäftigen hatten. Die Vorstände der Ausschüsse sind unter den vier Fraktionen aufgeteilt worden, so daß volle Parität erzielt ist. Es macht sich nun aber notwendig, daß mit der Zeit mehr parlamentarisches Leben hineinkommt. Wer jemals Gelegenheit hatte, einem größeren Parlament anzugehören, der weiß, daß dort ganz andere Voraussetzungen vorla-

gen. Es ging alles, wie es in einem großen Parlament notwendig ist. Dafür fehlen bei uns noch manche Voraussetzungen. Wir haben deshalb, um die Geschäftsordnung möglichst zu beachten, zunächst einmal darauf Wert gelegt, daß alle Anträge seitens der Fraktionen, die für die Plenarsitzung bestimmt sind, mindestens acht Tage vorher beim Büro des Landesausschusses eingereicht werden, und zwar in dreifacher Ausfertigung, damit die Dinge auch so aufgezogen werden können, daß eine prompte Erledigung in der Plenarsitzung gesichert ist. Aber auch die Wünsche der Mitglieder dieses Hauses, daß sie unter allen Umständen rechtzeitig in den Besitz der Drucksachen gelangen, sind berücksichtigt worden. Wenn es bisher in den Arbeitsausschüssen noch nicht so geklappt hat, dann bitte ich das zu entschuldigen, da tatsächlich die technischen Voraussetzungen fehlten. Ich glaube aber, Ihnen heute sagen zu können, daß wir uns jetzt so einigermaßen eingerichtet haben.

Große Schwierigkeiten bereitet die Erledigung der Raumfrage. Wir danken der Militärregierung, daß sie uns gestattet hat, hier im Kommunallandtagssaal zusammenzukommen. Andere Räume standen nicht zur Verfügung. Auch für die Arbeitsausschüsse stand nur ein Saal zur Verfügung, und zwar der, der für die Kabinettsitzungen bestimmt war. Es ist nun gelungen, das Gebäude in der Frankfurter Straße freizubekommen¹⁶⁰. Dadurch ist es möglich, daß zwei regelrechte Sitzungszimmer bereit stehen und außerdem jede Fraktion für eigene Benutzung ein Fraktionszimmer zur Verfügung hat. Das Büro des Landtags, von dem viel abhängt, ist nun auch eingerichtet. Auch ein Raum, wo die Sitzungen stattfinden, ist dort gefunden. Wenn jetzt Wünsche bestehen und beabsichtigt ist, Auskünfte einzuholen, bitte ich Sie, sich mit dem Büro in Verbindung zu setzen, wir werden uns dann sofort bemühen, allen Wünschen Rechnung zu tragen. Wir werden ja voraussichtlich nur noch einmal tagen, und zwar, wie schon betont, am 6., 7. und 8. Juni, und dann abgelöst durch die Verfassunggebende Versammlung. Aber in der Zwischenzeit war es vielen der Herren nicht möglich, rechtzeitig zu den Sitzungen zu erscheinen. Deshalb hat uns im Geschäftsführenden Ausschuß auch die Autofrage Sorge bereitet. Wir haben eine Besprechung einberufen, an der einmal der Herr Ministerpräsident persönlich teilnahm und dann auch die Herren von der Fahrbereitschaft. Wir haben tatsächlich erlebt, daß trotz aller Anordnungen den Fraktionen Autos zur Verfügung gestellt wurden, die nur als Museumsstücke angesehen werden könnten. Entweder es fehlen die Reifen oder die Batterien, kurz, es war absolut nichts damit anzufangen. Auch die Mitteilung, daß aus den drei Regierungsbezirken siebenzig Autos angeliefert seien, hat nicht ausgereicht, wenigstens die allerdringendsten Wagen für den Landesausschuß zur Verfügung zu stellen, so daß der Herr Ministerpräsident letzten Endes von seiner Macht Gebrauch machte und eine Entscheidung getroffen hat, so daß wir heute noch in den Besitz der vier ersten Wagen kommen. Es wird Ihnen nachher noch bekanntgegeben, die vier Wagen stehen bereit, und es hängt von Ihnen ab, wie Sie die Verteilung vornehmen. Um aber nicht zu optimistisch zu sein und sich im Geiste schon auf Gummi abrollen zu sehen, wurde mir von Kennern geraten, wir möchten einen Trauerflor anlegen, denn zwei der Wagen hätten keine Bereifung, bei den ande-

¹⁶⁰ Siehe Einleitung S. 16.

ren fehle es an Batterien. Da wir heute aber so sehr auf Hoffnung eingestellt sind, so wollen wir hoffen, daß es uns im Januar 1947 gelingen wird, die erforderlichen Autos zu erhalten. In der Zwischenzeit wollen wir hoffen, mit den vier ersten Wagen auskommen zu können.

Dies vorweg, andere Sorgen sind viel ernster und schwerer, vor allem in der Frage der Wohnungsbeschlagnahme. Sie wissen aus Ihren Heimatkreisen, wie unglücklich die Einwohner durch die plötzlichen Wohnungsbeschlagnahmen sind ¹⁶¹, daß die Leute zum Teil gar nichts mitnehmen dürfen und in helle Verzweiflung geraten. Wir haben es deswegen für unsere Pflicht gehalten, daß wir eine Delegation, also den Vorstand des Geschäftsführenden Ausschusses, zum Ministerpräsidenten entsandten und selbst den Versuch machten, den Herrn Ministerpräsidenten zu überzeugen, daß wir unsere Einwohner auf diese Weise nicht von der Demokratie überzeugen können, wenn sie schutzlos allen Maßnahmen preisgegeben sind. Es wird vielleicht der Herr Ministerpräsident im Laufe der Sitzung Gelegenheit nehmen, den Erfolg seiner Verhandlungen bekanntzugeben. Wir wissen von Herrn General Clay, daß eine Aufhebung der Wohnungsbeschlagnahme, zum mindesten aber eine Milderung zu erwarten ist und die Leute Sachen mitnehmen können sowie auch sonst ihre Rechte gewahrt werden sollen. Ich möchte noch hinzufügen: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Gerade gestern haben wir wieder gehört, daß alle diese Bemühungen ins Gegenteil umgekehrt worden sind, daß von den Herren gesagt wird: „Das interessiert uns nicht, hier haben Sie keinen Zutritt, es bleibt so, wie wir es bestimmt haben.“ Das hat natürlich seine Folgen. Man spürt es an der Lethargie, die heute in weite Kreise eingedrungen ist, weil sie in dem Glauben an die Demokratie erschüttert werden.

Wir haben in dem Verfolg unserer Verhandlungen eine ganze Reihe von Beschwerden gehabt, in denen man sich über die Zuständigkeiten in den Ministerien nicht einig wurde. Wir haben Gelegenheit genommen, mit dem Herrn Ministerpräsidenten zu verhandeln, und der Herr Ministerpräsident hat uns die positive Zusage gegeben, daß er mit dem Ausschuß der Meinung ist, daß bei den Ministerien die Legislative und bei der Verwaltungsbehörde die Exekutive liegen soll, also die tatsächliche Verwaltung. Der Herr ¹⁶² Ministerpräsident hat gebeten, abzuwarten, bis der dafür eingesetzte Ausschuß uns in den nächsten Tagen einen eingehenden Bericht erstattet über die ganze Verwaltungsreform-

¹⁶¹ Die Beschlagnahme von Wohnraum durch die amerikanische Besatzungsmacht führte zu großen Problemen, da die ihrer Wohnungen beraubten Menschen angesichts der großen Wohnungsknappheit nur notdürftig untergebracht werden konnten und zudem noch Wohnraum für die große Zahl der Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden mußte. Bis zum Dezember 1946 waren durch die Wohnungsbeschlagnahmen der Besatzungsmacht fast 44000 einzelne Wohnräume im Regierungsbezirk Wiesbaden belegt worden. Vgl. die Denkschrift über die Wohnraumbeschlagnahmen durch die Besatzungsmacht v. 7. Dezember 1946 in HStAW Abt. 508 Nr. 2049.

¹⁶² Das Kabinett hatte am 18. Januar 1946 den Beschluß gefaßt, einen „Ausschuß für Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsreform“ unter Vorsitz des Innenministers Venedy einzuberufen. Der Ausschuß tagte in neun Sitzungen von Februar bis Juni 1946. Die Protokolle der Sitzungen finden sich in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 5.

frage. Dem Ausschuß wird dann Gelegenheit gegeben, vom Standpunkt der Volksvertretung aus dazu Stellung zu nehmen.

Eine andere Frage: die Frage des Wahlgesetzes. Ich weiß nicht, ob es eines schönen Sonntags war, als ich Gelegenheit hatte, das Wahlgesetz für die Verfassunggebende Versammlung durchzulesen. Das eigentliche Wahlgesetz haben wir noch nicht erhalten, und da wir uns im Geschäftsführenden Ausschuß darüber Klarheit verschaffen wollten, haben wir im Ministerium des Innern vorgesprochen. Herr Ministerialrat Coßmann war in der Sitzung zugegen und hat es im Schweiße seines Angesichts unternommen, uns in die hohe Wissenschaft dieses Wahlgesetzes einzuführen. Wir haben zugestimmt und so getan, als ob wir es verstanden hätten. Ich persönlich kann nicht versprechen, Ihnen einen Vortrag darüber halten zu können. Hoffentlich erleben wir keine bittere Enttäuschung. Und dann haben wir wörtlich beschlossen:

- „a) Der Herr Innenminister wird gebeten, bei der Militärregierung vorstellig zu werden, damit die Bestätigung des Wahlgesetzes im Interesse eines baldigen Beginns der Wahlvorbereitungen beschleunigt wird.
- b) Da das Wahlgesetz nicht leicht verständlich ist, wird dem Herrn Innenminister vorgeschlagen, eine Broschüre mit dem Wahlgesetz und den nötigen Erklärungen für alle Wähler zu veröffentlichen.

(Zuruf des Innenministers: Unmöglich!)

Sie werden ja später Ihre Meinung dazu sagen. Wenn wir als Wahlredner auf die Volksmenge losgelassen werden, dann ist es ganz selbstverständlich, daß allerlei Anfragen gestellt werden: „Was heißt das, was bedeutet der Paragraph soundso?“, und da wir nicht im Besitze des Wahlgesetzes sind, ist die Antwort gar nicht leicht. Man sieht, auf diesem Gebiet eröffnen sich für den Volksvertreter allerlei Schwierigkeiten. Ich hoffe, daß der Herr Innenminister uns nachher im einzelnen doch etwas Gutes berichten kann.

Wir haben uns im Geschäftsführenden Ausschuß dann auch damit beschäftigt: Wie sollen die Dinge eigentlich weitergehen? Der Herr Ministerpräsident hat ja vorhin erklärt, uns über die Verhandlungen des Länderrats laufend zu unterrichten. Wir selbst haben beantragt, daß auch die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses und auch die Mitglieder der Arbeitsausschüsse mitdelegiert werden zu den Verhandlungen in Stuttgart, damit auf Grund der gewonnenen Erfahrungen, sagen wir, durch das In-Verbindung-treten mit den Herren aus den anderen Gebieten, eine Übereinstimmung erzielt wird, weil letzten Endes wir ja alle Interesse daran haben, möglichst gleichmäßig etwas zu machen, da ja diese einheitliche Marschrichtung unbedingt notwendig ist.

Weiter haben wir uns damit beschäftigt: Wie soll die Verfassunggebende Versammlung in ihrer Aufgliederung eigentlich arbeiten? Dabei haben wir es für selbstverständlich gehalten, daß wir einmal ein eigenes Präsidium haben, daneben ein eigenes Landtagsbüro, wenn auch bescheiden, aber so, daß in technischer Beziehung alles klappen muß; sonst finden zwar Sitzungen statt, aber es ist keine fruchtbare Arbeit, die geleistet wird. Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, daß er einer Meinung ist mit dem Geschäftsführenden Ausschuß, daß also das Präsidium so gewählt wird, wie wir es vorgeschlagen haben. Außerdem hat die Verfassunggebende Versammlung ihren eigenen Etat, hat also über ihre Aus-

gaben selbständig zu verfügen. Es ist selbstverständlich, daß alle Einrichtungen, die wir brauchen, beschafft werden sollen.

Nun, das Wichtigste ist auch für die Verfassungsgebende Versammlung, die wir ja vorbereiten helfen müssen, die Beschaffung der Raumfrage. Ich will mich nicht in Kleinigkeiten verlieren, um etwa über die Bedeutung des Geschäftsführenden Ausschusses noch manches zu sagen, ich will nur erklären, daß wir einmütig der Auffassung waren, daß das einzige Gebäude, das in Frage kommt, das ehemalige Schloß am Marktplatz ist. Dort wäre es möglich gewesen – und hoffentlich wird es noch möglich –, ein Parlament zu errichten, das Gebäude so aufzuteilen, daß sich Räume für die Plenarsitzung, für die Arbeitsausschüsse sowie für besondere Sitzungen ergeben. Es ist bereits ein Plan entworfen; das Gebäude braucht zur Herstellung eine Bauzeit von mindestens fünf Monaten. Wie der Herr Staatssekretär vorschlägt, soll eine provisorische Lösung gefunden werden, wonach die Herstellungsarbeiten darauf eingestellt werden, daß es möglich sein würde, dieses Schloß wenigstens zu einem Teil bei den Beratungen der Verfassungsgebenden Versammlung benutzen zu können. Es gilt, 90 Abgeordnete unterzubringen und ihnen Arbeitsmöglichkeit zu geben. Nun hören wir zu unserem Bedauern, nicht nur von deutscher Seite, sondern auch seitens der Besatzung, daß die hohen historischen und künstlerischen Interessen, die mit diesem Schloß verbunden seien, es unmöglich machten, das Gebäude für die Arbeiten freizugeben. Es ist die große Sorge, daß wir uns auf dem Parkett nicht benehmen könnten, auch daß vielleicht die Möbel irgendwie beschädigt werden könnten. Das sind nicht unsere Sorgen. Nun ist gestern abend die Mitteilung gekommen, daß es vielleicht doch möglich sein wird, das heißt, in nächster Zeit seitens der Militärregierung eine Sitzung einberufen werden soll, an der auch wir teilnehmen sollen, um alle Fragen zu besprechen. Wahrscheinlich wird man dann, wenn wir feierlich geloben, uns kultiviert zu benehmen, einen Teil der Räume zur Verfügung halten¹⁶³

(Zurufe: Filzpantoffeln!)

Auch das ist überlegt worden, aber es gibt keinen Filz. Es ist also ganz erklärlich, daß uns auch die Raumfrage große Sorge macht. Aber etwas muß geschehen.

Die Sorgen, unter denen heute die Bevölkerung leidet, sind ja viel größer. Ich bringe nur die Frage der Ernährung in die Erinnerung. Wir werden alles aufbieten, um zu helfen, soweit es irgendwie möglich ist. Ebenso ist es auch mit der Frage der Kleidung, die so oder so gelöst werden muß, ferner die Wohnungssorge und die Sorge um die Flüchtlinge. Überall muß geholfen werden. Aber die

¹⁶³ Auch zu Beginn der Sitzungen der Verfassungsberatenden Landesversammlung waren die Arbeitsbedingungen für das Plenum immer noch denkbar schlecht. Es war nicht gelungen, die Räumlichkeiten im Schloß rechtzeitig zu Sitzungsbeginn herzurichten. So mußte die 1. Sitzung der Verfassungsberatenden Landesversammlung am 15. Juli 1946 in der Aula des damaligen Realgymnasiums für Jungen an der Oranienstraße stattfinden. Die Aula der Gewerbeschule in der Wellritzstraße war Tagungsort für das Plenum in zwei Sitzungen im August. Im September konnte dann erstmals eine Plenarsitzung im Schloß stattfinden. „Aus technischen Gründen“ fand jedoch die Schlußsitzung der Verfassungsberatenden Landesversammlung am 29. Oktober 1946 wiederum in der Aula der Gewerbeschule statt. Vgl. Lengemann, Hessen-Parlament, S. 39ff.

Macht liegt ja nicht bei uns, sondern bei der Militärregierung. Ich muß immer wieder sehen, daß weite Teile der Bevölkerung das nicht auseinanderhalten können und uns verantwortlich machen für Dinge, für die wir nichts können. Ich kann hier nur immer wieder erklären, daß es unser Bestreben ist zu helfen, wo es nur geht. Ich glaube, ohne Unterschied der Partei sagen zu können, daß wir alles aufbieten, das Vertrauen, das uns die Wähler bisher entgegengebracht haben, zu rechtfertigen. Aber wir können nichts Unmögliches, der Wille ist allseits vorhanden, und ich hoffe, daß es gelingen werde, die großen Fragen wirtschaftlicher und politischer Art in der Sitzung am 6. und 7. Juni eingehend zu behandeln, um dann den Weg freizumachen für das erste wirkliche Parlament, die Verfassunggebende Landesversammlung, die dann berufen ist, unter mehr Bewegungsfreiheit der Bevölkerung zu helfen und damit unsere eigentliche Aufgabe zu erfüllen.

Damit will ich mit Rücksicht auf die heutigen Zeitverhältnisse meinen Bericht beenden. Ich kann Ihnen nur sagen, daß wir uns bemüht haben, unserer Aufgabe gerecht zu werden und bitte, wenn Sie nachher an die Kritik herangehen, auch das zu berücksichtigen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Ich stelle den Bericht des Herrn Abgeordneten Witte zur Aussprache. Ich möchte zuerst den Herrn Minister des Innern fragen, ob er zu dem Wahlrecht zur Verfassunggebenden Landesversammlung etwas zu sagen hat.

Minister des Innern Venedey:

Herr Ministerialrat Coßmann wird die nötigen Aufklärungen geben.

Vorsitzender Dr. Hilpert — fortfahrend —:

Es wird also nachher Herr Ministerialrat Coßmann, der wohl geholt wird, als Sachbearbeiter die gewünschte Aufklärung geben.

Wird sonst noch ein Bericht gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung, und ich bitte den Kollegen Fisch, darüber zu berichten.

Abg. Fisch (KPD):

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen Bericht zu erstatten über die Tätigkeit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses. Es wurde zu Beginn gewählt der Vorsitzende in meiner Person, als Stellvertretender Vorsitzender Herr Graf Matuschka und als Schriftführer Herr Richter von der Sozialdemokratischen Partei.

In zwei Sitzungen¹⁶⁴, die der Wirtschaftspolitische Ausschuß abgehalten hat, sind eine Reihe für unsere Existenz wichtiger Probleme behandelt worden. Es wäre übertrieben, zu behaupten, daß unsere bisherige Tätigkeit genügt hätte, sich bereits auf die schwierige Lage unseres Wirtschaftslebens und unserer Ernährung auszuwirken. Dafür ist die Zeit, die zur Verfügung stand, zu gering,

¹⁶⁴ Der Ausschuß war am 29. April und am 7. Mai 1946 zusammengetreten. Die Protokolle der Sitzungen finden sich in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 18.

und wir wollen hoffen, daß diese Einschränkung im kommenden wirklichen Parlament dahinfällt. Die beiden Sitzungen haben sich damit zufriedengegeben, zur Einleitung Berichte der drei zuständigen Ministerien anzuhören und in der darauffolgenden Diskussion einige wenige Hauptprobleme herauszugreifen, um darüber eine Reihe von Wünschen anzubringen und sie auch zum Teil hier für das Plenum des Landesausschusses zu formulieren.

In der ersten Sitzung begann der Wirtschaftsminister Dr. Mueller mit einem sehr aufschlußreichen Bericht über einige der entscheidenden Probleme unserer wirtschaftlichen Situation. Er behandelte insbesondere diejenigen Fragen, die dem Ingangkommen der Wirtschaft die bedeutendsten Hindernisse bereiten: Erstens die schwierige Lage unserer Kohlenversorgung, zweitens die Einschränkungen, denen unsere Produktion unterworfen ist durch Vorschriften des interalliierten Produktionsplanes und die Leistungen auf Reparationskonto, drittens die Zerschneidung Deutschlands in vier Zonen, die es bisher unmöglich gemacht hat, eine einheitliche Wirtschaftsplanung, eine einheitliche Handels- und Währungspolitik durchzuführen und über die auch in der Diskussion eine besonders eingehende Debatte geführt worden ist. Schließlich handelt es sich um das Problem der behördlichen Lenkung der Produktion, um die Schaffung von Organen, in denen die Vertreter der Bevölkerung, der politischen und berufsständischen Vertretungen Gelegenheit erhalten, an der Planung und Lenkung der Produktion mitzuwirken, das heißt, es geht nicht allein um die Schaffung von Ausschüssen bei behördlichen Organen, sondern auch um den Aufbau des gesamten Apparates nichtamtlicher Wirtschaftsorgane und zweckmäßige Eingliederung in das Wirtschaftsleben im Interesse einer schnellstmöglichen Steigerung der Produktion.

Zum ersten Problem der Kohle wäre zu sagen, daß wir nicht allein darunter leiden, daß die uns zugesagten Lieferungen aus der britischen Zone nicht in vollem Maße eintreffen, sondern auch darunter, daß die eigene Kohlenproduktion in Groß-Hessen, obwohl sie nur aus Braunkohle besteht und nicht für alle Bedürfnisse unserer Wirtschaft genügen kann, auch mengenmäßig nicht, nicht den Wünschen und Forderungen hinsichtlich ihrer Leistung entspricht, daß der Umfang der Produktion aus verschiedenen Gründen stagniert, zum Teil rückläufig verläuft, daß also darum hinsichtlich der Energieversorgung, hinsichtlich der Versorgung der Wirtschaft mit Industriekohle und nicht zuletzt auch in Hinsicht auf die Versorgung mit Hausbrand für den kommenden Winter bedenkliche Gefahren entstanden. Der Herr Minister ist der Auffassung, daß bis zum Frühjahr 1947 erstmalig annähernd von einer Normalisierung der Kohlenversorgung gesprochen werden kann, vorausgesetzt, daß die Abmachungen, die hinsichtlich der Kohlenversorgung mit der britischen Zone getroffen worden sind, eingehalten werden'.

¹⁶⁵ Bis Ende 1947 sollten sich die erwünschte Steigerung der deutschen Kohleproduktion und die Überwindung der schwierigen Ernährungslage jedoch weiterhin als schwerwiegende Probleme erweisen, die zudem noch eng miteinander verbunden waren. Während die britische Besatzungszone auf Nahrungsmittellieferungen aus der amerikanischen Zone angewiesen war, hing letztere wiederum fast vollständig von der Kohle- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes ab. Die Bergarbeiter an der Ruhr waren jedoch knapp und überaltert. Hinzu kam die Reduzierung der täglichen Nahrungszuteilung von 3400 auf 2900 Kalo-

Zugzweiten Frage, Produktionsplanung und Eingliederung in den Industrieplan, ist Ihnen bekannt, daß im Gegensatz zu den Friedensbedingungen von Versailles die Reparationen diesmal nicht in Barzahlungen geleistet werden, sondern mittels Lieferungen von Industrieanlagen. Wir haben in unserem Lande zwar die Folgen der Lieferungsverpflichtung an industriellen Ausrüstungen erst in den allerersten Anfängen verspürt, aber die Möglichkeit, daß wesentliche und wertvolle Betriebe auf Reparationskonto zur Verfügung gestellt werden müssen¹⁶⁷, rückt immer näher und wird zu einer Tatsache werden. Insbesondere beschäftigen wir uns momentan mit der Frage, ob eines der beiden wichtigen Zementproduktionswerke, Buderus-Wetzlar, der Demontage verfallen soll oder nicht. In bezug auf den Industrieplan, den der Interalliierte Kontrollrat am 28. März¹⁶⁸ beschlossen hat, ist für uns wohl die entscheidende Frage die: Gelingt es uns im Rahmen dessen, was uns die Zahlen des Interalliierten Kontrollrats belassen, die eigene Kapazität bis zur äußersten Leistung auszuwerten? Ferner: Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, welche Möglichkeiten entstehen dann, auf die Verfasser des Produktionsplanes in der Hinsicht einzuwirken, daß die ungenügenden Zahlen, die in diesem Produktionsplan niedergelegt sind, erweitert werden dann, wenn wir den Beweis erbracht haben, daß wir mit unseren eigenen Kräften bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen sind? Hierzu gehört aber, wenn wir diese Grenzen der Leistungsfähigkeit erreichen wollen, daß wir Bezug nehmen auf das, was uns in den Potsdamer Beschlüssen zugesagt ist. In den Potsdamer Beschlüssen wird uns garantiert die wirtschaftliche und politische Einheit unserer Heimat, wird uns garantiert die Schaffung zentraler Verwaltungsstellen, insbesondere für alle Fragen der Wirtschaft, des Verkehrs, der Sozialpolitik, der Finanzpolitik. Obwohl seit den Pots-

rien. Die schlechten Umstände hatten im März 1946 zu einem Produktionsrückgang von 20% auf 900000 Tonnen geführt. Vgl. Latour/Vogelsang, S. 153 f.

¹⁶⁶ Am 28. März 1946 hatte der Kontrollrat den ersten Industrieplan für Deutschland verkündet, nachdem die Beratungen schon seit September 1945 vom „Ausschuß für Industriekapazität“ beim Wirtschaftsdirektorium des Kontrollrates geführt worden waren. Der Plan verbot alle auch nur indirekt kriegswichtigen Industriezweige, z. B. neben der Rüstungsproduktion auch den Bau von Hochseeschiffen, Flugzeugen und schweren Traktoren. Zudem sollten zwölf weitere wichtige Industriezweige, denen eine mittelbare militärische Bedeutung beigemessen wurde, nur eingeschränkt produzieren. Allein im Kohlebergbau sollte ohne Einschränkungen gearbeitet werden dürfen. Der Industrieplan wurde jedoch nicht umgesetzt, da seine Voraussetzung, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, nicht erfüllt werden konnte. Abdruck des Planes bei Ruhm von Oppen, Documents, S. 113ff.

¹⁶⁷ Während die Aufteilung der Reparationsleistungen zwischen Ost und West durch den Kontrollrat vollzogen wurde, mußten die für den Westen bestimmten Betriebe von der sogenannten Interalliierten Reparationsagentur (TARA) in Brüssel den verschiedenen Ländern zugeteilt werden. Diese Einrichtung war das Ergebnis der sogenannten Reparationskonferenz im November/Dezember 1945 in Paris, an der Vertreter von 18 Regierungen teilnahmen. Auf der Konferenz einigte man sich über die Anteile eines jeden Landes an der Gesamtsumme der Reparationen. Alle Reparationsgüter wurden über die Konten der Interalliierten Reparationsagentur (TARA) abgerechnet. Zum Reparationsproblem vgl. auch die Arbeit von Jörg Fisch: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1992, hier S. 109ff.

¹⁶⁸ Der Abg. Fisch nennt den 29. März.

damer Beschlüssen schon eine bedenklich lange Zeit verstrichen ist, sind wir heute von der Realisierung dieser Versprechungen noch immer sehr weit entfernt, ja man kann sagen, daß nur die allerprimitivsten Ansätze dazu vorhanden sind, die sich in der Praxis noch nicht ausgewirkt haben. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß ist nach den Darlegungen des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Mueller über die Bemühungen zur Ingangsetzung des Interzonenhandels zu der Ansicht gelangt, daß es nicht nur darauf ankommt, den Interzonenhandel zu intensivieren, wofür alle Anstrengungen gemacht werden müssen, sondern man war sich auch darüber klar, daß man nicht bei dem Interzonenhandel allein stehenbleiben könne, sondern Wert darauf legen muß, daß so bald wie möglich zentrale Instanzen für die Lenkung unseres Wirtschaftslebens in Deutschland geschaffen werden.

Zur Frage der Lenkung des behördlichen Apparates berichtete uns Herr Dr. Mueller über die Absicht, bestimmte Ausschüsse beim Minister für Wirtschaft und Verkehr zu schaffen und dabei auch Vertreter der einzelnen Berufsinstanzen heranzuziehen.

Im zweiten Teil der Ausschußsitzung nahm der Bericht des Vertreters des Ministeriums für Wiederaufbau einen erheblichen Raum ein. Ich kann hier nicht über alle Fragen mit der erforderlichen Ausführlichkeit sprechen und möchte nur darauf hinweisen, daß es nötig ist, möglichst rasch eine Klärung der verworrenen Situation auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen, ferner auch eine Regelung bezüglich der Baustoffe. Der Vertreter des Wiederaufbauministeriums machte uns die erfreuliche Mitteilung, daß die ab 1. April in Kraft getretene zentrale Lenkung der Baustoffe sich bereits sehr vorteilhaft ausgewirkt hat und daß das Ministerium im Begriff sei, Bauausschüsse zu schaffen, die die Verteilung und Lenkung sämtlicher Baustoffe herbeiführen sollen. Es ist dabei vorgesehen, daß die Baugenehmigung von oben erfolgt, das heißt durch die Exekutivorgane der Verwaltungen, daß aber die Baufreigabe von unten erfolgt, und zwar nur mit der Zustimmung der Bauausschüsse bei den verschiedenen Verwaltungsstellen, der Bauausschüsse, die sich in paritätischer Form aus Vertretern aller politischen Parteien und dem Dezernenten des Bauamtes zusammensetzen. Es wäre in diesem Zusammenhang vielleicht darauf hinzuweisen, daß, wenn wir auf dem Gebiet der Baustoffe zu einer befriedigenden Lösung gelangen wollen, es nicht allein darum geht, ein Verteilungssystem unter Mitwirkung aller wirtschaftlich interessierten Kreise zu schaffen, sondern auch den Umfang der Baustoffe, die uns zur Verfügung stehen, zu steigern. Wir danken es dem Ministerium für Wiederaufbau, daß es uns in diesen Tagen zum ersten Mal zahlenmäßige Unterlagen für die zur Verfügung stehenden Baustoffe gegeben hat, und wir haben daraus zum ersten Mal entnehmen können, in welchem erstaunlich hohem Maß die Besatzungsbehörden an der Inanspruchnahme der kärglich bemessenen Baustoffe beteiligt sind, besonders hinsichtlich Zement, Ziegelsteinen und Glas¹⁷⁰, also Waren, die zu den Grundstoffen unserer Wiederaufbautätigkeit

¹⁶⁹ Zur Übersicht über die Baustoffverteilung erstellte das Ministerium für Wiederaufbau eine monatliche Abrechnung. Vgl. NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 6b.

¹⁷⁰ Vgl. ebd. So beanspruchten die Amerikaner z. B. für die Monate Mai und Juni fast die gesamte Produktion an Dachziegeln und Backsteinen für sich.

gehören und auf die wir in so hohem Maße nicht verzichten können, wenn wir nicht gewärtigen wollen, daß alle unsere Reden über die Notwendigkeit des Wiederaufbaues verpuffen und als Geschwätz abgetan werden.

Es wurde schließlich darauf hingewiesen, daß bei der Planung und Verteilung der Baustoffe insbesondere die Notlage der Städte berücksichtigt werden muß. Wir entnehmen aus dem Bericht des Wiederaufbauministeriums, daß beispielsweise einer der wohl stärksten in unserem Land zerstörten Städte, nämlich Kassel, im Monat April nur 800 Tonnen Zement zur Verfügung gestellt werden konnten. Ferner wurde gesagt, daß nur Reparaturleistungen in Betracht kämen und daß Neubauten nicht bewilligt werden könnten.

Der dritte Bericht im Wirtschaftspolitischen Ausschuß war der von Ministerialrat Dr. Häbich¹⁷¹ vom Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft über unsere Ernährungslage. Er ging aus von der äußerst ernsten Situation, in der wir durch verschiedene Umstände uns heute befinden, nicht zuletzt auf Grund des Umstandes, daß uns die Besatzungsmacht vor einigen Monaten noch erklärt hat, daß es nicht unsere Sorge sei, uns um die Sicherung der Ernährung zu bekümmern, daß vielmehr die Lieferungen aus dem Ausland absolut garantiert seien und uns jeder Sorge um die Hereinbrechung einer Hungersnot entbinden würden. Leider sind alle Mahnungen in den Wind geschlagen worden, so daß infolge der Rationenhöhe der vergangenen Zeit nun die vorhandenen dringlichsten Mengen an Lebensmitteln aufgebraucht sind und nun die Gefahr besteht, daß wir bis zur Einbringung der nächsten Ernte den Anschluß nicht finden werden. Ich brauche über die Einzelheiten hier nicht zu sprechen, sie sind Ihnen bekannt, aber wir alle müssen uns klar sein darüber, daß jede Diskussion über das Ernährungsproblem davon ihren Ausgang nehmen muß, was nun im Moment zu geschehen hat, um die äußerste Gefahr zu vermeiden, und um zu verhindern, daß auch im kommenden Jahr 1947 trotz aller schönfärberischen Prognosen die Katastrophe, der wir entgegengesehen, nicht noch erweitert wird.

Herr Ministerialrat Dr. Häbich wies auch auf die Düngemittelversorgung hin. Wir haben wohl genügend Kali, jedoch sind die Bemühungen, Stickstoff hereinzuholen, bisher wenig erfolgreich gewesen. Weiter wies er auf die Tatsache hin, daß es immer noch eine größere Menge von Flugplätzen gibt, die noch nicht dem Zwecke der Ernährung zugänglich gemacht wurden. Es wurde die Zahl von 10 000 Hektar genannt. Schließlich möchte ich aus den Mitteilungen des Herrn Dr. Häbich erwähnen, daß ein Landwirtschaftskammergesetz in Bearbeitung ist, das demnächst dem Landesausschuß beziehungsweise dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß vorgelegt werden soll¹⁷².

Im Gange ist außerdem der Prozeß der Demokratisierung des Genossenschaftswesens. Es wird mitgeteilt, daß man momentan dabei ist, überall die Geschäftsführer auf demokratischer Grundlage zu wählen, und daß auch die Zentralinstanzen in diesen Tagen in demokratischer Form neu gewählt worden sind.

¹⁷¹ Theodor Häbich (1893—1960) war 1945 als Landwirtschaftsreferent zum Darmstädter Regierungspräsidium gekommen und wechselte im März 1946 als Ministerialrat ins Ministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten.

¹⁷² Vgl. Anm. 17.

Schließlich erklärte Herr Dr. Häbich, daß einer Durchführung der Bodenreform in unserer Zone, insbesondere in Groß-Hessen, eine Reihe von Überlegungen entgegenstehen; einmal, daß wir hier keine so dünne Bevölkerungsdecke besitzen wie in den Gebieten östlich der Elbe, daß wir also eine zu dichte Bevölkerungsdecke hätten, um uns im gegenwärtigen Moment eine Bodenreform leisten zu können; ferner, daß wir nicht so viel Großgrundbesitz in unserem Lande besäßen, als daß seine Beseitigung eine Wandlung im sozialen Gesicht unseres Landes herbeiführen könnte, und schließlich war es die Meinung des Ministeriums, daß eine Bodenreform grundsätzlich nicht vor der Regelung der Währungsfrage in Betracht kommen dürfe¹⁷³

In den Auseinandersetzungen über dieses Referat wurden insbesondere drei Punkte herausgestellt, die dann auch auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses standen: als erstes die Frage des Interzonenhandels. Ich wies bereits darauf hin, daß alle Parteien der Auffassung sind, daß die bisherigen Bemühungen zur Intensivierung, zur Ausdehnung des Interzonenhandels entscheidend vervielfältigt werden müssen, und zwar mit allen Zonen, daß Organe geschaffen werden sollen, die den Interzonenhandel gleichzeitig mit allen vier Zonen regeln und lenken, daß schließlich auch innerhalb unserer Zone eine Koordinationsstelle geschaffen werden müßte, um alle Beschlüsse der drei Länder der amerikanischen Zone auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Es wurden auch Teilfragen dabei erwähnt, zum Beispiel die Schaffung der so dringend benötigten Düngemittel. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß man darauf achten solle, daß bei der Verteilung der im Interzonenhandel ankommenden Güter nicht eine Vermischung zwischen wirtschaftlicher Notwendigkeit und staatlicher Planung einerseits und privatem Interesse andererseits vorkomme. Es wurde darauf hingewiesen, daß die „Importgesellschaft“ nicht unmittelbar wirtschaftlich notwendig in den Interzonenhandel eingeschaltet werden müsse, da es sich ja um feststehende Quoten handelt, deren Ein- und Ausgang feststehe und nicht von der Initiative privater Unternehmer abhängig sei, andererseits aber notwendigerweise unter strengster Kontrolle der staatlichen Aufsichtsbehörden stehen müßte, um jeden Mißbrauch privater Interessen zu vermeiden. Es wurde schließlich von der Fraktion der Christlich Demokratischen Union eine Resolution vorgelegt, die in Ihrem Text auf Seite 3 des

¹⁷³ Am 15. Oktober 1946 wurde das Gesetz zur Schaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform (G.S.B.) verabschiedet. Vgl. dazu die kritische Analyse von Poppinga, Bauernland, S. 96ff. sowie den Jahresbericht 1945/46 des Ministers für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft in HStAW Drucksachen Abt. D 509 Nr. 38 S. 77ff.

¹⁷⁴ Seit Ende 1945 galt auch für den Interzonenverkehr der Grundsatz des Freihandels, allerdings mit einer wesentlichen Ausnahme, der sogenannten „List of restricted items“, die aufgrund einer Vereinbarung der Befehlshaber der vier Zonen aufgestellt worden war. Die Ausfuhr dieser Güter von einer Zone in die andere sollte von der Genehmigung derjenigen Militärregierung, aus deren Zone die Ausfuhr erfolgen sollte, sowie der Trade and Commerce Branch des OMGUS abhängig sein. Zu den handelsbeschränkten Gütern gehörten u.a. alle Lebens- und Futtermittel, Düngemittel, Brennmaterialien und Treibstoffe, Elektromaschinen und Fahrzeuge. Vgl. HStAW Abt. 507 Nr. 1000.

¹⁷⁵ Abdruck der Resolution im Protokoll der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses vom 7. Mai 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 18.

Anhanges, also auf der letzten Seite des Materials, verzeichnet ist. Die ursprünglich vorliegende Textfassung wurde auf einen Antrag der KPD hin in Punkt 2 insoweit abgeändert, daß an vorderster Stelle Wert darauf gelegt wird, daß die in den Potsdamer Beschlüssen von den Besatzungsmächten zugesagte zentrale Wirtschaftsstelle für Deutschland' baldigst geschaffen wird und daß bis zur Erreichung dieses Zieles zur Überbrückung bestehender Schwierigkeiten Übergangsformen geschaffen werden sollten, insbesondere in der Form, daß für die gesamte amerikanische Zone einheitliche Lenkungsstellen zur Förderung des interzonalen Güterverkehrs sofort errichtet werden. In dieser Form wurde der Antrag einstimmig akzeptiert und wird hiermit dem Plenum des Landesausschusses vorgelegt. Der Wortlaut ist folgender:

„Der Wirtschaftspolitische Ausschuß beantragt, der Beratende Landesauschluß möge beschließen, den Herrn Ministerpräsident zu bitten, dem Alliierten Kontrollrat folgendes dringliche Anliegen zu unterbreiten:

Angesichts der Tatsache,

daß die im Industrieplan vorgesehenen Produktionskapazitäten für die Sicherstellung der erforderlichen Lebensmitteleinfuhren nicht als ausreichend angesehen werden können;

daß die Ingangsetzung der industriellen und gewerblichen Erzeugung und ihre weitere Durchführung infolge der aus den Zonenabgrenzungen erwachsenden Schwierigkeiten der Versorgung in den notwendigen Brennstoffen, Grund- und Zwischenprodukten sowie Fertigfabrikaten aufs ernstlichste gefährdet sind;

daß die infolge Materialknappheit mit Sicherheit zu erwartenden sozial und wirtschaftlich nachteiligen Folgen der politischen Aufbauarbeit für eine Demokratie sehr abträglich sind;

daß auf dieser schmalen und unzureichenden volkswirtschaftlichen Grundlage die aus dem Osten zuwandernden deutschen Menschen in der Westzone kaum oder nur unter unzulänglichen Lebensbedingungen in den Sozial- und Wirtschaftskörper eingegliedert werden können, wird der Alliierte Kontrollrat gebeten, zu bewirken,

1. daß baldigst eine wirtschaftliche Überbrückung der Zonengrenzen zum Zwecke eines tatsächlich ungehinderten Austauschverkehrs stattfinden möge;
2. daß die in den Potsdamer Beschlüssen von den Besatzungsmächten vorgesehene zentrale Wirtschaftsstelle für Deutschland baldigst geschaffen wird. Bis zur Erreichung dieses Zieles mögen zur Überbrückung beste-

*** Das Potsdamer Abkommen sah im Abschnitt IV seiner „Politischen Grundsätze“ für die Bereiche Finanz-, Transport- und Verkehrswesen sowie für Außenhandel und Industrie die Errichtung von fünf zentralen deutschen Verwaltungsabteilungen vor, an deren Spitze Staatssekretäre stehen sollten. Eine solche Verwaltung sollte jedoch u.a. deshalb nicht zustande kommen, weil die französische Regierung ihre Zustimmung zur Bildung gesamtdeutscher zentraler Einrichtungen von der Internationalisierung des Ruhrgebietes und der Lösung der Rheinland- und Saarfrage in ihrem Sinne abhängig machte. Das Schwerkraft der Wirtschaftsplanung verlagerte sich somit im Laufe des Jahres 1946 immer stärker auf die Militärregierungen der einzelnen Zonen. Vgl. Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle, S. 190f.

- hender Schwierigkeiten für die Zonen zentrale Lenkungsstellen sofort errichtet werden, die zur Förderung des interzonalen Güterverkehrs regelmäßig zusammentreten;
3. daß der für den Um- und Aufbau der deutschen Industrie vorgesehene Plan unter dem Gesichtspunkt ausreichender Lebensmitteleinfuhren einerseits, ausreichender Beschäftigungsmöglichkeit der deutschen Bevölkerung und in Sonderheit der in die Westzone einwandernden Deutschen aus dem Osten andererseits nachgeprüft werden möge."

Zum zweiten Punkt, Produktionsplanung in Groß-Hessen, ging die Diskussion vor allem um die Schaffung von Organen, in denen die Mitarbeit einerseits der politischen Parteien, andererseits der verschiedenen Berufsvertreter gesichert werde. Alle Parteien unterstreichen die Notwendigkeit einer planmäßigen Lenkung und Planung unserer Produktion, nicht nur angesichts der vorhandenen Notsituation, sondern auch um eine volle Auswertung der im Lande vorhandenen Kapazität zu erreichen und eine sinngemäße Verwendung sämtlicher vorhandenen Produktionsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte sicherzustellen, dies besonders darum, weil, wie auch in den Berichten des Herrn Wirtschaftsministers ausdrücklich erwähnt wurde, wir zum Beispiel heute Fälle von nicht ausgenutzter Produktionskapazität haben, in denen bestimmte Unternehmer mit Rücksicht auf eine kommende Währungsreform glaubten, Sachwerte zurückhalten zu müssen und der Produktion zu entziehen. Es lag ein Antrag der kommunistischen Fraktion vor, der Ihnen hier in diesem Material ebenfalls bekanntgegeben ist, nämlich ein System von Planungsausschüssen zu schaffen, vor allem in der Spitze beim Minister für Wirtschaft und Verkehr. Die Zusammensetzung dieses zentralen Planungsausschusses finden Sie auf Seite 1 des Anhanges des Materials. Es handelt sich um insgesamt zehn Persönlichkeiten, die Zusammensetzung ist gemischt nach politischen und berufsständischen Prinzipien. Alle Parteien waren mit einer solchen Zusammensetzung einverstanden, wobei der Ergänzungsantrag der CDU dahin ging, einen Vertreter der Landwirtschaft einzubeziehen und der Ergänzungsvorschlag der SPD dahin, den ursprünglich genannten Vertreter der Planungsbehörde auszulassen, weil der Ausschuß ja ohnehin der exekutiven Instanz unseres Wirtschaftslebens beigeordnet wird.

In der vorliegenden Form erklärten sich alle vier Parteien für diese Fassung. Ich muß persönlich bemerken, daß ich etwas überrascht war, im vorliegenden Material für das heutige Plenum auf Seite 14 einen Antrag der CDU zu finden betreffend Einsetzung von Planungsausschüssen für Industrieaufbau und Siedlung, der eine ganz andere Form von Planungsorganen beziehungsweise demokratischen Mitspracheorganen vorsieht¹, als die Form, die ja mit den Stimmen

¹ Die CDU-Fraktion hatte in diesem Antrag die Einsetzung eines zentralen Planungsausschusses für Industriegewerkschaft und Siedlung mit Unterausschüssen in den Landkreisen und in jeder kreisfreien Stadt vorgesehen. Der zentrale Planungsausschuß sollte unter dem Vorsitz des Ministers bzw. seiner Stellvertretung aus Vertretern des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern für Groß-Hessen gebildet werden. Genauso sollten auch die Unterausschüsse zusammengesetzt sein, die unter dem Vorsitz eines Beauftragten des Ministers tagen sollten. Vgl. NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 3.

der CDU-Vertreter im Wirtschaftsausschuß zur Annahme gelangt ist. Vielleicht wird die Fraktion der CDU die Klärung dieses Widerspruchs vornehmen.

In einer anderen Frage konnte dagegen im Wirtschaftspolitischen Ausschuß keine Einmütigkeit erzielt werden. Die kommunistische Fraktion war der Auffassung, daß in gleicher Zusammensetzung auch Ausschüsse auf der zweiten Stufe, bei den Bezirkswirtschaftsämtern¹⁷⁸, geschaffen werden sollen, weil die Bezirkswirtschaftsämter ja diejenigen Stellen sind, die alle Unterlagen über die Produktions- und Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe zusammenstellen, die also dasjenige Material sammeln, das schließlich auch für die eigentliche Lenkungs- und Planungsinstanz bei der Zentrale unentbehrlich und wichtig ist. Auf der dritten behördlichen Stufe, nämlich bei den Oberbürgermeistern und Landräten¹⁷⁹, sollen diese Organe wohl vorwiegend der Kontrolle, der Beschwerde, der Sicherheit und Sauberkeit der Verteilung dienen, und die Organe werden auf dieser dritten Stufe der Verwaltung von allen Parteien, auch vom Wirtschaftsministerium selbst, gebilligt. Der Wunsch aller Parteien geht nun dahin, daß der zentrale Planungsausschuß beim Ministerium für Wirtschaft und Verkehr so schnell wie möglich geschaffen werden möge¹⁸⁰, weil es sich nicht nur um die Einräumung des Mitspracherechts des Volkes auf einem wichtigen Gebiet handelt, sondern weil auch der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt werden muß, daß es der Mitarbeit aller Kreise bedarf, um Wege zu finden, den Absturz in die Katastrophe aufzuhalten.

Der dritte Diskussionspunkt beschäftigte sich mit der Preisgestaltung und Preiskontrolle. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums, Herr Schulte, gab uns einige erfreuliche Mitteilungen dahingehend, daß dem gegenwärtigen kata-

¹⁷⁸ Die drei Bezirkswirtschaftsämter in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt fungierten als Außenstellen des Landeswirtschaftsamtes, dessen zentral angeordnete Maßnahmen sie umzusetzen hatten. Wichtigste Abteilungen im Landeswirtschaftsamte waren die „Produktionsabteilung“ und die Abteilung „Verteilung der Verbrauchsgüter“. Vgl. den Bericht des Ministers für Wirtschaft und Verkehr über die „Entwicklung der Wirtschaft im Regierungsbezirk Wiesbaden und Land Groß-Hessen von Juli 1945 bis Ende Dezember 1945“ an die amerikanische Militärregierung in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 6a.

¹⁷⁹ Vgl. ebd. Bei den Oberbürgermeistern und Landräten waren die den Bezirkswirtschaftsämtern unterstellten Wirtschaftsämter gebildet worden, die den unmittelbaren Verkehr mit den Verbrauchern durchführten.

¹⁸⁰ Bereits am 27. Juni 1946 berief der Wirtschaftsminister einen Beirat des Landeswirtschaftsamtes ein, der ähnlich zusammengesetzt war, wie dies der Wirtschaftspolitische Ausschuß gefordert hatte. (Vgl. Einleitung S. 24). Neben dem Präsidenten des Landeswirtschaftsamtes als Vorsitzendem gehörten je ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums, des Wiederaufbauministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt dem Rat an. Zudem waren je ein Vertreter der vier Parteien, so auch die beiden ehemaligen Abgeordneten des BLA, Pauly (CDU) und Schmüser (KPD), je zwei Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter und ein Vertreter der Handwerker-schaft Mitglieder dieses Gremiums. Der Beirat sollte das Landeswirtschaftsamte bei der Steuerung der Produktion und der Verteilung bewirtschafteter Güter beraten. Die konstituierende Sitzung des Beirates fand am 9. Juli 1946 statt. Vgl. die entsprechende Verfügung des Wirtschaftsministers vom 27. Juni 1946 in HStAW Abt. 507 Nr. 6205; dort finden sich auch die Protokolle der Beiratssitzungen. Im Zuge der Umorganisation des Landeswirtschaftsamtes im Jahre 1948 wurde dieses Gremium zum Beirat des Hessischen Wirtschaftsministeriums.

strophalen Durcheinander auf dem Gebiet der Preisbildung und Preiskontrolle nun durch neue Verordnungen entgegengewirkt werden solle. Die wichtigsten Hinweise gehen dahin, daß die Preisbildung in Zukunft nicht mehr einseitigen Interessentengruppen und Gutachterstellen überlassen bleibt, sondern daß Gutachterausschüsse, in denen vor allem auch die Konsumenten und Gewerkschaften vertreten sein sollen, die Preisbildung überwachen werden.

Weiterhin wurde erklärt, daß in Zukunft ein besonderes Verfahren über die Genehmigung der Herstellung sogenannter Behelfswaren Platz greifen soll. Behelfswaren sind bekanntlich diejenigen Güter, die nun unter Ausnutzung der Konjunktur hergestellt werden, unter geringfügiger Abänderung schon vorher auf dem Markt vorhandener Güter. Die Hersteller dieser Behelfswaren spekulieren darauf, daß sie dafür Phantasiepreise in Anspruch nehmen dürfen. Diesem Tun soll dadurch entgegengetreten werden, daß die Herstellung jeder Art von Behelfswaren genehmigungspflichtig ist. Die Preise der Behelfswaren sind meist auf das Vielfache des wirtschaftlich Notwendigen erhöht worden. Alle diese Auswüchse sollen durch die neuen Maßnahmen unterbunden werden. Auch das Strafsystem soll einheitlich geregelt werden. Es soll nicht mehr geduldet werden, daß zum Beispiel in der Stadt Frankfurt im Monat Januar an Strafen wegen Verstößen in bezug auf Preiswucher und schwarzen Markt nur 4150 Mark in 25 Fällen eingezogen worden sind. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums wies mit Recht darauf hin, daß Herr Dr. Blaum mindestens diejenigen Beträge hätte einziehen können, die er mit seiner mißglückten Tarifreform wohl hatte aufbringen wollen, die ihm aber durch das Ministerium versagt worden sind⁸¹

Ein weiterer Hinweis des Wirtschaftsministeriums bezieht sich darauf, daß der Mißbrauch hinsichtlich der verschiedenartigen Preisgestaltung in den einzelnen Zonen unterbunden werden soll dadurch, daß Bestrebungen im Gange sind, Preislisten aus den einzelnen Zonen auszutauschen und eine Angleichung der Preise in den verschiedenen Zonen vorzunehmen. Das soll auch dem entgegenwirken, daß Waren, die unter bestimmten Bedingungen an Preise gebunden sind, in anderen Zonen zu Wucherpreisen abgesetzt werden. In der Diskussion hierüber wurde vor allem gewünscht, daß der Kontrollapparat der Preisausschüsse möglichst bald in Tätigkeit treten möge, zweitens daß die Mitwirkung der Konsumenten und der Gewerkschaften auch bei der Preispolitik bis an die äußerste Grenze ausgedehnt wird und schließlich, daß bei der Preispolitik die Maßnahmen in Verbindung mit den Produktionsplanungsstellen geschaffen werden.

Das sind die Probleme, die bisher im Wirtschaftspolitischen Ausschuß behandelt worden sind. Es sind keineswegs alle Dinge, die heute mit äußerstem Ernst unsere wirtschaftliche Notlage kennzeichnen. Wir beabsichtigen, in der nächsten Sitzung uns eingehend mit der Frage der Kohlenversorgung zu beschäftigen und mit dem Problem der Brennstoffversorgung im kommenden Winter, mit der Demontage wichtiger Industriebetriebe und so weiter. Den Bemühungen

Blaum hatte für die Stadt Frankfurt u.a. eine Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn vorgesehen. Mit dieser Maßnahme stieß er nicht nur im Frankfurter Bürgerrat auf Ablehnung, sondern stand damit auch im Widerspruch zur Preispolitik des Wirtschaftsministeriums, die darauf hinauslief, Preiserhöhungen zu vermeiden.

des Wirtschaftspolitischen Ausschusses lag, das kann wohl objektiv festgestellt werden, die Erkenntnis zugrunde, daß wir nicht bestehen können vor dem Volk, wenn wir uns bei der Diskussion über die bestehenden Schwierigkeiten allein herausreden mit den Schwierigkeiten, die uns durch den verlorenen Krieg und durch die erstrangigen Kompetenzen der Besatzungsbehörden entstanden sind. Wir sind uns alle darüber klar, daß auch im Rahmen des Bestehenden entweder viel oder wenig oder gar nichts geschehen kann, daß es vor allem darauf ankommt, die im Lande noch vorhandenen Güter und Kräfte bis zum äußersten Maß der Ergiebigkeit einzusetzen, und daß es weitgreifender und mutiger Maßnahmen aller Beteiligten, vor allem aber auch der Zusammenarbeit aller politischen Kräfte bedarf, um aus dem Wenigen, das uns geblieben ist, ein höchstes Maß von Sicherung für unsere Wirtschaft und die Existenz unseres Volkes zu erarbeiten.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Es ist angeregt worden, die Punkte 1, 2 und 3 der Tagesordnung, nämlich die Berichte der Ausschüsse, hintereinander zu hören und dann die Debatte darüber zu führen. Ich möchte daher den Herrn Kollegen Heißwolf bitten, den Bericht über die Tätigkeit des Haushalts- und Finanzausschusses zu erstatten.

Abg. Heißwolf (SPD):

Meine Damen und Herren! Der Haushalts- und Finanzausschuß hat in den Sitzungen, die er in der Zwischenzeit abgehalten hat¹⁸², sich vorwiegend mit den Finanz- und Währungsproblemen zu beschäftigen gehabt. Das A und O nicht nur der Verhandlungen des Finanzausschusses, sondern man kann sagen aller Ausschüsse und insbesondere auch des Plenums, wird immer wieder das Währungsproblem und seine Durchführung sein. Wir im Finanzausschuß waren insbesondere bemüht, an das Währungsproblem etwas näher heranzurücken, und zwar deshalb, weil wir übereinstimmend der Auffassung sind, daß die Regelung des Währungsproblems die Hauptaufgabe des gesamten Finanzproblems sein muß, um nicht nur unsere Wirtschaft allmählich wieder etwas besser in Gang zu bringen, sondern die gesamte Wirtschaft überhaupt auf festere und stabilere Füße zu stellen, als es bisher unter den gegenwärtigen Verhältnissen und Umständen der Fall ist.

In der letzten Plenarsitzung lag uns ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vor, der sich zunächst mit dem Problem des vom Interalliierten Kontrollrat erlassenen Steuergesetzes beschäftigte. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktionen der SPD, CDU, KPD und LDP des Beratenden Landesausschusses des Landes Groß-Hessen wenden sich im Namen des großhessischen Volkes mit folgender Erklärung an den Alliierten Kontrollrat:

Die Steuererhöhungen sollen einerseits die laufenden Haushalte ins Gleichgewicht bringen. Wir würden es begrüßen, wenn der Alliierte Kon-

¹⁸² Der Ausschuß war zu diesem Zeitpunkt zu vier Sitzungen am 7. und 15. März sowie am 15. und 30. April zusammengekommen. Vgl. die Sitzungsprotokolle in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 14.

trolirat veranlassen könnte, daß durch die deutschen Verwaltungen in allen Ländern und Provinzen beschleunigt Haushaltspläne aufgestellt werden, damit die Gewähr für ordentliche Verwendung der Steuergelder zukünftig gegeben ist.

Andererseits sollen die Steuererhöhungen den Geldüberhang abschöpfen und den Umfang der Geldmittel in ein angemessenes Verhältnis zu den gegenwärtig erzeugten Verbrauchsgütern bringen. Da dieses Ziel durch Steuern allein nicht erreicht werden kann, ist es notwendig, raschestens eine Ordnung des Zahlungsmittelumlaufes vorzunehmen und gleichzeitig eine Sperrung des Giralgeldes anzuordnen.

Wir bitten außerdem zu berücksichtigen, daß überhöhte Steuertarife den notwendigen Anreiz zur Mehrleistung beeinträchtigen und daher Erhöhungen der Steuersätze ihre Grenzen erreicht haben, wenn dieser Anreiz zur Mehrleistung schwindet.

Ferner führen einige Bestimmungen des Gesetzes Nr. 12¹⁸³ zu außerordentlichen Härten für Lohnempfänger mit kleinem und kleinstem Einkommen, zumal fast mit dem Inkrafttreten des Gesetzes die öffentlichen Verkehrsinstitute ihre Preise um 50—100% erhöht haben. Wir erlauben uns daher, an den Alliierten Kontrollrat mit der Bitte heranzutreten, die starke Anspannung der kleinen Einkommen durch nachstehende Maßnahmen zu erleichtern:

1. Wegfall der Steuernacherhebung bei Lohn- und Gehaltsempfängern für die Monate Januar und Februar 1946;
2. Zulassung der Abzugsfähigkeit von notwendigen Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als Werbungskosten für Lohnempfänger, die nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden;
3. Annähernde Wiederherstellung der Familienabzüge im bisherigen Umfang bei Einkommen bis zu 4800 RM;
4. Zulassung der Beiträge und Versicherungsprämien für Lebens- und Sterbeversicherungen als Sonderausgaben. Die Höchstgrenze der Sonderausgaben soll mit den bereits vorgesehenen Beiträgen zur Sozialversicherung, deren Abzug vom Lohn zulässig ist, je 500 RM für den Pflichtigen und dessen Ehefrau betragen.
5. Vorübergehende Zulassung einer steuerfreien Rückstellung für Ergänzungen, Neuanschaffungen und Instandsetzungen von Betriebszerstörungen zugunsten der zur Produktion wieder zugelassenen gewerblichen Unternehmungen unter der einschränkenden Bedingung, daß die Ersatzbeschaffungen innerhalb von zwei Jahren vorgenommen werden.

Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß infolge der noch nicht voll wieder angelaufenen Wirtschaft die gewerblichen Unternehmungen im gegenwärtigen Augenblick nicht in der Lage sind, alle die notwendigen Aufwendungen vorzunehmen, um die Produktionsstätten und damit verbunden die notwendige Anzahl der Arbeitsplätze wieder aufzubauen. Den Firmen sollen durch die Rückstellung die Mittel zur Verfügung gestellt wer-

¹⁸³ Vgl. *Anm.* 66.

den, die Zerstörungen des Krieges zu beseitigen, sobald die Anschaffungen wieder möglich sind. Durch die gewählte Form der ‚Rückstellung‘ ist sichergestellt, daß diese Gelder zu keinem anderen Zweck, also auch nicht für private Zwecke des Unternehmers, verwendet werden können. Durch deren zeitliche Begrenzung ist gewährleistet, daß die Rückstellung in vollem Umfange versteuert wird, falls die Ersatzbeschaffungen nicht innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren vorgenommen werden."

Meine Damen und Herren! Wir wissen alle sehr wohl, daß wir gegenüber vom Kontrollrat erlassenen Gesetzen keine abändernden Beschlüsse fassen können. Aber trotzdem erachteten wir es als unsere Aufgabe, die Härten, die zweifellos in diesem Gesetz liegen, etwas näher zu beleuchten und durch unsere Stellungnahme den Interalliierten Kontrollrat doch vielleicht veranlassen zu können, bestimmte Härten, die in diesem Steuergesetz liegen, zu beseitigen. Vor allen Dingen kam es darauf an, daß dieses Steuergesetz dazu dienen soll, den Finanzen einen Ausgleich zu geben und daß in erster Linie die Ausgaben der einzelnen Verwaltungen mit diesen Steuererhöhungen gedeckt werden sollten. Es ist selbstverständlich auch unser Bestreben, dahin zu kommen, und wir haben es ja in der letzten Sitzung ausführlich dargelegt, daß wir zu ausgeglichenen Haushalten nicht nur in unserem Lande, sondern auch in den Gemeinden kommen müssen. Dazu ist es notwendig, daß die vom Interalliierten Kontrollrat erlassenen Steuergesetze mit dazu herangezogen werden, um das Gleichgewicht der Etats einigermaßen in Ordnung zu bringen. Auch soll durch diese Steuererhöhungen der heute vorhandene Geldüberhang bis zu einem gewissen Grade abgeschöpft werden. Wir sind uns bewußt, daß durch diese Steuererhöhungen eine Geldabschöpfung in der Höhe, wie sie notwendig wäre, nicht eintreten kann, wenn dadurch auch der Noten- und Zahlungsmittelumlauf etwas eingedämmt wird. Wir sind uns darüber klar, daß es außerordentlich schwer ist, die Währungsmaßnahmen in einem einzelnen Zonengebiet, in einem einzelnen Lande durchzuführen, aber, meine Damen und Herren, wenn wir warten wollen, bis eine reichsgesetzliche Regelung, die das Wünschenswerteste und Notwendigste wäre, erfolgt, so können wir sicher sein, daß diese Dinge doch etwas längere Zeit in Anspruch nehmen werden, und wir sind der Meinung, daß es unerläßlich ist, diese Dinge raschestens durchzuführen.

In den Bestimmungen des Kontrollrats zum Gesetz Nr. 12 sind außerordentliche Härten, insbesondere für Lohnempfänger, enthalten, und wir glaubten, daß wir gerade in diesem Punkt den Interalliierten Kontrollrat bitten sollten, diese Härten bis zu einem gewissen Grade zu beseitigen und ebenfalls die anderen Härten, die noch in dem Gesetz Nr. 12 enthalten sind. Wie schon gesagt, sind wir uns klar darüber, daß wir irgendwelche Beschlüsse nach der Richtung hin nicht fassen können, denn wir können dem Interalliierten Kontrollrat keine Vorschriften machen in bezug auf die Ausführung seiner Gesetze, sondern wir können nur in einer Empfehlung den Kontrollrat bitten, diese von uns aufgezeigten Hürden etwas auszugleichen und zu mildern.

Der Finanzausschuß hat deshalb folgende Punkte als wünschenswert und notwendig erachtet:

1. Wegfall der Steuernacherhebung bei Lohn- und Gehaltsempfängern für die Monate Januar und Februar 1946.

Wenn ich dazu ein Wort sagen darf: Nach den bereits vollzogenen Tatsachen scheint sich der Interalliierte Kontrollrat an dieser unserer Bitte wenig gestoßen zu haben, denn im allgemeinen hat man feststellen können, daß die Nachzahlungen bereits bei dem größten Teil der Lohn- und Gehaltsempfänger erfolgt sind.

- „2. Zulassung der Abzugsfähigkeit von notwendigen Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als Werbungskosten für Lohnempfänger, die nicht zur Einkommensteuer herangezogen werden.“

Hierzu ist zu sagen, wir wissen doch heute mehr denn je, daß die Fliegergeschädigten, die zum größten Teil wegen ihrer zerstörten Arbeitsstätten weiter denn je wohnen, erhebliche Mehrausgaben an Fahrtkosten haben, und es liegt eine Härte darin, daß diese armen Menschen, die das schwere Los des Ausgebombtseins getroffen hat, durch diese Mehrkosten noch mehr belastet werden. Aus diesem Grunde sollte man meinen, daß der Interalliierte Kontrollrat sich der Härte seiner Maßnahmen in dem Steuergesetz bewußt werde.

- „3. Wiederherstellung der Familienabzüge im bisherigen Umfange bei Einkommen bis zu 4800 Mark.“

Auch hierin erblickte der Finanzausschuß eine unbillige Härte und hat dazu Stellung genommen.

- „4. Zulassung der Beiträge zur Lebens- und Sterbeversicherung als Sonderausgaben.“

Die Höchstgrenze der Sonderausgaben soll mit den bereits vorgesehenen Beiträgen zur Sozialversicherung, deren Abzug vom Lohn zulässig ist, je 500 RM für den Pflichtigen und dessen Ehefrau betragen.

Als weiterer Punkt ist noch vorgeschlagen worden:

- „5. Vorübergehende Zulassung einer steuerfreien Rückstellung für Ergänzungen, Neuanschaffungen und Instandsetzungen von Betriebszerstörungen zugunsten der zur Produktion wieder zugelassenen gewerblichen Unternehmungen unter der einschränkenden Bedingung, daß die Ersatzbeschaffungen innerhalb von zwei Jahren vorgenommen werden.“

Zu diesem Punkt hat allerdings der Finanzausschuß noch keine Stellung nehmen können, aber mit Rücksicht darauf, daß ja diese Rückstellungen, die steuerfrei sein sollen, nur für Ergänzungen und Neuanschaffungen für Betriebszerstörungen gelten sollen, glaube ich doch, daß es im Interesse der Sache notwendig wäre, dies als Punkt 5 hinzuzufügen und dem Kontrollrat zu überweisen.

Das waren die Fragen, die der Haushalts- und Finanzausschuß sich gestellt hatte. Die Punkte, die ich Ihnen vorgetragen habe, sind an das Ministerium weitergeleitet worden, um dem Interalliierten Kontrollrat als Empfehlung zugeleitet zu werden.

Ein weiterer Punkt, mit dem sich der Finanzausschuß zu beschäftigen hatte, war die Schaffung einer Landeszentralbank¹⁸⁴. Wir haben uns in zwei oder drei

¹⁸⁴ Schon im November 1945 waren die drei Ministerpräsidenten und die Finanzminister der amerikanischen Besatzungszone von der Militärregierung angewiesen worden, Vorschläge für eine sofortige Dezentralisation des Bankwesens zu erarbeiten mit dem Ziel, die finanzielle Monopolstellung der Reichsbank und der Großbanken zu beseitigen. In jedem Land

Sitzungen mit dieser Frage, die uns der Herr Finanzminister vorgetragen hat, beschäftigt. Wir waren der Meinung, daß es nicht unbedingt notwendig sei, diese Zentralbank, gegen die von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben wurden¹⁸⁵, zu schaffen, aber die Argumentation des Herrn Finanzministers ging dahin, daß Deutschland in vier Zonen geteilt ist und wir eine Reichszentralbank ja nicht besitzen, so daß es für die Gestaltung des gesamten Finanzwesens unbedingt notwendig sei, daß eine Landeszentralbank geschaffen wird. Der Länderrat, der sich mit dieser Sache auch eingehend beschäftigt hat¹⁸⁶, kam ebenfalls zu dem Ergebnis, daß eine Landeszentralbankstelle nicht nur für Groß-Hessen, sondern auch für Bayern und Württemberg-Baden zu schaffen sei. Nachdem der Länderrat und Ministerrat der Schaffung dieser Landeszentralbank zugestimmt hat, hatten wir vom Finanzausschuß zu diesem Problem keine Stellung mehr zu nehmen.

Weiter hat der Herr Finanzminister auf allgemeinen Wunsch der Mitglieder des Finanzausschusses uns einen Bericht über die Ausgaben der einzelnen Ministerien gegeben. Wir glaubten es für notwendig zu erachten, daß der Finanzausschuß insbesondere einen Einblick in die Ausgaben der einzelnen Ministerien besitzen sollte, und zwar deshalb, weil wir der Meinung waren, daß heute, wo überall gespart werden muß, auch in der Länderregierung damit vorangegangen werden müßte. Der Finanzminister hat uns für die einzelnen Ministerien die Ausgaben zur Kenntnis gebracht. Ich möchte auf die näheren Details nicht eingehen, das heißt auf die Beträge, die auf die einzelnen Ministerien entfallen, weil die Beträge sehr unterschiedlich sind. Bei einzelnen Ministerien mußten neue Einrichtungen beschafft werden, weil es sich um leere Gebäude handelte, bei anderen Ministerien waren Einrichtungen vorhanden, wodurch natürlich geringere Mittel notwendig waren. Jedenfalls konnten wir aus den Ausführungen des Finanzministers entnehmen, daß bei der Beschaffung der notwendigen Einrichtungen überall sparsam vorgegangen worden war und daß auch in personeller Hinsicht sparsam gewirtschaftet wird. Ich möchte Ihnen nur die Gesamtsumme nennen, die für alle neun Ministerien seit ihrer Errichtung bis zum 31. März 1946 erforderlich war. Es handelt sich insgesamt um 1 346412 Mark. Wenn man diese Summe hört, meine Damen und Herren, so mag sie sehr hoch

sollte eine Landeszentralbank errichtet und ein Gremium für die Bankenaufsicht bestimmt werden. Ebenso sollte eine schnelle Berufung des LZB-Präsidenten und der Mitglieder des Bankenrates erfolgen. Vgl. Horstmann, Großbanken, S. 95ff.

¹⁸⁵ Finanzminister Mattes selbst hatte noch im Januar 1946 in einem Schreiben an die Militärregierung bezüglich der Bankenreform kritisch Stellung bezogen. Er gab zu bedenken, daß die Bildung einer Landeszentralbank nicht möglich wäre, solange die Abwicklung der Reichsbank ebenso unbekannt sei wie die Organisation des künftigen Zentralnoteninstituts und dessen Beziehungen zur neuen Landeszentralbank. Hier müßten Klarstellungen erfolgen, bevor eine effektive Neuordnung in Angriff genommen werden könnte. Vgl. Horstmann, Großbanken, S. 100.

¹⁸⁶ Die Finanzminister der amerikanischen Zone hatten sich Anfang Januar erstmalig im neu konstituierten Ausschuß für Finanz- und Kreditwesen mit der Dezentralisierungsforderung der Besatzungsmacht auseinandergesetzt. Vgl. die Sitzungsprotokolle in HStAW Abt. 528 Nr. 79 und Horstmann, Großbanken, S. 96f.

¹⁸⁷ Der Bericht findet sich im Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 4. Mai 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 13.

erscheinen, aber wenn Sie sich vergegenwärtigen, und der größte Teil von Ihnen wird ja die Möglichkeit gehabt haben, die Einrichtung der Ministerien selbst in Augenschein zu nehmen, daß es sich um das Ministerium eines Landes handelt, so ist doch zum Ausdruck zu bringen, daß nach unseren Feststellungen die ganze Sache sich im Rahmen dessen gehalten hat, nach dem wir heute alles bearbeiten und aufbauen müssen.

Einen weiteren Punkt unserer Beratungen bildete die gemeinschaftliche Erklärung, die von dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern des Landes Groß-Hessen unterbreitet worden war. Der Ausschuß hat sich lange über diese gemeinsam vorgetragene Erklärung unterhalten. Auch diese Erklärung befaßt sich in ihrem Endergebnis wieder mit den ganzen Währungsmaßnahmen und geht von dem Gesichtspunkt aus, daß unser ganzes Geldwesen ja heute krank ist und daß eine Regelung dringend erforderlich ist. Keiner von uns konnte sich dieser Notwendigkeit verschließen, und nach eingehender Aussprache hat auch der Finanzausschuß sich im großen ganzen mit der vorliegenden Erklärung einverstanden erklärt mit Ausnahme einiger kleiner Änderungen in Punkt 2 und 3. Lediglich bezüglich des Punktes 7 war keine Einstimmigkeit erzielt worden, weil von der kommunistischen Fraktion eine zeitliche Begrenzung der Mittel der Altkonten in der Verwendung zu Wiederaufbauzwecken beziehungsweise Neuinvestitionen gefordert wurde. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

- „ 1. Das deutsche Geldwesen ist erkrankt. Es ist notwendig, daß unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um diesen Zustand zu beseitigen. Steuerbelastungen reichen allein nicht aus, die Kaufkraft nazistischen Ursprungs abzuschöpfen.
2. Der Geldumlauf muß wieder mit der tatsächlich vorhandenen Warenmenge in Einklang gebracht werden. Das Volk muß wieder Veranlassung erhalten, von der Entlohnung seiner Arbeit statt von Spar- und Bankguthaben zu leben. Schwarzer Markt und Schiebertum müssen auch von der Geldseite her bekämpft werden.
3. Die Regelung sollte sich auf dasjenige Gebiet erstrecken, welches im Sinne der Potsdamer Konferenz als räumliche Grundlage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu gelten hat¹⁸⁸.
4. Es wird gebeten, die Besatzungsnoten einzuziehen, weil ihr Umlauf einer Neuordnung des deutschen Geldwesens entgegensteht.
5. Jede Abwertung der Währungseinheit zum Zwecke der Beseitigung des Kaufkraftüberschusses und der wesentlichen Herabsetzung der inneren Verschuldung wird wegen der damit zwangsläufig verbundenen Ungerechtigkeiten abgelehnt.

¹⁸⁸ Nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz sollten bis zu einer endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie einschließlich Danzigs und des südlichen Teils von Ostpreußen unter die Verwaltung des künftigen polnischen Staates kommen. Ebenso war, vorbehaltlich einer endgültigen Friedensregelung, das nördliche Ostpreußen mit Königsberg von Deutschland abgetrennt und der Sowjetunion angegliedert worden.

6. Die Neuordnung des Geldwesens wird in der Blockierung aller umlaufenden Geldnoten sowie aller Giralgelder mit gleichzeitiger Ungültigkeitserklärung aller nicht bei den Kreditinstituten eingezahlten Noten gesehen. Beim Umtausch soll ein kleiner Betrag zur Auszahlung gelangen.
7. Der laufende Geldbedarf der Betriebe für die Bezahlung von Löhnen, Gehältern, Rohstoffen, Steuern, Betriebsmitteln aller Art sowie Investitionen für Wiederaufbauzwecke wird nur solange aus den blockierten Konten auf Antrag nach Genehmigung zur Verfügung gestellt, wie die Neukonten für diese Zahlungen noch nicht ausreichen.
8. Anschaffungen zur Behebung privater Sachschäden in begrenztem Umfange sowie vor dem Blockierungstichtag entstandene Verbindlichkeiten sind nach Genehmigung durch Überweisung von Altkonten auf Altkonten abzudecken.
9. Für Unbeschäftigte sollen monatliche Abhebungen in begrenztem Umfange zu Lasten ihrer blockierten Guthaben genehmigt werden. Hierbei ist eine Staffelung vorzusehen, durch die der Arbeitsunfähige günstiger gestellt wird.
10. Eine hohe progressive Vermögensabgabe soll den notwendigen Lastenausgleich herbeiführen, zugleich die innere Verschuldung vermindern und der Beseitigung des Geldüberhanges dienen. Darüber hinaus ist der Vermögenszuwachs der Nutznießer des Dritten Reiches zum gleichen Zweck heranzuziehen."

Der Sinn des Punktes 7 ist der, daß bei den Blockierungen labile Blockierungen vorgesehen waren, während der von der kommunistischen Fraktion gestellte Abänderungsantrag diese zeitlich begrenzt wissen wollte, und zwar stellte sich die kommunistische Fraktion auf den Standpunkt, daß die Verfügung über die Mittel nur für drei Monate gestattet werden sollte. Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß in den Betrieben die Neukonten noch nicht den Stand erreicht haben, daß er für Neuanschaffungen ausreicht, so muß doch die Möglichkeit bestehen, daß der Betrieb die Neuanschaffungen aus dem Altkonto deckt. Will sich beispielsweise ein Betrieb eine Maschine anschaffen, die 10 000 Mark kostet und sein Neukonto beträgt erst 5000 Mark, so daß er gezwungen ist, die weiteren 5000 Mark sich vom Altkonto freistellen zu lassen, so sollte es meiner Ansicht nach eine Selbstverständlichkeit sein, daß dieser Restbetrag ohne weiteres nach Prüfung und Genehmigung vom Altkonto freigestellt wird, nicht nur für drei Monate, denn wir müssen auch daran denken, daß heute bei der Neuanschaffung von Maschinen und der Instandsetzung von Gebäuden infolge der Materialknappheit lange Termine gesetzt werden und überhaupt außerordentliche Schwierigkeiten bestehen. Es ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, wenn ein Gewerbebetrieb heute eine Maschine bestellt, daß sie schon innerhalb dreier Monate geliefert wird, und aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, erachten wir die Frist von drei Monaten für die Verfügung über die blockierten Gelder für zu kurz, sondern wir sind der Meinung, daß die blockierten Gelder zu diesen Dingen mit herangezogen werden. Natürlich sind wir der Auffassung, daß die Blockierung nur im Interesse des Aufbaues unserer Wirtschaft zeitbegrenzt sein sollte und daß die blockierten Gelder nur nach Prü-

fung und Genehmigung freigegeben werden und nicht zu privaten Zwecken in Anspruch genommen werden dürfen.

Unter Nr. 16 des heutigen Materials hat die kommunistische Fraktion erneut einen Antrag zu Punkt 7 der Erklärung eingebracht. Der Antrag lautet:

„Die Fraktion der KPD im Beratenden Landesausschuß Groß-Hessen schlägt vor, Absatz 7 der Erklärung der Gewerkschaften und der Industrie- und Handelskammern zum Währungsproblem vom 13. April 1946 folgendermaßen zu formulieren:

„Für den laufenden Geldbedarf der Betriebe zur Bestreitung ihrer Zahlungen an Löhnen und Gehältern können aus den blockierten Konten auf Antrag die erforderlichen Beträge zur Verfügung gestellt werden, und zwar für Fertigungsbetriebe auf die Dauer von drei Monaten, für sonstige Betriebe auf die Dauer eines Monats. Der Geldbedarf der Betriebe für die Begleichung von Steuer- und Betriebsschulden, die beim Termin der Blockierung bereits bestanden und bis spätestens drei Monate nach dem Termin fällig werden, kann auf Antrag und nach Genehmigung gleichfalls aus den blockierten Konten zur Verfügung gestellt werden, soweit die Neukonten für die erforderlichen Zahlungen noch nicht ausreichen.“

Ich hoffe, daß die kommunistische Fraktion nicht auf ihrem Antrag bestehen wird, denn wir haben alle ein Interesse daran, daß nun einmal blockiertes Geld nicht zu Dingen verwandt wird, die nicht im Interesse der Wirtschaft und des Wiederaufbaues liegen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet müssen wir bestrebt sein, der Wirtschaft zu dienen dadurch, daß wir ihr den Wiederaufbau ermöglichen, wenn die Bereitwilligkeit dazu vorhanden ist, und er kann nur ermöglicht werden, wenn die Erklärung so angenommen wird, wie wir sie im Haushaltsausschuß mit Mehrheit verabschiedet haben. Es war lediglich Punkt 7, über den wir uns im Ausschuß nicht einig waren, alle anderen Punkte haben einmütige Zustimmung gefunden, und wenn dies geschehen ist, so deshalb, weil wir uns im Finanzausschuß alle der weitreichenden Aufgaben bewußt sind, die wir im Interesse unseres Wiederaufbaues und für die Finanzwirtschaft im allgemeinen zu leisten haben. Wir sind aber der Auffassung, daß erst dann, wenn das Währungsproblem in seiner Gesamtheit gelöst ist, auch im Finanzausschuß so gearbeitet werden kann, wie es im Interesse unseres Wiederaufbaues erforderlich ist.

Das waren im allgemeinen die Punkte, mit denen sich der Finanzausschuß in seinen letzten Sitzungen zu beschäftigen hatte. Es lag noch ein Antrag der kommunistischen Fraktion zur Regelung des Zahlungsmittelumlafes und der Bekämpfung des schwarzen Marktes vor, der aber nicht mehr in seiner Gesamtheit beraten wurde. Wir sind wohl kurz in eine Debatte eingetreten, der Finanzausschuß glaubte aber in seiner Mehrheit es für richtiger zu erachten, daß den Fraktionen Gelegenheit gegeben werden solle, noch einmal dazu Stellung zu nehmen. Ich nehme an, daß das in der Zwischenzeit geschehen ist, so daß wir in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses Gelegenheit haben werden, auch diesen Antrag endgültig zu erledigen und in der nächsten Sitzung des Plenums vorzulegen.

Weitere Fragen von ausschlaggebender Bedeutung hatte der Finanzausschuß nicht zu erledigen. Ich möchte Sie bitten, von diesen zwei Berichten Kenntnis

zu nehmen und den Anträgen so, wie sie Ihnen vorgelegt sind, Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Es liegen also vor die Erklärungen zur Währungslage und zu den Steuerfragen. Ich würde sehr dankbar sein, während die Herren hier debattieren, die Erklärungen zu vervielfältigen, damit alle Abgeordneten den Text in der Hand haben. Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Aussprache. Es ist angeregt worden, daß nach Möglichkeit zuerst diejenigen Herren zu Wort kommen, die zu rein wirtschaftlichen Fragen sprechen wollen, daß in zweiter Linie über die Ernährungsfrage gesprochen wird und als drittes über die Finanzfragen. Es wäre an sich gut, wenn wir uns an diese Ordnung halten könnten, weil es zweifellos den Überblick über die Diskussion erleichtert. Unter diesen Voraussetzungen bitte ich nun um Wortmeldungen.

Abg. Richter (SPD):

Meine Damen und Herren! Wir haben aus den Darlegungen der Referenten der einzelnen Ausschüsse gehört, welche Arbeit in diesen Ausschüssen geleistet wurde. Wir müssen dabei feststellen, daß zwar Teilgebiete behandelt wurden, daß aber grundsätzliche Fragen über unsere Volkswirtschaft nicht angeschnitten wurden. Das liegt selbstverständlich daran, daß wir von Hessen aus eine Volkswirtschaftspolitik allein nicht machen können und daß wir zu einer einheitlichen Politik kommen müssen. So wie bei der Entschließung zur Währungsfrage der Kollege Heißwolf unterstrich, daß die wirtschaftliche Einheit Deutschlands Voraussetzung zur Lösung der Währungsfrage, der Geldfrage ist, so ist dies auch auf allen anderen Gebieten, denn nur dann wird es möglich sein, die Voraussetzungen für einen Erfolg aller Bemühungen zu schaffen. Die Neuordnung des Geldwesens, der Reparations- und Industrieplan sowie die Planungsausschüsse, das waren die drei wichtigsten Gebiete, mit denen sich der Finanzausschuß beschäftigt hat. Wir wissen aber, daß allein die Neuordnung des Geldwesens, die uns allen so dringend notwendig erscheint, nicht genügt, sondern daß sie nur eine Beeinflussung der Entwicklung unserer Volkswirtschaft darstellt. Das Entscheidende ist eine Förderung der Gütererzeugung, so daß wir uns alle Mühe geben müssen, unsere Produktion in Gang zu bringen, und daß wir immer wieder bei den zuständigen Stellen der deutschen Regierung wie auch der Militärregierung darauf hinzuweisen haben, daß unsere Volkswirtschaft in Gang kommen muß. Hierbei ist erschwerend im Wege der Industrieplan und die einschneidenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft. Danach soll eine 50-prozentige Einschränkung unserer Produktion erfolgen. Das würde praktisch zu einer Arbeitslosigkeit und einer Einschrumpfung der gesamten Volkswirtschaft führen müssen. Wir müssen deshalb Wert darauf legen, daß auf diesem Gebiet der Landesausschuß darum besorgt ist, daß derartige Maßnahmen verhindert werden.

Es wird weiter unsere Aufgabe sein müssen, darauf hinzuweisen, daß unsere jetzigen Verhältnisse nicht mit denen in einem normalen wirtschaftlichen Zustand zu vergleichen sind. Wir haben 1945 nicht nur eine gewaltige Schuldenlast übernehmen müssen, wir haben auch einen Trümmerhaufen übernommen.

Unsere Wohnstätten sind vernichtet, und es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß neben dem Lebensunterhalt auch eine Erstellung der Wohnstätten vordringlich ist. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es notwendig, wie in den Ausschüssen beschlossen wurde, daß Planungsausschüsse geschaffen werden, in denen gemeinsam durch Vertreter der Gewerkschaften, der Parteien und der Regierung die Dinge gelenkt und geleitet werden. Ebenso notwendig wird es darüber hinaus aber auch sein, daß all die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Belange, die das deutsche und insbesondere das hessische Volk angehen, geregelt werden. Es müßte Aufgabe der in Betracht kommenden Stellen sein, daß wir diese Regelung so durchführen, daß sie im Interesse aller Beteiligten liegt. In einigen Besprechungen, die auf diesem Gebiet stattgefunden haben, wurde erreicht, daß ein Organ geschaffen werden soll, wo Unternehmer und Gewerkschaften gemeinsam ihre Belange regeln.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Meine Damen und Herren! Die EntschlieÙung, die der Wirtschaftspolitische Ausschuß hier eingebracht und über die der Herr Berichterstatter Kollege Fisch berichtet hat, ist nach unserer Auffassung eine entscheidende Grundlage für die heute hier stattfindende Aussprache. Dieser vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß vorgelegte Antrag stammt von der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union. Wir haben diesen Antrag im Wirtschaftspolitischen Ausschuß eingebracht in dem Bewußtsein, daß der zunehmende Ernst der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in unserem Staat es erforderlich macht, vor dem Forum des Beratenden Landesausschusses einmal die Tatsachen und die Voraussetzungen herauszustellen, von deren Erfüllung in absehbarer Zeit der Wiederaufbau unseres gesamten Sozial- und Wirtschaftslebens abhängt.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß in den letzten Wochen die Blicke des deutschen Volkes sich mit besonderem Interesse, aber auch mit größter Sorge nach Paris gerichtet haben, als dort die Außenminister der vier Besatzungsmächte in eingehenden Beratungen sich über die entscheidenden Lebensfragen unseres Volkes auseinandergesetzt haben. Seien wir uns darüber klar, daß in den Pariser Beratungen es letzten Endes darum geht, die Lebensgrundlagen unseres Volkes zu entscheiden, die in den wenigen Stichworten zusammengefaßt werden können: wirtschaftliche Einheit, Zentralverwaltung und Rhein- und Ruhrgebiet, und ich glaube, wir können nicht umhin, mit Dank und mit Genuß die zweifellosen Bemühungen, in Sonderheit des Herrn amerikanischen und englischen Außenministers, in Paris zu begrüßen', Bemühungen, die im Grunde genommen nur einem Ziel gelten, dem Grundsatz der im Abkommen von Potsdam vorgesehenen Beschlüsse nunmehr so schnell wie möglich zur Wirklichkeit zu verhelfen. Wir bedauern in gleichem Ausmaß auf der anderen Seite die Erklärungen, die aus den verschiedensten Parteilagern jenseits

¹⁸⁹ Der amerikanische Außenminister Byrnes plädierte für den Vollzug des Potsdamer Abkommens, der von ihm vertretene „Byrnes-Plan“ setzte die Einheit Deutschlands voraus. Auch der britische Außenminister Bevin wandte sich gegen separate Verhandlungen über das Ruhr- und Rheinlandproblem oder die Westgrenze Deutschlands. Er forderte die Auseinandersetzung mit dem Deutschlandproblem als Ganzem, wobei der wirtschaftlichen Einheit Priorität eingeräumt werden sollte. Vgl. Deuerlein, Einheit, S. 137f.

des Rheins in den letzten Wochen zu verzeichnen sind¹⁹⁰ und die mit diesen Bemühungen des Herrn amerikanischen und englischen Außenministers zweifellos in einem gewissen Widerspruch stehen, und wir hoffen, daß letzten Endes die Politik Amerikas und Englands es mit Erfolg zuwege bringen wird, die entscheidenden Lebensgrundlagen unserer weiteren Entwicklung sicherzustellen.

In diesem Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses steht im Vordergrund die Frage, deren Auswirkungen wir ja Tag für Tag zu spüren haben, die Frage der Überbrückung der Zonengrenzen. Es ist von den meisten meiner Vordredner auf die Bedeutung dieser Frage hingewiesen worden. Ich möchte ein paar wirtschaftliche Einzelheiten hier anführen, um zu zeigen, wie die Dinge sich vom grundsätzlichen Standpunkt und vom Standpunkt der Wirklichkeit aus gestalten. Es war bekanntlich Ende Dezember vorigen Jahres zwischen den vier Besatzungsmächten eine Vereinbarung getroffen worden, auf Grund deren vierzehn verschiedene Waren der amtlichen Bewirtschaftung dem Austauschverkehr zwischen den verschiedenen Zonen unterliegen sollten, Waren, die nur mit Genehmigung interzonal gehandelt werden dürfen. Ich stelle hier fest, daß dieses Abkommen praktisch nur in der amerikanischen Zone zur Durchführung gekommen ist. Allerdings läßt auch innerhalb unserer Zone die Praxis, gemessen an dem, was man grundsätzlich gewollt hat, noch sehr zu wünschen übrig. Die Idee des Kompensationsgeschäfts ist sowohl bei amtlichen wie auch bei privaten Stellen noch nicht ganz aus den Köpfen herauszubringen. Das gilt innerhalb der amerikanischen Zone wie auch ganz besonders im Verkehr von einer zur anderen Zone. Praktisch ist es so – das wird Ihnen jeder Geschäftsmann bestätigen –: Der wirtschaftliche Austauschverkehr mit den anderen Zonen geht dann leicht vonstatten, wenn ein interessantes Kompensationsgeschäft damit verbunden ist. Wenn wir in der amerikanischen Zone, und in Sonderheit in Groß-Hessen, die Anwendung dieser Grundsätze prüfen, so ergibt sich ein ganz eigenartiges Bild unserer Außenhandelsbeziehungen. Wir führen nämlich durchweg mehr aus, als wir einführen. Ich habe mir die Zahlen zusammenstellen lassen und siehe da, in den Monaten Februar, März und April beträgt unsere Ausfuhr – es ist grotesk, daß wir dieses Wort gebrauchen müssen – nach der englischen Zone 13 Millionen, die Einfuhr nur 5 Millionen, in runden Zahlen. Im Verkehr mit der französischen Zone beträgt die Ausfuhr 6,6, die Einfuhr 2,8 Millionen. Im Verkehr mit der russischen Zone wurde das Verhältnis, das im Februar und März 5:1 war, in der Gesamtzeit der drei Monate etwas besser; die Ausfuhr betrug 1,4, die Einfuhr 1,6 Millionen.

Sie sehen also, daß viel mehr aus der amerikanischen Zone hinausgeht, zum Teil ein Mehrfaches von dem, was hereinkommt. An diesem Vorgang wird deutlich illustriert, daß an dem Austauschverkehr der Zonen etwas nicht in Ordnung sein kann. Dasselbe gilt in Sonderheit auch in der Frage der Kohlebe-

¹⁹⁰ Dr. Köhler spielt hier insbesondere auf die französische Position zur Deutschlandfrage an, wie sie auf der Pariser Außenministerkonferenz in einer Denkschrift der französischen Delegation zur deutschen Frage vom 25. April 1946 deutlich wurde. Der französische Standpunkt war von einem starken Sicherheitsverlangen geprägt und lief darauf hinaus, das Ruhrgebiet ebenso wie das Rheinland und die Saar aus dem Vierzonen-Deutschland endgültig herauszulösen und in jedem Gebiet eine Regierung zu errichten. Vgl. Deuerlein, Einheit, S. 129f.

lieferung. Auch hier möchte ich einmal von dieser Stelle aus einige Ziffern bekanntgeben, die vielleicht der größeren Öffentlichkeit nicht so zugänglich sind. Wir haben von Januar bis April für Groß-Hessen 1,3 Millionen Tonnen Kohle angefordert, davon haben wir 484000 Tonnen, also rund ein Drittel, erhalten, davon hat die Industrie 184 000 Tonnen bekommen, bei einem tatsächlichen Mindestbedarf von 800 000 Tonnen. Wir haben also für die Ingangsetzung unseres industriellen Lebens in Groß-Hessen in den vergangenen Monaten nur ein Viertel von dem an Kohle bekommen, was wir hätten haben müssen.

Was die Verkehrsschwierigkeiten zwischen den einzelnen Zonen anlangt, dafür möchte ich Ihnen auch mit einem Beispiel dienen, aus dem Sie ersehen können, wie die Zonenabgrenzung dazu führt, natürliche Belieferungsgebiete auszuschalten und dafür Gebiete für Lieferungen einzuschalten, die im Grunde genommen eigentlich in ganz andere Gegenden gehören. Das sehen wir zum Beispiel am Zement. Wir haben ja erfreulicherweise die großen Zementaktiven in Biebrich und Amöneburg. Heute muß Amöneburg den Bedarf in Groß-Hessen decken, und zwar auf einer Basis von 10 Mark die Tonne. Früher hat Amöneburg bei etwa 3 bis 4 Mark Fracht per Schiff bis in den Raum Köln — Duisburg geliefert. Heute ist diese Lieferung ausgeschlossen, und umgekehrt muß nun die westfälische Zementindustrie mit über 10 Mark Fracht pro Tonne in den Raum Köln — Duisburg liefern, den wir früher mit einer Fracht von 3 bis 4 Mark beliefern konnten. Heute wird von Westfalen aus der Raum von Siegen beliefert mit etwa 6 bis 7 Mark Fracht pro Tonne, der früher mit einer Fracht von 2 bis 3 Mark pro Tonne von hier aus beliefert wurde. Sie sehen an diesen Beispielen, daß das ganze natürliche Unkostengefüge oder Unkostengefälle durch die Zonenabgrenzung ins Wanken gekommen ist. Daß also in absehbarer Zeit einschneidende Änderungen erfolgen müssen, dürfte kaum einem Zweifel unterliegen.

Und nun, meine Damen und Herren, kann ich nicht umhin, zu der Frage des deutschen Industrieplanes ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Eins steht fest: die Tatsache des Erlasses des Industrieplanes seitens des Kontrollrats ist schon als ein entscheidender Fortschritt anzusehen insofern, als wir nun endlich einmal klar sehen, wie die künftige Struktur unserer deutschen Volkswirtschaft, der Raum der Lebensmöglichkeit für uns, gestaltet werden soll. Und da außerdem in der Präambel des Industrieplanes eindeutig gesagt ist, dieser Industrieplan solle keine endgültige Festsetzung darstellen, so wird man die berechtigte Hoffnung daran knüpfen können, daß er den ersten Versuch eines Planes überhaupt darstellt, um überhaupt einmal zu sehen, ob auf einer solchen Grundlage ein Neuaufbau unserer Wirtschaft Erfolg hat, vielleicht auch — und ich möchte dabei auf die sehr deutliche Kritik im englischen „Economist“ hinweisen — in der Erwartung, daß aus der von deutscher Seite erfolgenden Kritik erst die richtigen und zutreffenden Grundlagen für die Gestaltung einer solchen Neuplanung unseres gesamten wirtschaftlichen Aufbaues entstehen könnten. Eine Kernfrage, um die es bei der Beurteilung des Neuaufbaues unserer gesamten Volkswirtschaft geht, ist doch die: Auf welcher Grundlage können wir in Zukunft unsere Ernährung sicherstellen? Wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß uns der Verlust der Ostgebiete eine sehr starke Schrumpfung unserer Ernährungsbasis gebracht hat. Wir haben im Jahre 1936, meine Damen und

Herren, bei einer Einwohnerzahl von 67 Millionen in Deutschland damit rechnen können, daß für je 1000 Einwohner eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von rund 399 Hektar zur Verfügung stand, heute, bei Zugrundelegung einer Bevölkerung von annähernd 70 Millionen, können wir für je 1000 Einwohner nur noch mit je 281 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche rechnen, das ist also fast ein Drittel weniger, und dabei bleibt noch ein ganz großes X bei aller Berechnung. Werden wir überhaupt oder in absehbarer Zeit wieder damit rechnen können, daß uns die natürlichen agrarischen Überschußgebiete östlich der Elbe und östlich der Oder für die Belieferung in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen werden? Die Beantwortung dieser Frage wird entscheidend sein dafür, wie der künftige Plan für den Neuaufbau der deutschen Volkswirtschaft zu gestalten ist, und ich möchte an dieser Stelle der Hoffnung und der Erwartung Ausdruck geben, und ich glaube, diese Erwartung teilen wir alle in diesem Hohen Hause, daß auch diese Frage, ob wir wieder einmal die Einschaltung der agrarischen Überschußgebiete in unsere Lebensmittelrechnung erwarten können, im Sinne der Potsdamer Konferenz entschieden werden möge, das heißt zu Deutschlands Gunsten.

Wir müssen bei der Beurteilung dieses Industrieplanes aber auch mit Nachdruck darauf hinweisen, daß es notwendig ist, bei dem Neuaufbau unserer künftigen Industriegewirtschaft einen gewissen organischen Zusammenhang des volkswirtschaftlichen Kreislaufs zu gewährleisten, das heißt mit anderen Worten, daß es uns vor allen Dingen gestattet werden muß, die im Lande vorhandenen eigenen Rohstoffe zu Zwischenprodukten und später zu Fertigprodukten auszuwerten. Wenn wir aber dann feststellen müssen, daß es uns in Zukunft verboten sein soll, die auf deutschem Boden mögliche Erzeugung von Aluminium zu betreiben, so muß man feststellen, daß hier eine Lücke vorhanden ist, eine grundsätzliche Einstellung zum Ausdruck kommt, die wir nicht billigen können, von der wir nur wünschen wollen, daß sie eine Abänderung erfährt.

Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß die Quoten, die vorgesehen sind, bekanntlich die Hälfte der Kapazitäten von 1938, nicht ausreichen, abgesehen von dem Problem, den aus dem Osten einwandernden Deutschen die Beschäftigungsmöglichkeit in vollem Umfange zu gewährleisten. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Plan, wie er jetzt besteht, zwangsläufig eine Reihe von Millionen Menschen auf längere Zeit der Arbeitslosigkeit ausliefern wird, und es ist von großer Bedeutung, daß dies nicht von deutscher Seite, sondern daß es auf einer Beratung der Premierminister der britischen Dominions laut „Daily Telegraph“ festgestellt worden ist.

Großbritannien hat starke Bedenken gegen die Annahme dieses Planes, der die Gefahr mit sich bringen würde, daß in der britischen Besatzungszone Deutschlands ein schweres Arbeitslosenproblem entsteht, und wenn dieses Problem schon für die britische Zone vorausgesagt wird, dann liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß es für die amerikanische Zone nicht bevorsteht. Es wird darauf ankommen, wenn dieser Plan den deutschen Verhältnissen angepaßt werden soll, von vornherein zunächst einmal festzustellen, welcher tatsächliche Bedarf an Fertigwaren aller Art notwendig ist, um denjenigen Lebensstandard, der ja uns zugesichert ist, auch wirklich sicherzustellen, und wenn man diesen tatsächlichen Bedarf an Versorgungsgütern aller Art festgestellt hat, muß man von die-

ser Feststellung aus weiter rückläufig feststellen, welche Grundstoffe und Zwischenprodukte notwendig sind, um diesen Bedarf an Fertigwaren im eigenen Lande erzeugen zu können oder, um es einmal volkswirtschaftlich theoretisch auszudrücken, je geringer die Rohstoffeinfuhr, je stärker die Ausschöpfung der einheimischen Rohstoffe möglich ist, desto größer werden die Mengen an exportfähigen Produkten sein, die uns in den Stand setzen, eine größere Menge an Lebensmitteln einzuführen. Ich will davon absehen, die bekannten Ziffern gegenüberzustellen. Ich glaube, darüber ist man sich überall einig, auf einer Basis von 3 Milliarden Mark Ausfuhr, wovon dann die Hälfte für die Einfuhr von Lebensmitteln benutzt werden soll, läßt sich schlechterdings nicht diskutieren.

Die ganz entscheidende Frage ist nun die: Auf welcher Grundlage sollen diese verarbeitenden Industrien aufgebaut werden, wenn es nicht gestattet ist, ihre Grundstoffe und Zwischenprodukte auch in Deutschland zu gewinnen? Wir brauchen nicht lange um die Dinge herumzureden, wir wissen genau, daß die Besatzungsmächte schwere Bedenken darüber haben, erneut in Deutschland eine Schwerindustrie aufkommen zu lassen. Ich glaube, es wird im deutschen Volk – von einigen vielleicht unbelehrbaren Ausnahmen abgesehen, aber wo gibt es die nicht – im ganzen keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß für immer zum Segen des deutschen Volkes und zum Segen der Menschheit überhaupt die Möglichkeit der Neuentstehung eines Krieges potentiell ausgeschaltet werden muß. Das ist ja eine Binsenwahrheit, und wir sind schon der Auffassung, wenn nun die Besatzungsmächte Bedenken haben, uns die wirtschaftlichen Grundlagen für die eventuelle Neuentstehung eines Krieges potentiell einzuräumen, so sollte man doch im übrigen meinen, daß ein demokratisches Deutschland genügend Garantien in sich bieten müßte, um jemals wieder derartige Gefahren, Ansatzpunkte für eine neue Aufrüstung aufkommen zu lassen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß aus dieser Erkenntnis auch gewisse Konsequenzen gezogen werden müssen. Wir werden ohne Schwerindustrie unsere Wirtschaft nicht wieder aufbauen können. Diese Fragestellung ist sehr einfach, und infolgedessen ist es notwendig, daß wir diese, sagen wir einmal, politischen Imponderabilien schaffen, die die Garantie als solche bieten, sich auch in gewisser Form auswirken müssen, und diese Formen können verschiedenartig sein, können dergestalt sein, daß dem Parlament entscheidender Einfluß gegeben wird auf die Überwachung der Ausgestaltung der Produktion verschiedener Industrien. Wir haben ja darüber hinaus erfreulicherweise, beispielhaft für die ganze Westzone, hier in Groß-Hessen die Einrichtung des sogenannten Landeswirtschaftsrats, ein Forum, in dem eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaften stattfindet', und auch dieses Forum bietet ja die Möglichkeit zur Überwachung.

¹⁹¹ Ein erstes Zusammentreffen zwischen den Vertretern der Industrie- und Handelskammern und der Gewerkschaften hatte am 30. März 1946 stattgefunden. Es entwickelte sich ein regelmäßiger Meinungs-austausch zwischen beiden Gruppen über aktuelle wirtschaftliche Probleme mit dem Ziel, einen „Landeswirtschaftsrat“ als oberste Vertretung aller Organisationen der Arbeitnehmer und Unternehmer in der gewerblichen Wirtschaft und Landwirtschaft Groß-Hessens zu bilden und somit eine Kooperation zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit scheiterte jedoch am

Das eine muß zum Ausdruck gebracht werden: Wenn wir uns schon darüber klar sind, daß von der Ausnützung der Schlüsselproduktion das Leben unseres Volkes abhängt – und darüber kann kein Zweifel bestehen –, so kann nicht die Form dieser Schlüsselindustrien entscheidend sein. Entscheidend kann nur eins sein: die Sicherstellung ihres sozialen und wirtschaftlichen Nutzeffekts.

Selbstverständlich kann man diese Fragen nicht im Rahmen eines kleinen Landes wie Groß-Hessen entscheiden, und hier münden wieder unsere Gedanken hinein in das zentrale Problem der wirtschaftlichen Einheit. Meine Damen und Herren! Der amerikanische Außenminister hat ja am Schluß der Konferenz ¹⁹² fünf Fragen aufgeworfen, die demnächst, wie wir hoffen, behandelt und beantwortet werden. Die wichtigste dieser Fragen, die nach meinem Empfinden die wichtigste politische Schlußfolgerung zuläßt, ist die, in der er fragt, ob innerhalb von 90 Tagen deutsche Zentralverwaltungsstellen zur einheitlichen Lenkung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland eingerichtet werden können ⁹³. Innerhalb von 90 Tagen! Wenn der amerikanische Außenminister diese Frist setzt, so können wir darauf vom deutschen Standpunkt die Notwendigkeit sehen, wie außerordentlich brennend es doch sein muß, die Frage der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit und die Einrichtung von zentralen Wirtschaftsstellen in Deutschland endlich zum Abschluß zu bringen. Wir können der Hoffnung Ausdruck geben, daß angesichts dieser Fragestellung nun endlich all die Widerstände überwunden werden, die sich bisher gezeigt haben.

Und um das zum Schluß zum Ausdruck zu bringen, es geht nicht nur um die wirtschaftliche Überbrückung der Zonengrenzen, es geht darum, die Millionen Menschen, die aus den Ostgebieten hier einwandern, in einer Weise in unseren Sozial- und Wirtschaftskörper einzugliedern, die ihnen eine einigermaßen lebenswerte Gestaltung ihrer neuen Existenz ermöglicht. Ich brauche hier in diesem Hause nicht zu betonen, wie immer brennender diese Frage wird, wie die Spannungen – darüber wollen wir uns auch einmal klar werden – auf dem Lande, die durch das Heranströmen des deutschen Menschen aus dem Osten entstehen, nicht geringer, sondern immer stärker werden, und es ist nicht zuviel gesagt, daß durch die Schwierigkeiten, dieses Problem zu lösen, an den Grundlagen unseres Volkslebens gerüttelt wird, nämlich an dem Familiengedanken. Der Gedanke an die Familie wird ja draußen auf dem Lande, auf den Dörfern, in denen nun die Flüchtlinge dicht gedrängt leben müssen, nachgerade in Frage gestellt. Mir hat dieser Tage der Landrat des Kreises Rüdeshcim geschrieben, wenn in einigen Wochen in Eltville die endgültige Einwanderungsquote erreicht ist, dann wird in dem kleinen Städtchen im Durchschnitt pro Wohnraum

Interessenkonflikt, der durch die Diskussion über die Verfassungsfrage und insbesondere über das Mitbestimmungsrecht aufbrach. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 215ff.

¹⁹² Gemeint ist das Ende der ersten Sitzungsperiode der 2. Außenministertagung in Paris im Mai 1946.

¹⁹³ Die vier übrigen Fragen bezogen sich auf das künftige Schicksal von Ruhrgebiet und Rheinland, auf die Verwendung der in Deutschland verbliebenen wirtschaftlichen Hilfsquellen, auf die Frage der Anerkennung der Zonengrenzen als reine Markierungslinien für die Besatzungsgebiete und auf die Möglichkeit, eine Übereinkunft über die Westgrenzen zu erzielen. Vgl. Deuerlein, Einheit, S. 137.

eine Belegung mit drei Personen vorhanden sein. Ein Kommentar erübrigt sich. Der Kampf um Kochtopf und Kochherd hat eingesetzt, und wir wollen uns darüber klar sein, was es bedeutet, wenn nunmehr statt einer Frau drei oder vier Frauen am Herd stehen, um die Verschiedenartigkeit der Ernährungsansprüche zu erfüllen. Es wäre sehr wünschenswert und in höchstem Maße dankenswert, wenn es in demjenigen Gremium, das ja letzten Endes für das Schicksal Europas verantwortlich ist, gelänge, in dieser Frage Formen der Lösung zu finden, die den tatsächlichen Möglichkeiten, die wir nun einmal hier im beschränkten Lebensraum des Westens haben, besser entsprechen als die bisher vorgesehenen Formen. Das eine ist zum mindesten notwendig, daß eine grundlegende Revision der Praxis im Antransport, in der Umsiedlung, vielleicht auch in dem Ausmaß und Tempo der Umsiedlung Platz greift, damit Zeit gewonnen wird, um alle die Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um diesen Menschen eine Lebensmöglichkeit zu gewähren. Eins steht fest, und das möchte ich abschließend sagen, auf der Basis des vorgesehenen Industrieplanes werden wir die Millionen Menschen, die in die westliche Zone hineinkommen, nicht so unterbringen können, daß sie sich wohlfühlen und daß sie überhaupt nur das Gefühl haben, daß ihr Dasein noch lebenswert ist.

Abschließend möchte ich sagen: Wir haben alle Veranlassung, gleichgültig in welchem politischen Lager wir stehen, an den Kontrollrat die Bitte zu richten, in Fragen des Industrieplanes und des Wiederaufbaues unserer Industriewirtschaft und unserer Volkswirtschaft überhaupt uns Lebensmöglichkeiten einzuräumen, die es uns, die wir heute im politischen Raum darum bemüht sind, die Demokratie ins Leben zu rufen und zu verwirklichen, möglich machen, diese politische Arbeit in den breiten Massen des Volkes auch wahrhaft mit Erfolg durchzuführen.

Und nun noch ein Wort zu den Berichten des Herrn Kollegen Heißwolf aus der Sphäre der Finanzen. Ich freue mich zu hören, daß wir jetzt bei der Entscheidung, die wir fassen wollen, in der Beurteilung der Steuerverordnung des Kontrollrats uns über alle Punkte geeinigt haben, daß nicht nur die sozialen Gesichtspunkte die ihnen mit Recht zukommende Würdigung erfahren haben, daß auch gewissen Notwendigkeiten, die sich im Sektor der gewerblichen Wirtschaft ergeben, Rechnung getragen wird. Was darüber hinaus die erfreuliche Tatsache anlangt, daß eine Einmütigkeit in der Währungsfrage zu verzeichnen ist, so ist darüber unsere Freude in der CDU um so größer, weil wir im Finanzpolitischen Ausschuß die Anregung gegeben hatten, das Abkommen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften " auch auf unsere politische Bühne zu übernehmen, und wir dürfen feststellen, daß bei uns in Groß-Hessen eine absolut geschlossene Auffassung der gesamten großhessischen Bevölkerung, vertreten durch die politischen Parteien und die beiden Sozialpartner, über die brennendste Frage, nämlich die Neuordnung unseres Geldwesens, zu verzeichnen ist. Ich glaube, das ist eine Übereinstimmung, wie sie nicht in allen Ländern der westlichen Zone wie bei uns zu verzeichnen ist, und ich nehme sie als ein gutes Omen, auch in anderen grundsätzlichen Fragen miteinander auszukommen.

¹³⁴ Vgl. die Erklärung des FDGB, der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- u. Handels- und der Handwerkskammern des Landes Groß-Hessen, oben S. 260.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Wird das Wort weiter gewünscht? Herr Kollege Bauer bitte.

Abg. Bauer (KPD):

Meine Damen und Herren! Ich habe zu zwei Problemen Stellung zu nehmen. Das erste ist das Problem des Planungsausschusses, wobei ich bedauere, daß der Sprecher der CDU mit keinem Wort auf die seltsame Sache eingegangen ist, daß trotz des einmütigen Beschlusses im Wirtschaftspolitischen Ausschuß die CDU es doch für richtig gehalten hat, einen neuen Antrag, der ganz anders formuliert ist, hier einzubringen.

Zu der Frage des Planungsausschusses ist nur folgendes zu sagen, und ich glaube, gerade die Diskussionsrede des Herrn Dr. Köhler hat es bewiesen: Es wäre in der jetzigen Situation das Gefährlichste, was wir tun könnten, wenn wir Fachleute untereinander lassen, auch in Wirtschaftsfragen, denn Fachleute haben die Tendenz, alle entscheidenden Probleme ihres Faches zu sehen, die politische Bedeutung aber entweder völlig beiseite zu lassen oder zu unterschätzen.

Ich komme nun zu den Fragen, die heute in der dritten Sitzung des Beratenden Landesausschusses zum dritten Mal im Mittelpunkt unserer Debatte stehen, und das war auch der Hauptgrund – wenn ich das hier einfügen darf –, warum wir Wert darauf legten, die Anfragen an den Herrn Ministerpräsidenten heute hier zu behandeln: das ist die Frage der Einheit Deutschlands.

Wir haben als Landesausschuß unsere Arbeit begonnen mit einer gemeinsamen Deklaration, einem gemeinsamen Bekenntnis zur politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. In der letzten Sitzung wurde in den verschiedenen Themen die gleiche Frage angeschnitten, und heute sehen wir, daß auch diese Frage erneut zur Debatte steht. Und das ist klar, sie muß stehen, denn wir sind uns einig darüber, daß von der Einheit Deutschlands unser ganzes Leben abhängen wird. Nur glauben wir, daß sich mehr und mehr herausstellt, daß die wirtschaftliche Einheit Deutschlands engstens verbunden ist mit der Frage der politischen Einheit Deutschlands. Diese Fragen sind nicht zu trennen.

Mit Recht hat Kollege Dr. Köhler auf die Konferenz von Paris hingewiesen. Jeder Deutsche sollte ausführlich die Debatte, die dort stattgefunden hat, studieren. Allerdings kommen wir als Kommunistische Partei zu einigen anderen Schlußfolgerungen als Kollege Dr. Köhler. Mit ihm bedauern wir, daß jenseits des Rheins Erklärungen abgegeben werden, die der Einheit Deutschlands sich entgegenstellen. Noch mehr allerdings bedauern wir – und das ist, glaube ich, die Frage, die wir endlich einmal anfangen sollten, viel mehr zu diskutieren –, daß in unserer Heimat allein soundsoviele Menschen mit allen Mitteln sich der Einheit entgegenstemmen, entweder teilweise und bedingt für die Einheit sind oder ganz klar und deutlich dagegen Stellung nehmen. Ich bedauere tiefstens, daß die CDU des Saargebiets das Telegramm an die Außenministerkonferenz mit unterzeichnet hat¹⁹⁵. Ich bedauere, daß Herr Dr. Köhler das hier vergessen

¹⁹⁵ Es handelt sich dabei um ein Telegramm der Vorsitzenden der Christlichen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei und der Einheitsgewerkschaft des Saargebietes vom 3. Mai 1946 an die in Paris tagenden Außenminister. Die drei Vorsitzenden hatten darin den wirtschaftlichen Anschluß des Saargebietes an Frankreich gefordert. Die Leitung der

hat, denn klar ist, daß, wenn das Ausland so Stellung nimmt und Hilfeleistung aus Deutschland bekommt, die ganze Situation verdorben wird. Wir treten zwar ein für die Einheit Deutschlands, nur sollten wir endlich einmal anfangen zu diskutieren: Meinen wir es bis zur letzten Konsequenz ehrlich und offen mit der Einheit Deutschlands oder sind wir für die bedingte Einheit? Das wage ich zu bezweifeln, und ich werde dafür hier den Beweis antreten, daß selbst in der CDU Groß-Hessens jene geschlossene Auffassung zur Einheit nicht existiert, wie sie uns immer wieder von Herrn Dr. Köhler als dem Sprecher der CDU hier erklärt wird. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, mir zu gestatten zu zitieren. Vor mir liegt ein Brief, den eines der führenden Mitglieder der CDU geschrieben hat an ein Mitglied unseres Landesausschusses, an Fräulein Sevenich. In diesem Brief heißt es:

„Bei irgendeiner Zusammenkunft werde ich mir erlauben, Ihnen meine Kritik an der realpolitischen Taktik zu sagen, die Sie häufig einschlagen. Daß Sie zum Beispiel die Einladung nach Berlin ¹⁹⁶ angenommen haben, halte ich für ganz falsch. Wenn überhaupt jemand aus Groß-Hessen den dortigen Parteitag besucht, dann ist es wertlos, wenn alle Personen bewußt fernbleiben, denn die Union Berlins wird die Anwesenheit der zwei oder drei Besucher als offizielle Teilnahme des Landes auswerten, was sehr weittragende Folgen haben kann. Wenn die Distanzierung von Berlin, um was immer es sich an Bedeutung handeln kann, jetzt nicht ganz deutlich erfolgt, insbesondere von Seiten der Union, so müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß alte Gewohnheiten, Gedankenlosigkeit und ein gewisses Schwergewicht der derzeitigen alliierten Verwaltung die künftige deutsche Zentralregierung nach Berlin ziehen würde. Sollte dieses betrüblichste Ereignis seit dem Waffenstillstand eintreten, dann ist es um Deutschland geschehen, nicht nur, weil erhebliche Teile des Südens, Südwestens und Westens sich abwenden werden, auch wegen der ohne jeden Zweifel dann zu erwartenden direkten oder indirekten Vorherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei. Sie haben einmal mir gegenüber gemeint, ich bereitete, ohne es zu merken, dem Bolschewismus den Boden. Wer heute auch nur an irgendeinem Punkt der praktischen Politik den Vorrang Berlins fördert, öffnet dem Bolschewismus das Tor. In Godesberg¹⁹⁷ waren Sie ähnlicher Ansicht, und von Ihnen stammt die Formulierung der These, daß man nicht eine Mitleidspolitik treiben dürfe, die uns alle miteinander ins Grab führt. Der aufmerksame Beobachter Ihrer Bahnen und 'Turmwächter'.
Unterschrift.“

(Zuruf des Abg. Dr. Köhler (CDU): Woher haben Sie diesen Brief?)

Kommunistischen Partei Saar hatte sich gegen einen solchen Wirtschaftsanschluß ausgesprochen. Vgl. Schmidt, Saarpolitik, Bd. 2, S. 119, dort auch Abdruck des Telegrammtextes.

¹⁹⁶ Gemeint ist eine Einladung zur Parteitagung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD), der CDU in der Sowjetzone, die vom 15. bis 17. Juni 1946 in Ost-Berlin stattfinden sollte. Zu den Kontakten der hessischen CDU und der CDUD vgl. Rüschemschmidt, Gründung, S. 300ff.

¹⁹⁷ Der Abg. Bauer meint die Reichstagung der Christlichen Demokraten in Bad Godesberg, die am 14. und 15. Dezember 1945 stattgefunden hatte.

Das ist unwichtig. Wichtig ist Ihre Stellungnahme zu diesem Brief. Seines Zeichens offizieller Herausgeber einer Zeitschrift in Frankfurt am Main; niemand von der CDU wird wohl leugnen, daß Herr Kogon¹ immerhin eine erhebliche Rolle in der CDU spielt.

Nun frage ich Sie, meine Damen und Herren und Herrn Dr. Köhler: Wollen Sie Stellung nehmen zu dem Inhalt des Briefes? Anstatt immer wieder indirekte und direkte Kritik am Ausland zu üben, wie es heute wieder geschah, Mächte der Vereinten Nationen gegeneinander in irgendeiner Form auszuspielen, wäre es vielmehr angebracht nach unserer Meinung, daß wir als Deutsche endlich einmal anfangen, uns klar zu werden, was wir unter Einheit verstehen und ob wir bereit sind, unter jeder Bedingung und auf jeden Fall immer wieder für die Einheit Deutschlands einzutreten. Wir als Kommunistische Partei werden das tun, unsere Freunde tun es im Saargebiet. Wir haben uns auch nicht, damit ich das gleich hier vorwegnehmen kann, abgefunden mit der Abtretung der Gebiete des Ostens, nur glauben wir eins nicht: Wir glauben nicht, daß es nützt, immer wieder Deklamationen vom Stapel zu lassen und zu erklären, im demokratischen Deutschland würden ja genug Garantien liegen, daß man Vertrauen haben könnte. Das Ausland steht nun einmal auf dem Standpunkt, es habe bereits einmal ein demokratisches Deutschland gegeben, und leider war es trotz diesem demokratischen Deutschland zum Hitlerismus gekommen. Das Ausland verlangt diesmal ganz andere Garantien, und diese Garantien müssen wir endlich einmal anfangen zu schaffen in Deutschland selbst, nämlich durch den tatsächlichen Aufbau eines demokratischen Deutschlands, und dann werden, verbunden mit einer Klarstellung: „Was verstehen wir unter Einheit?“ endlich diese ganzen Diskussionen einen Sinn bekommen.

Abg. Graf Matuschka (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht zu den letzten Ausführungen des Herrn Bauer sprechen und nur einige Bemerkungen machen und Erklärungen abgeben zur Frage der Bildung des zentralen Planungsausschusses beim Ministerium für Wirtschaft und Verkehr. Meine Partei ist voll und ganz damit einverstanden, daß ein solcher Ausschuß bei dem Wirtschaftsministerium gebildet wird. Es ist dies der Beginn der allgemein gewünschten Planung und Lenkung der Produktion und der Wirtschaft. Der Ausschuß ist zusammengesetzt aus Vertretern der Wirtschaft und der Parteien und wird ein erstes Instrument sein, um, wie es auch unseren Grundsätzen entspricht, einen wirtschaftlichen Sozialismus zu schaffen auf demokratischer Grundlage.

Inzwischen haben nun Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der Industrie- und Handelskammern unter Billigung der Handwerkskammern und der Landwirtschaftskammern beschlossen, einen ständigen Landeswirtschaftsrat zu bilden. Dieser Landeswirtschaftsrat soll die Vertretung aller organisierten Arbeitnehmer und Unternehmer der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft

¹⁹⁸ Der Publizist Eugen Kogon (1903–1987) war von 1939 bis 1945 Häftling im KZ Buchenwald. Nach dem Krieg begründete er zusammen mit Walter Dirks die „Frankfurter Hefte“. Von 1949 bis 1953 leitete er die Europa-Union in Deutschland. 1951 übernahm Kogon eine Professur für Politikwissenschaft an der TH Darmstadt, die er bis 1968 innehatte.

darstellen. In allen grundsätzlichen Fragen der Wirtschaft soll durch diesen Landeswirtschaftsrat eine gemeinschaftliche Grundlage geschaffen werden. Es wird die vornehmste Aufgabe des Landeswirtschaftsrates sein, die Zusammenarbeit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im sozialen Sektor herbeizuführen. Das Staatsministerium soll bei dem Aufbau des Wirtschafts- und sozialen Lebens jeweils die Stellungnahme des Landeswirtschaftsrates anfordern. Auch Vertreter der amerikanischen Militärbehörden haben bereits die Bildung dieses Wirtschaftsrates gebilligt. Wir hoffen, daß der Landeswirtschaftsrat in der kommenden Verfassung verankert wird, in welcher Form, mag dabei offen bleiben. Denkbar wäre eine Regelung, wonach der Landeswirtschaftsrat als beratendes Organ für die Staatsregierung funktioniert, denkbar auch als Wirtschaftsparlament mit Gesetzesfunktion neben dem politischen Parlament".

Eine Zusammenarbeit des zentralen Planungsausschusses mit dem Landeswirtschaftsrat ist sehr wohl dann möglich, wenn die Zuständigkeiten abgegrenzt würden.

Nun hat die CDU unter Nr. 39 der Tagesordnung einen Antrag eingebracht, der hier schon mehrmals erwähnt wurde. Ich möchte erklären, daß dieser Antrag von unserem Sachbearbeiter ausgearbeitet wurde, bevor bekannt war, was der Wirtschaftspolitische Ausschuß beschlossen hatte. Es waren damals noch nicht im einzelnen die Beschlüsse des Wirtschaftspolitischen Ausschusses bekannt. Der Antrag ist aber geeignet, den Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zu ergänzen, und ich bitte, denselben auch in diesem Sinne aufzufassen. Der Antrag sieht vor, welche Arbeitsgebiete übernommen werden sollen und macht da im einzelnen Vorschläge. Es handelt sich darum, daß der zentrale Planungsausschuß bei dem Industrieabbau und dem Industrieumbau mitwirken soll. Er soll bei denjenigen Werken, die nach dem Industrieplan abgebaut werden sollen, sein Gutachten abgeben und eventuell erreichen, daß von amerikanischer Seite auf einen Teil des Abbaues verzichtet wird und so weiter. Dann soll der zentrale Planungsausschuß bei der Freisetzung und Umschulung der Arbeitskräfte mitwirken. Endlich soll er sich den Fragen der Ostflüchtlinge zuwenden und soll Vorschläge machen, wie dieselben beschäftigt werden können. Ferner ist vorgesehen, daß sich der Ausschuß auch mit der Zuteilung von Gartenland sowie gärtnerischen und landwirtschaftlichen Siedlungen teils an Industriearbeiter, teils an Evakuierte und Ostflüchtlinge befaßt. Wir haben seitens unserer Partei in der letzten Plenarsitzung einen Antrag eingebracht, der mit einigen Abänderungen Zustimmung gefunden hat, betreffend Bereitstellung von Gartenland für die vorgenannten Kategorien von Menschen, und es dürfte inzwischen soweit sein, daß in Kürze der Landwirtschaftsminister ein Zwangsverpachtungsgesetz für Gartenland vorlegen wird.

Ich darf noch bemerken, daß in unserem Antrag Nr. 39 des heutigen Materials zu Ziffer 2 ein Zusatz zu machen ist, und zwar: „der Landwirtschaftskammern und der Handwerkskammern“. Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.

¹⁹⁹ Ein Landeswirtschaftsrat hat in der Hessischen Verfassung keine ausdrückliche Berücksichtigung gefunden, die Einrichtung eines entsprechenden Gremiums wurde aber durch Artikel 38 (Wirtschaftslenkung) nahegelegt. Vgl. dazu auch Einleitung S. 24f.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Herr Bauer hat hier einen Brief verlesen. Er glaubt sicher, es sei eine große Bombe geplatzt. Ich bin nicht dieser Meinung. Mein Zwischenruf: „Woher haben Sie diesen Brief?“ dürfte wohl nicht unberechtigt sein, denn ich stehe auch im politischen Leben auf dem Standpunkt, namentlich seitdem wir uns seit Wochen mit Recht gegenseitig gesagt haben, wir wollen uns von den parlamentarischen Methoden vor 1933 abheben und nach Gentleman-like-Grundsätzen unsere Aussprache führen, daß die Verwendung eines Briefes, der nicht an den Verleser gerichtet ist, eine Methode ist, über deren Geschmack sich mindestens streiten läßt. Soviel über die formale Seite.

Was die Frage anlangt, wie wir zur politischen Einheit stehen, so möchte ich dazu folgendes sagen:

Wir wollen keine Einheit, die Berliner Zentralismus heißt und unter der Herrschaft einer Einheitspartei steht. Ich zweifle nicht daran, wenn im Hohen Hause eine Abstimmung über eine solche Einheit stattfände, wie dann das Ergebnis sein würde. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß sich die Landesleitung der CDU in der vorigen Woche in einer Erklärung mit der derzeitigen politischen Lage befaßt hat, deren Inhalt die Fragen des Herrn Kollegen Bauer erschöpfend beantwortet. Diese EntschlieÙung hat folgenden Wortlaut:

„Die Forderung nach der Einheit Deutschlands versteht sich von selbst. Insbesondere sollen die Zonengrenzen nicht länger ein Hindernis für die Wiederbelebung der darniederliegenden deutschen Wirtschaft sein. Zentralismus ist jedoch gefährlich und weder wünschenswert noch notwendig; er führt nach allen Erfahrungen der neueren deutschen Geschichte unweigerlich zu Machtmißbrauch und Vergewaltigung, die wir in allen ihren Erscheinungsformen verwerfen. Schon gegen die Gefahren eines zentralistischen Regiments pflegen sich Randgebiete aufzulehnen, so daß die Sache des Separatismus, der uns gerade in der gegenwärtigen deutschen Situation unwürdig erscheint, durch die Forderung nach Zentralismus mittelbar begünstigt wird.

Was wir erstreben, ist weder Gleichschaltung noch Aufspaltung, sondern gegliederte Einheit; ein möglichst reiches, aufeinander abgestimmtes Eigenleben von Ländern mittlerer Größe. Zentral soll geregelt werden, was die Länder ihrem Wesen nach nicht regeln können. Solche lebendige Vielfalt in der Einheit entspricht den besten Anlagen und Überlieferungen der deutschen Stämme und Landschaften.

Nur ein so geordnetes föderatives Deutschland bietet Gewähr gegen die Vormacht eines einzelnen Landes, einer einzelnen Stadt oder einer Einheitspartei, die jede echte Demokratie in Frage stellt.

Diese Erklärung geben wir ab im Hinblick auf den für Juni geplanten Berliner Parteitag der CDU der sowjetrussischen Besatzungszone, im Hinblick auf einen Entwurf der rheinländischen CDP der französischen Besatzungszone zur 'Eigenstaatlichkeit des Rheinlandes'²⁰⁰ und auf die bekann-

²⁰⁰ Am 15. Mai 1946 hatte die Christlich-Demokratische Partei (CDP) im „Rheinischen Merkur“ als Programmpunkte der Partei die Forderung nach Eigenstaatlichkeit des Rheinlandes und nach Schaffung eines deutschen Bundes genannt, was auch ganz der französi-

ten Bestrebungen hinsichtlich des Ruhrgebietes²⁰¹ sowie der Parteien im Saargebiet."

Ich danke, daß ich diese Entschlieung verlesen durfte.

Abg. Bauer (KPD):

Ich habe nicht die Absicht, ein Zwiegespräch mit Herrn Dr. Köhler zu führen. Ich freue mich aber über die Erklärung von Kollege Dr. Köhler, denn sie bestätigt die These, die ich vertreten habe, nämlich daß die CDU bedingt oder unter Vorbehalt für die Einheit Deutschlands eintritt. Nach wie vor vertrete ich den Standpunkt, daß diese Haltung gefährlich ist und daß wir klare Forderungen zu stellen haben über die Einheit Deutschlands, was gegenüber dem Ausland jetzt von größter Bedeutung ist.

Der Abgeordnete Graf Matuschka bezeichnete den Planungsausschuß als ein gesetzgebendes Wirtschaftsparlament. Der Aufbau dieses Ausschusses läuft darauf hinaus, hier ein Parlament neben dem Parlament zu schaffen und es mehr und mehr regieren zu lassen. Und da stehen wir auf dem Standpunkt, daß die einzige Stelle, die in dem Lande Gesetze zu machen hat, das Parlament, der Landtag sein muß und dieser Landtag in jeder Beziehung und in allen Fällen souverän entscheiden muß, daß es also daneben keine ständische Kammer geben darf. Deshalb wenden wir uns gegen den Antrag der CDU.

Wir beantragen, daß der Vorschlag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses über die Schaffung eines zentralen Planungsausschusses angenommen wird und sich der Ausschuo wie folgt zusammensetzt: aus je einem Vertreter der vier Parteien aus den Reihen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, je einem Vertreter der Industrie, der Gewerkschaften, des Handels, des Handwerks, des Landesarbeitsamtes und der Landwirtschaft, insgesamt zehn Mann.

Abg. Bauer (LDP):

Schon die Tagesordnung der heutigen Sitzung konnte nur wenig befriedigen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß der Beratende Landesausschuß sehr wenig beitragen konnte zur Beratung. Heute geht es wieder so, wir weichen ab, kommen aber nicht zur Beratung, zumal, wie Herr Witte ausführte, die Ausschüsse im einzelnen funktioniert haben. Der Wirtschaftspolitische und der Finanzausschuß haben etwas geleistet. Wir sind auch dankbar, daß sie klare Berichte gegeben haben. Trotzdem möchten wir empfehlen, weil die Ausschüsse noch nicht so dastehen, in Zukunft nicht nur einen Referenten, sondern auch einen Koreferenten zu bestellen. ber große politische Dinge können wir gar

schen Deutschlandpolitik entsprach, jedoch eine heftige Reaktion in der Öffentlichkeit wie auch innerhalb der CDU hervorrief. In einer Erklärung stellte die CDP dann klar, daß sie die „Schaffung eines westdeutschen Volksstaates Rheinland als eines sich selbstverwaltenden Landes im Rahmen des Neubaus der politischen Ordnung Gesamtdeutschlands“ erstrebe. Zit. nach Weitzel, Demokratie, S. 66.

²⁰¹ Dr. Köhler meint hier die Aktivitäten der Rheinischen Volkspartei, in der sich in der Nachkriegszeit mit Schwerpunkt am linken Niederrhein, in Düsseldorf und im Raum Wuppertal separatistische Kreise organisiert hatten, deren Ziel ebenfalls ein unabhängiger Rhein-Ruhr-Staat unter Einbeziehung des Ruhrgebietes, jedoch ohne Anschluß an einen auswärtigen Staat war. Die Partei blieb allerdings trotz des Zustromes weiterer separatistischer Gruppen aus dem Rheinland im Ruhrgebiet bedeutungslos. Vgl. Pietsch, Militärregierung, S. 270.

nichts entscheiden, und gerade im Wirtschaftspolitischen Ausschuß, dem ich angehöre, hat Herr Minister Dr. Mueller uns klargemacht, in welcher Zwangslage wir sind. Wenn Herr Landesrat Witte davon sprach, daß Autoschiebungen vorkommen konnten, so zeigt das doch, daß im Lande vieles nicht so sauber ist, wie es sein sollte. Wenn man von Landesplanung redet, so müssen wir darauf hinweisen, daß es im Lande gar nicht aussieht, wie es sein müßte. Ich habe viel zu tun im Landeswirtschaftsamt. Da sieht man, wie weit es gekommen ist. Wir haben ein Parteibuchbeamtenwesen, das untragbar erscheint. Wir werden unendlich viel Arbeit zu leisten haben. Unsere Stellung bei der LDP ist vollkommen klar: Wir kämpfen für einen sauberen Kleinstaat Groß-Hessen, damit er ein sauberes Glied in dem neuen Deutschland werden möge.

Abg. Barthel (KPD):

Seit der letzten Plenarsitzung hat sich die Lage in der Ernährungsfrage erheblich verschärft. Aus dem Bericht des Ernährungsministers in der letzten Sitzung war zu entnehmen, daß wir auf Zufuhren von Lebensmitteln aus anderen Ländern hoffen durften. Nach der weiteren Entwicklung mußten wir nun leider feststellen, daß in Zukunft wahrscheinlich keine Zufuhren mehr stattfinden. Als Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Ausschusses hatten wir Gelegenheit, uns nach dem eingehenden Referat des Dr. Häbich weiter zu informieren, inwieweit wir selbst in der Lage sind, uns aus den eigenen Beständen selbst zu ernähren.

Leider sieht es betrüblich aus. Wir haben als Fraktion der Kommunistischen Partei jede Gelegenheit wahrgenommen, durch unsere schriftliche Eingabe vom 10. November 1945, durch mündliche Aussprache im Ernährungsministerium im Januar 1946, weiter nach der Erhöhung der Brotration im Januar 1946 an berufener Stelle dahin zu wirken, um eine weitere Planung, eine Vorratswirtschaft zu betreiben. Leider war das nicht möglich.

Ich will keine Kritik an den betreffenden Stellen üben, ich will gelten lassen, daß vielleicht damals noch allgemein die Auffassung bestand, es kämen wirklich noch Zuschüsse aus dem Ausland. Wir müssen uns heute aber mit den Tatsachen abfinden und sagen: Verlaßt Euch nicht auf ein Wunder nach diesen zwölf Jahren, daß es aus dem Himmel Konserven regnet, sondern besinnt Euch darauf, was wir von uns aus selbst machen können, um aus dieser Ernährungskrise herauszukommen.

Wenn man so durchs Land reisen muß, sieht man Männlein und Weiblein mit Packen, mehr oder weniger dick, je nach den Beziehungen, und jeder schleppt sich ein bißchen Lebensmittel nach Hause. Die Stadt geht aufs Land und die Landbevölkerung tauscht ein. Denn wir mußten feststellen, daß die kleinen Bauern, besonders die werktätigen Leute, heute genauso Not leiden an Lebensmitteln und besonders an den täglichen Gebrauchsgegenständen wie in der Stadt. Ich verweise nur auf eins: Nach unserer damals etwas spaßhaften Debatte über den Schaden durch Wildschweine ist praktisch nichts getan worden. Es ist alles bei dem Hinweis geblieben. Als bald geht die Kartoffelkäfersuche wieder los²². Was soll da die Bevölkerung machen, wenn sie keine Schuhe hat.

²² Der Länderrat hatte in seiner B. Sitzung im Mai 1946 eine Verordnung zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers verabschiedet, die allen Kartoffelanbauern eine Anzeigepflicht an die Ortspolizeibehörde bei Auftreten des Schädlings auferlegte. Die Kartoffelbauern wurden

Einzelne Gegenden melden bereits ein stärkeres Auftreten des Kartoffelkäfers. Die Leute auf dem Land sind also gezwungen, irgendwelche, zum Teil sich abgesparte Lebensmittel der Stadtbevölkerung im Tausch gegen Schuhe zu geben. Dies kann nur abgestellt werden, wenn, wie es bei den Industrieunternehmen geschieht, auch der Bevölkerung auf dem Lande in solchen Fällen Bevorzugungsbezugsscheine gegeben werden.

Als Sofortmaßnahme schlagen wir dem Herrn Minister für Ernährung vor: Es wird festgestellt: Die Landbevölkerung hat zum größten Teil ihr Abgabesoll erfüllt. Das hat natürlich nicht gereicht. Bei wenigen säumigen Nichtablieferern werden durch die Ernährungsämter der Kreise unter Zuhilfenahme der nun zustande gekommenen Gemeindevertretungen Prüfungen vorgenommen, um festzustellen, ob Böswilligkeit vorliegt und so weiter.

Desgleichen müssen wir eine Neueinteilung des Lebensmittelabgabesolls fordern²⁰. Wir stehen auf dem Standpunkt, es kann nicht alles über einen Kamm geschoren werden. Wenn man jetzt die Größe des Betriebes allein in Betracht zieht, dann kommen meiner Ansicht nach noch in Frage die Bodenfläche und andere jeweilige Umstände. Wir möchten das Ernährungsministerium darauf hinweisen, die landwirtschaftliche Bevölkerung aufzurufen zu einer freiwilligen Lebensmittelpende als Notopfer. Wir können nicht verlangen, daß [die] landwirtschaftlichen Betriebe trotz ihrer Abgabe aus vielleicht ersparten und schon zuviel abgegebenen Lebensmitteln noch bestraft werden, indem ihnen auch noch der letzte Rest weggenommen wird.

Die Prüfungsämter bei den Landratsämtern haben bisher wenig von sich hören lassen; vielleicht würde über ihre Tätigkeit manches zu sagen sein. Besonderer Kontakt würde aber hergestellt, wenn die Gemeindevertretungen sich meinem Vorschlag bezüglich der Beibringung des Notopfers anschließen würden.

Wir könnten die eine oder andere Sofortmaßnahme noch vorschlagen, namentlich auch, daß die viel umstrittenen Kohlrüben angepflanzt werden, denn wir stehen auf dem Standpunkt: Lieber ein Winter mit Kohlrüben, als im Winter nichts zu essen.

Dann noch einen Wunsch: Wir möchten feststellen, daß die Verteilung der Lebensmittel noch sehr bürokratisch vor sich geht. Wir fordern eine demokratische Bereinigung der in Betracht kommenden Stellen. Die Empörung der Bevölkerung über das Gebaren dort wird immer größer. Ein altes Wort heißt: „Die Liebe geht durch den Magen“. Auf dem Lande heißt es: „Mit hungrigen Leuten ist nicht gut Kirschen essen“. Das ist jetzt die Volksstimmung draußen. Von uns aus ist alles geschehen, was menschenmöglich war. Wir bitten daher den Herrn Ernährungsminister, die Demokratisierung soweit durchzuführen, daß die Beschwerden, die von der Bevölkerung so oft an uns herankommen, endlich verstummen.

verpflichtet, ihre Äcker an amtlich festgelegten Suchtagen nach Kartoffelkäfern abzusuchen. Die Ortspolizeibehörde konnte dazu die Einwohner ganzer Gemeinden verpflichten. Vgl. HStAW Abt. 502 Nr. 1678.

²⁰ⁱ Über die Ernährungslage und die Erfüllung des Abgabesolls vgl. den Jahresbericht 1945/46 des Ministers für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft in HStAW Drucksachen Abt. D 509 Nr. 38, S. 101ff.

Noch eins: Ein tüchtiger Herr namens Dietz²⁰⁴ hat in einem Rundschreiben als Vorsitzender des Großhandelsverbandes für Nahrungs- und Genußmittel geschrieben: „Gleichzeitig gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1942 uns dem Endsieg näherbringen wird“ und so weiter. Wir legen keinen Wert darauf, daß Leute, die sich im Dritten Reich so betätigt haben, jetzt auch noch eine Tätigkeit ausüben, die zum mindesten sehr starken Zweifeln ausgesetzt ist. Darf Herr Dietz, der neben seinen Funktionen als Großhändler, neben seinen Funktionen als Vorstand der Zuckerfirma Dietz noch so viele verquickte Geschäfte hat, eine solche Monopolstellung, die selbst im Dritten Reich unmöglich war, ausüben? Herr Dietz ist nicht nur Inhaber seiner Firma, er ist ferner Vorsitzender der Großhandelsgesellschaft, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, Mitinhaber der Importgesellschaft Frankfurt am Main, Beauftragter der Hessischen Staatsregierung für Ernährung und Landwirtschaft, Sonderbeauftragter bei der Militärregierung, Leiter der Abteilung 4 des Großhessischen Staatsministeriums, Leiter der Abteilung Groß- und Einzelhandel und so weiter. Wir stehen auf dem Standpunkt, wir können unmöglich heute in dieser kritischen Ernährungslage auch noch einen Ballast tragen und Personen im Ernährungsministerium haben, bei denen nach außen hin keine klare Scheidung zwischen Privat- und Staatsgeschäften möglich ist. Es geht nicht an, daß wir einem solchen Mann eine solche Monopolstellung einräumen und eine solche wirtschaftliche Macht in die Hand geben.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Durch den Kollegen Barthel ist die Ernährungsfrage angeschnitten worden. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind.

Abg. Stetefeld (LDP):

Meine Damen und Herren! So kurz wie möglich! Ich komme auch wieder von einer Landratskonferenz und will Ihnen einen kurzen Einblick geben in die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben. Ich habe mir das letzte Mal schon anzudeuten erlaubt, daß die Unterhandlungen hier praktisch nicht von allzu großer Bedeutung sind. In der letzten Plenarsitzung hatten wir die Wildschweinplage behandelt. Wie die Dinge nun in Wirklichkeit stehen, will ich Ihnen an einem kurzen Beispiel sagen. Die Kommunistische Fraktion hatte eine Anfrage eingebracht wegen Bekämpfung des Schwarzwildes. Es wurde auch beschlossen, daß sich am nächsten Tage eine Kommission zu Herrn Colonel Newman begeben sollte. Ich konnte nicht mitgehen, aber ich bin überzeugt, wenn ich mit dabei gewesen wäre, wäre der Erfolg nicht anders gewesen. Nach zwei, drei Tagen wurde ich auf die Militärregierung in Gelnhausen gerufen und mir da gesagt: „Wir haben Ihnen sieben Gewehre zur Wildschweinbekämpfung zur Verfügung gestellt. Diese sieben Gewehre werden jetzt zurückgezogen.“

(Heiterkeit)

Wir haben [ein] Dreivierteljahr geredet, es wurde damals fälschlicherweise gesagt, wir hätten nichts getan. Aber wenn Sie wüßten, wie ich mich bemüht

²⁰⁴ Der Abg. Bauer meint den Zuckergroßkaufmann Fritz Dietz (1909-1984), der nach dem Krieg Sonderbeauftragter im Ernährungsministerium wurde und von 1946 bis 1948 Leiter des Landesernährungsamtes war.

habe, würde niemand sagen, es wurde nichts getan. Wir haben heute weniger Gewehre als bisher. Die Militärregierung in Gelnhausen hat, wenn ich so sagen darf, einen kleinen Anranger bekommen, weil sie diese Gewehre ohne Zustimmung der Militärregierung in Wiesbaden ausgegeben hat. Wir hatten einen Kommandanten, der sich durch unsere Bitten und Feststellungen erweichen ließ. Der Erfolg war das Gegenteil. Wir können die Wildschweinplage nur dadurch bekämpfen, daß wir den Leuten draußen im Forst Waffen in die Hand geben. Es brauchen nicht politisch Belastete zu sein. Wir haben unter unseren Leuten, unter den Waldhütern, so brave Demokraten, warum geben wir die Gewehre nicht denen? Ich kann verstehen, daß wir die nicht an die Förster geben, die zu 95 Prozent Mitglieder der NSDAP waren. Sicher ist es so, daß auch die Militärregierung ernstlich bestrebt ist, uns zu helfen, aber sie bekommt eben ihre Anweisungen auch von oben und der einzelne Kommandant, selbst wenn er sich dieser Not nicht verschließen möchte, kann auch nicht, wie er will.

Wie es in der einen Frage geht, so geht es in Dutzend anderen Fragen auch, zum Beispiel in der Ernährungsfrage. Ich möchte dem Herrn Minister nicht vorgreifen, er wird ja dazu berichten. Ich kann aber nur sagen, es gibt auch hier außerordentliche Schwierigkeiten. Mein Vorredner hat über die Ernährungsämter gesprochen. Er hat gesagt, es würde nicht viel getan. Meine Damen und Herren, die Behörde, von der Sie nicht viel merken, braucht noch lange nicht untätig zu sein. Wir in der Verwaltung leisten so unerhört viel Arbeit, die dem Volk verborgen bleibt. Wir hängen unsere Tätigkeit nicht an die Glocke. Kein Landrat redet darüber, was er getan hat, was er für ein tüchtiger Kerl ist. Er arbeitet und diejenigen, die mit ihm zu tun haben, merken, was er arbeitet, wie er bestrebt ist, das Mögliche herauszuholen, wie er Tag für Tag den Landleuten die Not der Städter vor Augen stellt. Die Bauern wissen auch, worum es geht. Ich habe Ihnen das letzte Mal schon gesagt, es erinnern sich heute die Stadtleute ihrer alten Verwandten draußen auf dem Lande. Gar mancher, der jahrzehntlang seinen Vetter in Dingsda nicht kannte, der merkt jetzt auf einmal, er könnte ihn besuchen. Unsere Landwirte sind in der furchtbaren Lage, daß sie sich beinahe nicht mehr das Haus zu verlassen getrauen, weil sie von denen bestürmt werden, die zu wenig haben. Die Erzeugung hält nicht Schritt mit dem Verbrauch; solange der Geldüberhang besteht, werden Sie den Schwarzhandel nicht ausrotten können. Die Militärregierung ist an mich herangetreten und hat gesagt: „Sie haben jetzt dafür zu sorgen, daß alles, was noch auf dem Lande steckt und herausgeholt werden kann, sofort herausgeholt und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird.“ Wenn wir uns aber die Frage vorlegen: Was können wir noch herausholen? — so darf ich Sie auf eines verweisen. Als wir im vorigen Jahr festgestellt hatten, was noch herausgeholt werden kann, da traf uns der Strom der Flüchtlinge. Wir müssen also mit dem, was noch vorhanden ist, auch die Flüchtlinge ernähren. Wir haben noch weitere 10 000 bis 15 000 zu erwarten. Wo sollen wir die Lebensmittel für diese Leute herbekommen? Wir haben keine Saatkartoffeln. Wie sollen wir diese beschaffen, wenn die Bauern die Kartoffeln essen müssen. Aber glauben Sie mir, wir bemühen uns ernstlich, für die Stadtbevölkerung alles an Lebensmitteln freizumachen, was wir können. Meine Damen und Herren! Ich verstehe den Ruf der Städte, ich kenne auch die Not.

Wir zählen als Beamte ja selbst zu den Normalverbrauchern und haben auch nicht mehr als jeder andere. Niemand vermag mir nachzuweisen, daß ich mir hintenherum etwas besorge, und weil ich weiß, wie groß die Sorgen sind, helfen wir. Aber machen Sie sich keine übermäßig großen Vorstellungen von den Vorräten, die noch vorhanden sind. Ich habe schon oft gehört, daß die Amerikaner glauben, wir hätten auch in der Landwirtschaft nicht das nötige Tempo. Vielleicht kann auf diesem Gebiet noch das eine oder andere getan werden, vielleicht kann das Genossenschaftswesen auf dem ländlichen Gebiet noch etwas stärker ausgeprägt werden als bisher, aber im großen ganzen können wir doch in unserem Gebiet bei dem Kleinbesitz feststellen, daß die Leute das Menschenmögliche tun, um ihren Acker so zu bewirtschaften, daß nicht nur für sie, sondern auch für die anderen etwas übrigbleibt. Wenn also immer über die Landwirtschaft gescholten wird, so vergessen sie nicht die Arbeit, die unter erschwerten Umständen draußen geleistet wird. Sie dürfen versichert sein, daß auf dem Lande alles getan wird, die Not der Städte in der nächsten Zeit zu lindern.

Abg. Rupp (SPD):

Meine Damen und Herren! Ich kann das bestätigen, was Herr Landrat Stetefeld soeben gesagt hat und daß der Kreis Gelnhausen, und ich glaube auch sagen zu können viele Kreise in Groß-Hessen, dazu beigetragen haben, daß wir heute schon zum Teil über die schwere Zeit hinweggekommen sind. Es war sehr unvorsichtig, im Herbst die Erhöhung der Selbstversorgerrationen vorzunehmen, was jedem aufgefallen ist. Demnach bestand keine Statistik, was vorhanden war und infolgedessen ist heute ein Teilmangel oder Mangel eingetreten. Es muß aber auch betont werden, daß von dem Landwirtschaftsministerium noch nicht dahin gewirkt wurde, daß ein Teil der fehlenden Düngemittel geliefert wird. In meinem Bezirk hat der größte Teil der Mitglieder der Raiffeisen-Genossenschaft noch keine Düngemittel. Wenn es noch einige Zeit dauert, dann haben sie für die diesjährige Ernte keinen Zweck mehr. Wenn es Raiffeisen nicht schaffen kann, dann muß die Beschaffung einer anderen Stelle übertragen werden.

Ein großer Mangel war es, daß im Herbst nicht verwogen wurde. Wir müssen doch daran denken, daß es auch unehrliche Bauern gibt. Der größte Teil der Bauern hat richtig abgeliefert, andere haben gehamstert. Es muß daher im kommenden Herbst verwogen werden, aber man muß den Landwirten auch einen gewissen Teil ihrer Erzeugung lassen, damit sie Vieh nachzüchten können, denn bei der heutigen Lage, wo die Schweine überhaupt fehlen und keine Aussicht besteht, daß sie in nächster Zeit ersetzt werden können und das Rindvieh so stark in Anspruch genommen wird, wird es auf lange Zeit eine Fettnot geben, die nicht zu überbrücken ist.

Das sind die Wünsche und Anregungen, die ich zu geben hatte.

Abg. Diez (KPD):

Meine Damen und Herren! Als Bürgermeister einer Landgemeinde habe ich genau von den Klagen Kenntnis, die Herr Landrat Stetefeld geschildert hat, und kann seine Ausführungen nur unterstreichen. Wir müssen darauf bedacht sein, auch dem Kleinbauern das zu geben, was er braucht, um seine Arbeiten ausführen zu können. Was wir aber geändert sehen möchten, das sind die Dinge, die auf den Ernährungsämtern vor sich gehen, nicht in den Kartenstellen, sondern

auf dem Landesernährungsamt, und ich gestatte mir, einige Fragen an den Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft zu richten. Ist es dem Herrn Minister bekannt, daß Herr Steinbacher²⁰⁵ im Ministerium, gegen den ein Verfahren wegen Urkundenfälschung läuft, heute noch in seinem Amt sitzt. Der Betriebsrat des Landesernährungsamtes hat sich mit dieser Frage beschäftigt und gefordert, daß Herr Steinbacher zu entlassen sei. Er ist aber heute noch im Amt. Wenn solche Dinge vorkommen, dann dürfen Sie es nicht verübeln, wenn die Leute draußen Mißtrauen gegen die Ernährungsämter haben.

Es liegt auch noch ein anderer Fall vor. Bei dem Lebensmittelhändler Hohmann in Frankfurt am Main wurde durch die Kriminalpolizei festgestellt, daß er in seinem Lager Waren hatte, die aus Einbruchsdiebstählen herrührten. Das Geschäft wurde geschlossen. Später hat Steinbacher dieses Geschäft wieder eröffnet und veranlaßt, daß die beschlagnahmten Waren verkauft werden. Wir beantragen, hierfür einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der diese Dinge im Landesernährungsamt Frankfurt nachprüft und darauf bedacht ist, daß alle Personen, die mit diesen Dingen in Berührung gekommen sind, sofort und restlos beseitigt werden.

Abg. Frau Wolf (KPD):

Meine Kollegen und Kolleginnen! In der letzten Ausschußsitzung wurde von der Fraktion der KPD eine Anfrage eingebracht über die bevorzugte Behandlung der Naziaktivisten in den Interniertenlagern in bezug auf die Ernährung. Leider ist diese Anfrage nicht behandelt worden. Wir haben inzwischen eine Anfrage an den Kontrollrat gerichtet und an die Militärregierung. Vom Hauptquartier liegt nunmehr die Antwort vor, daß internierte Naziaktivisten, die in den Lagern nicht arbeiten, eine Kalorienmenge von 1700 pro Tag erhalten, arbeitende Nazis eine solche von 2400 Kalorien. Das ist also die doppelte Kalorienmenge, wie sie die Bevölkerung in der amerikanischen Zone bekommt. Die Bevölkerung kann es nicht verstehen, daß diejenigen, die an unserem Elend schuld und für diese Ernährungskrise verantwortlich zu machen sind, nicht nur ungeschoren ausgehen, sondern geradezu bevorzugt behandelt werden. Ich bitte daher, daß an die maßgeblichen Stellen herangetreten werde, daß eine Kürzung dieser Nazirationen durchgeführt wird, denn es ist vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus nicht zu verantworten, daß die Schuldigen noch bevorzugt behandelt werden.

(Beifall)

Abg. Geiger (LDP):

Meine Damen und Herren! Wir stehen bei dem Thema der deutschen Ernährungskrise. Ich möchte dazu ganz kurz eine Anregung an den entsprechenden Ressortminister zum Vortrag bringen. Ein Mittel, über die deutsche Ernährungskrise hinwegzukommen, ist für den deutschen Kleinbürger eine vermehrte Haltung von Kleinvieh. Da besteht eine Möglichkeit, sich zu helfen. Kleinviehhaltung setzt den Besitz oder die Errichtung von Kleinviehstallungen voraus. Diese stößt sich in der Praxis aber in erheblichem Maße an die bestehenden Baubestimmungen über das Grenznachbarland. Ich möchte da eine Anregung

²⁰⁵ Biographische Informationen zu Steinbacher konnten nicht ermittelt werden.

an den Herrn Minister des Innern oder an den Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft vorbringen, unsere Baubehörden anzuweisen, die diesbezüglichen Bestimmungen doch den heutigen Notwendigkeiten etwas anzupassen — man mag in Friedenszeiten anders denken —, ob vielleicht eine kleine Düngergrube an der Grenze eines Hauses oder an der Grenze eines Gartens errichtet werden soll oder nicht. Ich habe zum Beispiel mit meinem Nachbarn darüber gesprochen, dieser hat mir von einer möglichen Fliegenplage gesprochen. Meine Herren! Ich denke, über solche Feinfühligkeiten kommen wir hinweg. Ich meine, was ist wichtiger, daß wir eine Hungerplage oder vielleicht eine kleine Fliegenplage in Kauf nehmen müssen? Ein anderer praktischer Fall: Ich kenne einen Schuhmachermeister in meiner Heimat, der Mann wäre in der Lage, zwei Ziegen zu halten. Er hat ein kleines Stallgebäude errichtet. Es war ihm nur möglich, dieses Stallgebäude zu errichten, wenn er sich eidesstattlich verpflichtete, in diesem kleinen Schuppen keine Tiere zu halten. Sonst hätte das Hochbauamt die Genehmigung nicht gegeben. Zwei Fälle aus dem praktischen Leben. Ich ziehe das Fazit: Anweisung an die staatlichen Baudienststellen im Lande, in dieser Hinsicht unserer jetzigen Notlage in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen und hier der Einzelinitiative den nötigen Spielraum zu lassen, daß hier jeder, der dazu ernährungsfuttermäßig in der Lage ist, helfen kann, über diese Lage hinwegzukommen.

Abg. Heißwolf (SPD):

Meine Damen und Herren! Die Ernährungslage und das Ernährungsproblem sind wirklich viel zu ernst, als daß wir sie zum Gegenstand von Lächerlichkeiten machen sollten, wie es fast den Anschein gehabt hat. Meines Erachtens kann die Ernährungslage, wie sie derzeit ist, nicht in der von meinem Herrn Vorredner geschilderten Weise gemildert werden. Wenn man selbst im Ernährungssektor steht und täglich mit den Schwierigkeiten der Ernährung zu tun hat, so kann man erst ermesen, vor welcher Ernährungskatastrophe — ich spreche das Wort ruhig aus — wir heute stehen. Meine Damen und Herren! Auch bei dieser Gelegenheit möchte ich wieder in den Vordergrund stellen, daß ja nur die nationalsozialistische Wirtschaft uns in diese Hungersnot gebracht hat, vor der wir derzeit stehen. Hätten wir die Naziwirtschaft nicht gehabt, so würden wir uns auch heute nicht mit diesem Problem wie auch mit dem finanziellen und anderen Problemen zu beschäftigen haben. Aus diesem Grunde ist vielleicht die Anregung, die die Kollegin gegeben hat, nicht von der Hand zu weisen. Aber nachdem von der landwirtschaftlichen Seite gesagt worden ist, daß von den Landwirten alles getan wurde und daß kaum noch etwas herauszuholen ist, so bestätigt das nur, was immer wieder gesagt wurde, daß wir kein Agrarstaat, sondern ein Industriestaat sind und daß man dieses Moment leider bis heute noch zu wenig von der Besatzungsmacht anerkannt hat. Wenn auch die Besatzungsmacht immer wieder sagt und in den Vordergrund rückt, Deutschland muß versuchen, sich selbst zu ernähren, so liegen die Dinge doch heute viel ungünstiger, als sie vor der Naziherrschaft gelegen haben. Durch den Verlust der Ostgebiete sind wir noch viel weniger in der Lage, uns selbst zu ernähren, auch wenn wir die größten Anstrengungen machen. Dies mit aller Deutlichkeit festzustellen, halte ich für meine Pflicht, auch nach außen hin.

Es wurde ja davon gesprochen, daß durch die Erhöhung der Rationen im Laufe des Winters die Schwierigkeiten hervorgerufen wurden. Es waren aber nicht die deutschen Behörden, die die Brotrationen und die Kalorienzahl heraufgesetzt haben, sondern dies ging ja von der Besatzungsbehörde aus²⁰⁶. Soweit ich informiert bin, ist insbesondere von den Ernährungsämtern darauf hingewiesen worden, daß auf Grund unserer eigenen Erzeugung eine Erhöhung der Rationen nicht durchführbar sei. Jetzt sehen wir ja, daß der Anschluß an die neue Ernte mit außerordentlich großen Schwierigkeiten verbunden ist, und soweit ich die Sache beurteilen kann, meine Damen und Herren, ist es unmöglich, mit den Getreidevorräten aus unserer eigenen Erzeugung den Anschluß an die neue Ernte zu finden. Ich möchte mit aller Deutlichkeit aussprechen, wenn uns von Seiten der Besatzungsbehörde in bezug auf den wichtigsten Faktor der Ernährung, das Brot, keine Hilfe zugesagt wird, so ist nicht zu ermessen, in welche Gefahren wir ernährungspolitisch hineingehen.

In dem Sektor der Viehwirtschaft steht es meines Erachtens so, daß ein großer Teil unserer Landwirte die Viehwirtschaft in einer Weise gesteigert hat, die den Futtersektor nicht so berücksichtigt, wie es notwendig gewesen wäre. Mir sind eine ganze Reihe Fälle bekannt, wo die Viehwirtschaft so erheblich gesteigert wurde, daß die Fütterung nicht mehr in der erforderlichen Weise erfolgen kann. Nach der Richtung hin müßte sich auch die Landwirtschaft den heutigen Verhältnissen anpassen und ihre Viehwirtschaft in einer Weise gestalten, die es ermöglicht, zurechtzukommen. Das war ja vielleicht mit ein Grund, weshalb die Fleischration erhöht worden ist. Hinsichtlich des Fleisches liegen die Dinge nicht so ungünstig wie in der Brotwirtschaft, und daß nach dieser Hinsicht Maßnahmen getroffen werden, erscheint dringend notwendig. Wenn auf der anderen Seite gesagt wird, insbesondere von der Besatzungsmacht, daß die Erzeugung gesteigert werden müsse, so weise ich auch bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß meines Erachtens eine ganze Anzahl Flugplätze, die heute noch brachliegen, der Landwirtschaft zugewiesen werden könnten, denn wenn es nur fünf oder sechs derartige Flugplätze wären, so könnte damit unser Ernährungssektor erheblich verbessert werden. Dies wäre jedenfalls besser, als das Land brachliegen zu lassen. Vielleicht ist dies ein Fingerzeig, die von der Besatzungsmacht verlangte Steigerung der Erzeugung zu erreichen.

Und dann die Steigerung der Düngemittelfrage. Das hängt, worüber wir uns wiederholt im Wirtschaftspolitischen Ausschuß unterhalten haben, von der Zuweisung der Kohle ab.

Was die Waldrodungen anbelangt, so wissen wir alle, was es bedeutet, wenn diese Rodungen in großem Ausmaß ausgeführt werden. Die Niederschläge werden dadurch beeinflußt, und dadurch würden große Hemmungen in der Ertragsfähigkeit der Felder und Wiesen eintreten. Und ganze Waldgebiete urbar zu machen, bis sie ertragreich sind, bis dahin kann das deutsche Volk verhungern.

²⁰⁶ Die Militärregierung hatte sich im Herbst 1945 zu einer Anhebung der Lebensmittelrationen auf 1350 Kalorien und ab Januar 1946 zu einer weiteren Erhöhung auf 1550 Kalorien entschlossen. Vgl. dazu auch Kropat, Stunde Null, S. 201 ff.

Es ist dringend erforderlich, daß die bäuerlichen Genossenschaften in bezug auf ihren Zusammenschluß noch mehr tun als bisher. Ich weiß bestimmt, daß durch den Zusammenschluß der bäuerlichen Genossenschaften schon Erhebliches geleistet worden ist, wenn das Bestreben vorhanden ist, dieselben auszubauen²⁰.

Minister für Ernährung und Landwirtschaft Häring:

Meine Damen und Herren! Man kann nur verteilen, was man hat. Es geschah nicht auf unsere Veranlassung, daß wir einigemal mehr gegessen haben, als wir hätten essen dürfen. Wie dem aber auch sei, wir müssen nun sehen, wie wir den Anschluß an die neue Ernte erreichen. Um falschen Vermutungen entgegenzutreten, will ich hier kurz darstellen, wie die Dinge wirklich liegen: Die Höhe der Rationen ist bisher stets von der Militärregierung festgestellt worden. Nach dem Einmarsch der Besatzung wurden die Rationen auf 1050 Kalorien festgesetzt. Nach dem jetzigen Plan haben die deutschen Stellen – unter anderem auch in Bayern, Württemberg und Baden – festgestellt, daß wir bestenfalls 950 Kalorien verteilen können. Die Militärregierung hat erklärt, daß sie damit nicht einverstanden sei und die Lebensmittelrationen auf 1350 Kalorien festgesetzt. Sie hat dabei erklärt, daß die fehlenden Mengen aus Importen und Heeresbeständen ergänzt würden und unmittelbar darauf auch aus den Heeresbeständen 40 000 Tonnen Mehl gegeben. Sie ist dann dazu übergegangen, die Ration auf 1550 Kalorien zu erhöhen.

Die deutschen Stellen haben vor dieser Erhöhung gewarnt, sie haben darauf hingewiesen, daß diese Verteilung nur durchzuführen ist, wenn in ausreichendem Umfang Lebensmittel importiert werden. Die Militärregierung hat damals in Aussicht gestellt, daß im Januar, Februar und März 150 000 Tonnen Getreide, Mehl und Hülsenfrüchte eingeführt werden sollen. Die Rationen sind daraufhin auch ausgegeben worden. Und es war auch vielleicht gut so, denn ein kalter Winter und ein leerer Magen wären doppelt schwer gewesen. Es sind aber bis Ende Februar anstatt der in Aussicht gestellten 300 000 Tonnen nur 85 000 Tonnen gewesen, so daß die deutschen Stellen erklärten, sie könnten eine weitere Verantwortung nicht übernehmen und seien zu einer Herabsetzung gezwungen. Die Militärregierung hat dann der Herabsetzung auf 1275 Kalorien zugestimmt, zumal vom Präsidenten Hoover zugesichert [wurde], in den Monaten April, Mai und Juni 50 000 Tonnen Lebensmittel einzuführen. Es ist eben so, daß die Importe nicht so eingehen, wie wir es wünschen, wir aber andererseits auf längere Sicht disponieren müssen. Die Militärregierung hat lange gezögert, so daß die Brotration auf 1000 Gramm pro Woche herabgesetzt werden mußte. Die Rationen würden jetzt höher sein, wenn die deutschen Stellen schon vorher allein die Lebensmittelrationen festgesetzt hätten.

Ich bin fest überzeugt, daß sich die maßgebenden Stellen im Kontrollrat^{20s} und die Militärregierung die größte Mühe gegeben haben, um die gemachten

²⁰⁷ In Hessen bestanden zwei Genossenschaftsverbände: der „Kurahessische Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften Raiffeisen e.V.“ und der „Ländliche Genossenschaftsverband Rhein-Main-Neckar“. Vgl. den Jahresbericht 1945/46 des Ministeriums für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft in HStAW Abt. D 509 Nr. 38, S. 93f.

²⁰⁸ Die maßgebliche Arbeit wurde im Kontrollstab geleistet, der in zwölf Direktorate, u.a.

Zusagen zu erfüllen und die Importe hereinzubringen. Wenn es nicht gelungen ist, dann ist das gegen ihren Willen geschehen, und wir können nicht nachträglich irgendwelche Stellen dafür verantwortlich machen. Es ist also so, daß wir diese Rationssenkung hätten vermeiden können, wenn wir schon früher allein die Festsetzung der Lebensmittelrationen in der Hand gehabt hätten. Heute wären wir dazu nicht mehr in der Lage, auch wenn es eine Katastrophe würde. Es ist das natürlich außerordentlich bedauerlich. Ich hoffe aber, daß die Importe so eintreffen, daß wir, wenn auch mit einer verringerten Ration, über die nächsten Wochen hinwegkommen.

Es ist nun von der Militärregierung bestimmt worden, daß künftig die Rationen nur von den deutschen verantwortlichen Stellen festgesetzt werden sollen. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß von allen drei Ländern – zum Lobe der Beamten und Angestellten, die eine außerordentlich aufreibende und wahrhaft nicht dankbare Tätigkeit haben, sei dies gesagt — zweifellos alles geschieht, was nur möglich ist. Es ist insbesondere in Groß-Hessen alles geschehen, um vorzusorgen. Wir müssen also immer mit Bayern, Baden und Württemberg gemeinschaftlich arbeiten in dieser außerordentlich wichtigen Frage. Ich freue mich, daß die Einrichtung der Zentralstelle in Stuttgart zustande gekommen ist²⁰⁹

über die Aussichten für die Zukunft läßt sich nicht allzuviel sagen. Es ergaben sich vor allem Schwierigkeiten in der Düngemittelversorgung. Die gesamte Düngemittelindustrie ist zerschlagen, so daß lediglich Kalkstickstoff geliefert werden kann. Die Produktion könnte von 3000 auf 4500 Tonnen gesteigert werden, die sich die drei Länder brüderlich teilen. Dabei besteht jedoch die Voraussetzung, daß Kohlen zur Verfügung stehen.

Armee, Marine, Flugwesen, Politik, Verkehr, Wirtschaft, Finanzen, Reparationen, Inneres und Rechtswesen, eingeteilt war und wiederum dem Koordinierungsausschuß, mit den vier Vertretern der Oberbefehlshaber an der Spitze, unterstand. Die einzelnen Direktorate umfaßten zum Teil weitgreifende Zuständigkeitsbereiche. So war z. B. das Direktorat Wirtschaft zuständig für die Verteilung von Lebensmitteln und Brennstoff sowie für die Festlegung der Produktionshöhe in der Industrie. Über die Organisation des Kontrollapparates vgl. Henke/Oldenhage, Office, S. 24 und Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle, S. 144ff

²⁰⁹ Zu Beginn des Jahres 1946 erforderte die schlechte Ernährungslage der Bevölkerung rasches Handeln. Eine Katastrophe schien nach Ansicht der Ministerpräsidenten nur dann vermeidbar, wenn schnelle Entschlüsse gefaßt und den Ländern bestimmte Maßnahmen vorgeschrieben werden konnten. Die Geschäftsordnung gestattete es dem Länderrat jedoch nicht, den Ländern Anweisungen zu erteilen. Im April 1946 wurde deshalb das Amt eines Sonderbevollmächtigten für Ernährung und Landwirtschaft und gleichzeitigen Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Sekretariat des Länderrates in Stuttgart geschaffen. Der Bevollmächtigte erhielt die Befugnis, im Namen des Länderrates den Ernährungsministern der Länder Anordnungen zu erteilen und für die Vollziehung der Beschlüsse des Hauptausschusses Ernährung und Landwirtschaft bindende Vorschriften zu erlassen. Ebenso oblag ihm die Aufstellung und Ausführung von Programmen für Ernährung und Landwirtschaft. Mit dem Amt war Dr. Hermann Dietrich (1879–1954) betraut worden. Der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Konstanz war von 1919 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der DDP. Von 1928 bis 1930 war Dietrich Reichsernährungsminister und danach bis 1932 Reichswirtschafts- und -Finanzminister. Vgl. Härtel, Länderrat, S. 23.

Auch die Kaliindustrie läuft langsam an. Wir haben die Hoffnung, daß, wenn die Kohlenkalamität nicht dazwischen kommt, immerhin zu Beginn der Herbstbestellung ausreichend Düngemittel vorhanden sind und [wir] darüber hinaus auch für die Hackfrüchte noch Düngemittel erhalten können. Aber wir bemühen uns und hoffen nur, daß die Kohlenfrage geregelt wird. Und das ist wichtiger, als man allgemein annimmt. Ich möchte dringend bitten, alles zu tun, dafür zu sorgen, daß unsere Kohlengruben reichlich Arbeiter bekommen. Wir brauchen in Hessen etwa 4000 Arbeitskräfte.

Wir haben keine Garantie dafür, daß auch in diesem Winter ein Einschlag in unseren Wäldern möglich sein wird, zumal sie für Reparationen in Betracht kommen. Ebenso dringend notwendig ist es, daß genügend Arbeiter zur Förderung von Steinkohlen im Ruhrgebiet sich bereit finden. Wenn das nicht geschieht, wird nicht nur die ganze Ernährungsorganisation zusammenbrechen, sondern vieles andere auch. Der Bergarbeiter ist in der Lebensmittelzuteilung erheblich günstiger gestellt als alle andere Kategorien; er erhält nicht nur die Schwerstarbeiterzulage, sondern noch weitere Zulagen, so daß seine Ration heute ungefähr die dreifache Menge an Lebensmitteln darstellt, als den Normalverbrauchern zur Verfügung stehen.

Es wurde in der Aussprache darauf hingewiesen, daß auch die Kleintierzucht zur Lebensmittelversorgung beitrage. Selbst das Kleinvieh will etwas zu fressen haben. Jetzt, wo wir auf allen Gebieten über Mangel klagen, so ist darauf hinzuweisen, daß selbst in guten Ställen alljährlich und in guten Zeiten für Millionen Mark Kraftfutterstoffe erforderlich sind, um die Viehhaltung gerade in Hassen auf der Höhe zu halten. Ich verspreche mir daher heute von der Förderung der Kleintierhaltung nicht allzuviel, wenn auch die Erzeugung zu steigern, die beste Methode für die Nahrungsmittelversorgung ist.

Ich möchte auf die einzelnen Fragen, die sonst noch aufgeworfen wurden, nicht näher eingehen. Noch ganz kurz zu der Personalanfrage von dem Redner der Kommunistischen Partei: Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich keine Ursache habe, Herrn Dietz aus seiner sehr schweren und verantwortlichen Stellung zu beseitigen. Ich kann mich nur freuen, einen so gewandten und tüchtigen Menschen gefunden zu haben. Die Vielseitigkeit seiner Position ist in gewissen Dingen eine Einfältigkeit. Die Militärregierung hatte seinerzeit gefordert, daß ein unmittelbarer Vertreter bei der Frankfurter Ernährungsbehörde abtreten müsse. Es war damals vorgeschlagen, den damaligen Leiter des Landesernährungsamtes, Herrn Dietz, zu übernehmen.

In den vielen Monaten, in denen ich mit ihm zusammenarbeite, hat er sich als das beste Pferd im Stall erwiesen. Er hat die außerordentlich wichtigen Verhandlungen in Stuttgart mit der amerikanischen Militärregierung geführt, so daß wir hier in Hessen sichtbare Vorteile hatten. Wir sind auch durch die Verteilung in Hessen bei den Importen besser bedacht worden. Ein gut Teil der guten Versorgung ist nicht zum wenigsten der Mitwirkung des Herrn Dietz zu verdanken. Ich hätte es gewünscht, wenn andere Gründe, die gegen ihn vorgelegen [haben], billigerweise mir vorher vorgelegt worden wären. Was bisher vorgelegen hat, kann mein Vertrauen in Herrn Dietz nicht erschüttern. Ich weise darauf hin, daß wir in allen Staaten Minister haben, die trotzdem ihre Privatgeschäfte haben. Wir haben Minister, die ihre Güter haben, wir haben Landräte,

die ihre frühere Wirtschaft weiterführen und weiterführen würden, wenn sie nicht Landrat wären. Man kann dies begreifen, denn die Garantien, die heute einem in amtlicher Funktion zugesichert werden, sind sehr zweifelhaft, und wir haben es oft erlebt, wenn jemand fest im Sattel zu sitzen glaubte, plötzlich neben dem Sattel saß. Und so verstehe ich es, wenn jemand die Existenzgrundlage nicht aufgibt für den manchmal nicht dankbaren Vorzug, im Interesse der Gesamtheit und des ganzen Staates zu arbeiten.

Was die übrigen Vorgänge im Landesernährungsamt angeht, so werden diese durch die Gerichte jetzt nachgeprüft. Das ordentliche Gerichtsverfahren wird darüber entscheiden, ob die Beschuldigungen, die gegen einzelne Herren erhoben worden sind, zutreffen oder nicht. Meine Aufgabe ist es, daß sie bereinigt werden. Ich wünsche, daß die Verwaltung ordentlich und sauber geführt wird, und diejenigen, die sich dagegen sträuben, müssen es hinnehmen, daß sie darüber stracheln. Selbst die Ansicht eines Betriebsratsvorsitzenden kann mich in dieser Hinsicht nicht beeinträchtigen. Ich kann mich nicht dazu bereit finden, neben dem Staatsanwalt und dem Gericht noch einen Sonderausschuß zu setzen, der sich auch noch darum zu kümmern hätte. Im großen und ganzen ist die Arbeit der Ernährungsämter gerade hier in Hessen mit moralischem Eifer und außerordentlicher Hingabe geführt worden.

Auch kann ich an dieser Stelle nur eins sagen: Der größte Teil unserer großhessischen Bauern hat sein Getreide abgeliefert, sie haben sogar ihr Soll vielfach erheblich überschritten. Die Einzelprüfungen jeder Art richten sich im Grunde genommen gegen einen verhältnismäßig kleinen Teil unserer Bauernschaft. Ich habe immer wieder die Bitte an die Bauern gerichtet: „Erfüllen Sie Ihre Abgabepflicht, Sie ersparen sich viel Zeit und Arger.“ Ich bin lebhaft daran interessiert, daß die Bauernschaft unter sich und in ihren Reihen Ordnung hält.

Abschließend möchte ich sagen: Ich bitte überzeugt davon zu sein, daß von den Ernährungsämtern, den beiden Landesernährungsämtern – und auch vom Ministerium, soweit es eingreifen muß — alles geschehen wird, um über die augenblicklichen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Ich habe es begrüßt, daß die Militärregierung ihre sichtliche Unterstützung angeboten hat, und ich bin überzeugt davon, daß die maßgebenden Stellen des Kontrollausschusses mit allen Kräften dafür eintreten werden, daß wir ausreichende Zufuhren an Mehlgetreide erhalten, um auch über diesen Sektor hinwegzukommen. Bei allen übrigen Nahrungsmitteln, Fleisch, Fett, Hülsenfrüchte und Nährmitteln besteht keinerlei Gefahr, daß die Rationen herabgesetzt werden müssen; die Fettration kann sogar heraufgesetzt werden. Wir werden ferner Trockenmilch heranbringen und noch manches andere verbessern können. Die schwierige Situation besteht eben auf dem Gebiet der Brotration und in kurzer Zeit auch der Kartoffelration. Das Brot, das wir jetzt nicht essen können, haben wir in den vergangenen Monaten bereits gegessen. Ich bitte Sie, dafür zu wirken, daß im Lande keine Unruhe darüber aufkommt.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte über die Ernährungsfrage geschlossen. Wir kommen zum dritten Punkt, das heißt den Fragen, die mit den

Anträgen im Finanzpolitischen Ausschuß zusammenhängen. Wer wünscht hierzu das Wort? Herr Leitz und Herr Willmann.

Abg. Leitz jr. (CDU):

Meine Damen und Herren! Es ist in unserer letzten Plenarsitzung der Antrag eingebracht worden, daß das Finanzministerium uns einen Haushalt vorlegt. Dies ist bis heute nicht geschehen. Herr Kollege Heißwolf hat berichtet, daß der Finanzausschuß beziehungsweise der Geschäftsführende Ausschuß einen Bericht erhalten hat über die Kosten der Ministerien²¹, und diesem Bericht ist ein Anhang beigefügt, der über die sonstigen Ausgaben Aufschluß gibt. Es ist natürlich sehr wichtig, daß, wenn wir jetzt in die Wahlen hineingehen, die Kandidaten, gleich welcher Partei sie angehören, in der Lage sind, den Wählern zu beweisen, daß wir in unserem Parlament von den Ministern über die Finanzgebarung auf dem laufenden gehalten werden. Es wäre sinnlos, wenn wir uns einerseits parlamentarisch betätigten, andererseits eine Lethargie entstände, wie sie in bezug auf die amerikanischen Behörden zum Teil festgestellt werden muß. Ich erinnere dabei an die Frage der Wohnungsbeschlagnahme und der Wildschweinplage. Es ist also nötig, daß wir bis zur nächsten Sitzung Anfang Juni einen solchen Haushaltsplan bekommen, damit wir im Wahlkampf Rede und Antwort stehen können, wie die Steuererhöhungen im Verhältnis zu den Ausgaben gerechtfertigt werden können.

In der genannten Aufgabenaufstellung ist zu sehen, daß die größten Aufwendungen die Zuschüsse zur Invaliden- und Angestelltenversicherung sowie zur Knappschaftsversicherung erfordern. Eine solche Aufstellung in Verbindung mit den Einnahmen, selbst wenn sie sehr summarisch ist, dürfte wohl sehr geeignet sein, der Wählerschaft klarzumachen, worum es geht, wenn Steuererhöhungen notwendig sind. Damit können wir das Interesse an dem neuen Parlament wecken, und es dürfte daher sehr erwünscht sein, wenn wir in der nächsten Versammlung etwas Derartiges zur Verfügung hätten.

Abg. Willmann (KPD):

Meine Damen und Herren! Auch wir von der kommunistischen Fraktion haben im Haushalts- und Finanzausschuß die Aufstellung eines Etats befürwortet, und ich möchte im Namen meiner Fraktion mich den Ausführungen meines Vordrners anschließen, daß auch wir Wert darauf legen, daß recht bald ein Etat ausgearbeitet wird.

Ich will aber speziell zu einem anderen Punkt Stellung nehmen, den der Berichtstatter des Haushalts- und Finanzausschusses bereits gestreift hat. Ich muß dabei mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß der Berichtstatter sich nicht nur darauf beschränkt hat, etwas zu berichten, sondern daß er gleichzeitig schon eine ablehnende Stellung bezogen hat gegen eine Haltung der kommunistischen Fraktion. Ich glaube, daß das nicht zum Wesen einer Berichterstattung gehört. Es ist an sich erfreulich gewesen, daß im Haushalts- und Finanzausschuß die Deklaration des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern sowie der

²¹⁰ Der Bericht ist im Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 4. Mai 1946 enthalten. Vgl. AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 13.

Handwerkskammern zum Gegenstand einer Beratung genommen worden ist und daß es uns gelungen ist, im großen ganzen Einmütigkeit zu erreichen. Die Frage des Geldwesens ist ja ein so heikles Thema, und wir haben aus vielen Äußerungen gehört, daß die Wirtschaft eine baldige Bereinigung der Finanzfrage für erforderlich hält. Auch alle Parteien stehen auf dem Standpunkt, daß nicht nur eine Geldkontrolle erfolgen muß, sondern gleichzeitig auch eine Blockierung, und das ist schon ein großes Plus.

Über einen Punkt konnten wir uns nicht einigen, und wir als kommunistische Fraktion können auch heute in dieser Sache nicht nachgeben: das ist der Punkt 7 in dieser Deklaration. Es gibt gewisse Grundsätze, die man auch bei allem guten Willen, einen Kompromiß zu finden, nicht außer Acht lassen kann. Jeder Kompromiß würde einer Parteilinie zuwiderlaufen, wenn er sich mit den Prinzipien der Partei nicht vereinbaren läßt, und es läßt sich mit unseren Prinzipien nicht vereinbaren, daß wir die Gelder auf der einen Seite blockieren wollen und auf der anderen Seite wieder einen Kanal schaffen, durch den einer bestimmten Schicht, einem bestimmten Volksteil die Möglichkeit gegeben wird, aus dem, was man oben hereinzieht, unten wieder den größten Teil herauszuziehen. Aus diesem Grunde haben wir uns gegen die Formulierung des Punktes 7 gewendet und haben folgenden Antrag eingebracht, den Sie unter dem heutigen Material unter Punkt 16 finden:

„Die Fraktion der KPD im Beratenden Landesausschuß Groß-Hessen schlägt vor, Absatz 7 der Erklärung der Gewerkschaften und der Industrie- und Handelskammern zum Währungsproblem vom 13. April 1946 folgendermaßen zu formulieren:

Für den laufenden Geldbedarf der Betriebe, zur Bestreitung ihrer Zahlungen an Löhnen und Gehältern können aus den blockierten Konten auf Antrag die erforderlichen Beträge zur Verfügung gestellt werden, und zwar für Fertigungsbetriebe auf die Dauer von drei Monaten, für sonstige Betriebe auf die Dauer eines Monats. Der Geldbedarf der Betriebe für die Begleichung von Steuer- und Betriebsschulden, die beim Termin der Blockierung bereits bestanden und bis spätestens drei Monate nach dem Termin fällig werden, kann auf Antrag und nach Genehmigung gleichfalls aus den blockierten Konten zur Verfügung gestellt werden, soweit die Neukonten für die erforderlichen Zahlungen noch nicht ausreichen.“

Es wird also von unserer Seite eine andere Formulierung der Position 7 der Erklärung vorgeschlagen, als sie seinerzeit von den Gewerkschaften in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern getroffen wurde. Die ursprüngliche Fassung lautete folgendermaßen:

„Der laufende Geldbedarf der Betriebe für die Bezahlung von Löhnen, Gehältern, Rohstoffen, Steuern, Betriebsmitteln aller Art sowie Investitionen für Wiederaufbauzwecke wird nur solange aus den blockierten Konten auf Antrag nach Genehmigung zur Verfügung gestellt, wie die Neukonten für diese Zahlungen noch nicht ausreichen.“

Wir sehen in letzterem Text eine so weitgehende Formulierung, daß es den Unternehmern freigestellt ist, ihren gesamten Wiederaufbau durchzuführen, und zwar solange, als sie nicht auf ihren Neukonten über entsprechende Mittel

verfügen. Es ist zwar eine Sicherung eingebaut durch die Klausel „auf Antrag nach Genehmigung“, aber wir wissen ja, wenn man es den sogenannten Ausführungsbestimmungen überläßt, so macht man schon eine Konzession, die man später nicht wieder zurücknehmen kann. Wir sind der Meinung, wenn man schon eine Begrenzung beabsichtigt, dann soll man gleichzeitig den Willen aufbringen, eine Begrenzung auf einen bestimmten Termin vorzunehmen, und diese Begrenzung haben wir mit drei Monaten vorgeschlagen.

Es geht uns mit unserem Antrag darum, daß die Frage in irgendeiner Form so schnell wie möglich bereinigt wird und daß der Grundsatz der gleichmäßigen Erfassung des Volkes garantiert wird. Aus diesem Grunde bleiben wir bei unserer Auffassung bestehen, daß wir für diese Mittel eine Begrenzung festsetzen. Ich verweise dieserhalb nochmals auf unseren Gesetzesvorschlag²¹, der ja ursprünglich am morgigen Tage mit behandelt werden sollte, aber durch die Verlegung ist ja eine Änderung eingetreten. Wir wollen damit dem Volk draußen zeigen, daß es uns Kommunisten ernst ist mit dieser Frage und daß es für uns Kommunisten das A und O ist, daß in der Wirtschaft und Ernährung der Grundsatz der Gleichmäßigkeit gewahrt bleiben muß, ferner daß eine Änderung unserer gegenwärtigen Lage nicht erfolgen kann, wenn es nicht möglich ist, eine Bereinigung des gesamten Problems der Reichsschulden durchzuführen. Aus diesem Grunde bitten wir die Fraktionen, sich damit zu beschäftigen, damit wir in unserer nächsten Finanzausschußtagung zu einem Beschluß kommen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen zunächst nicht vor. Ich stelle fest, daß damit die Debatte über die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung beendet ist. Wir kommen demzufolge zur Abstimmung. Für die Abstimmung liegt zunächst vor ein Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zum Geldwesen. Diesen Antrag habe ich in der Zwischenzeit vervielfältigen lassen und ihn haben wohl die meisten Mitglieder des Beratenden Landesausschusses zur Hand. Die Fraktionsführer haben ihn auf jeden Fall, und er ist ja wahrscheinlich schon öfters debattiert worden. Dazu gehört auch die Ziffer 16 der uns vorliegenden Anfragen und Anträge, nämlich der Antrag der KPD auf Abänderung des Absatzes 7 nach Maßgabe des Vorschlages der KPD. Das wäre der eine Punkt. Dann hätten wir als nächstes die Anträge bezüglich des Planungsausschusses, und zwar handelt es sich dabei um den Beschluß der Kommunistischen Partei über die Einsetzung des Planungsausschusses.

Abg. Fisch (KPD) — zur Geschäftsordnung —:

Es handelt sich nicht um einen Beschluß der Kommunistischen Partei, sondern es handelt sich um einen Beschluß des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, dem alle vier Fraktionen zugestimmt haben.

²¹ Es handelt sich hierbei um den Gesetzentwurf der KPD zur Regelung des Zahlungsmittelumschlages und zur Bekämpfung des schwarzen Marktes. Vgl. die Diskussion darüber und einen Abdruck des Entwurfs im Protokoll der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 27. Mai 1946 in AHLT Abt. OBLA 04 Nr. 14.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Es käme dann also der Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses auf Schaffung eines zentralen Planungsausschusses beim Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, wie er im Anhang zu den Anträgen detailliert ist. Hierzu liegt noch der Antrag der CDU, im Material unter 39 angeführt, vor, sofern sich die Fraktion darüber einig geworden sein sollte. Dann läge auf derselben Linie der Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses über die Überbrückung der Zonengrenzen, Überprüfung des deutschen Industrieplanes und Eingliederung der Ostflüchtlinge in das Sozial- und Wirtschaftsleben. Herrscht darüber Klarheit? Der Antrag steht auf Seite 3 des Anhangs.

Abg. Fisch (KPD) — zur Abstimmungsfrage —:

Ich möchte dazu noch zwei Bemerkungen machen. In dem Protokoll des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wäre zweckmäßigerweise einzufügen, daß der zentrale Planungsausschuß sich auch mit den Fragen des Wiederaufbauministeriums (nicht nur des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr) befassen soll. Das ist unterlassen worden. Der zentrale Planungsausschuß soll beim Ministerium für Wiederaufbau dieselben Aufgaben erfüllen wie beim Wirtschaftsministerium. Aus diesem Grunde müßte der Ausschuß für beide Ministerien für zuständig erklärt werden.

Im übrigen möchte ich noch bemerken, daß durch die Annahme des Antrages des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der zu dem gleichen Thema seitens der CDU eingebrachte Antrag Nr. 39 hinfällig wird.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Wir machen dazu folgenden Vorschlag: In unseren Antrag betreffend Einsetzung von Planungsausschüssen, Absatz 2, bitten wir hinter „Ministerium für Wirtschaft und Verkehr“ einzufügen „sowie das Ministerium für Wiederaufbau“. Der Absatz hätte dann folgenden Wortlaut:

„Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr sowie das Ministerium für Wiederaufbau mögen daher mit der beschleunigten Durchführung folgender organisatorischer Maßnahmen beauftragt werden...“

Das deckt sich grundsätzlich mit der Anregung, die von den Herren der Kommunistischen Partei zu ihrem gleichen Antrag gegeben worden ist.

Um zu der Sache selbst zu sprechen, mache ich den Vorschlag, daß selbstverständlich der im Wirtschaftspolitischen Ausschuß angenommene Antrag auch hier im Plenum zur Abstimmung gelangt. Unser Antrag soll ja gewissermaßen eine Ergänzung darstellen. Beide Anträge könnten dann den zuständigen Ministerien zur Ausarbeitung einer entsprechenden Gesetzesvorlage unterbreitet werden, die dann an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß zur Beratung zurückgeht, um dann dem Plenum vorgelegt zu werden, damit die Dinge Form und Gestalt bekommen.

Abg. Fisch (KPD):

Es tut mir leid, daß ich dem widersprechen muß, denn es handelt sich nicht darum, daß der eine Antrag eine Ergänzung zum anderen darstellt. Wenn Ihr Antrag sich auf das Ausmaß der Aufgaben beschränken würde, die jetzt zu bewältigen sind, dann wäre es recht. Aber da nach Punkt 2 Ihres Antrages (Seite 15 des Materials) die Zusammensetzung des vorgeschlagenen Planungsausschusses

ses in ganz anderer Form gewollt ist, so ist das nicht eine Ergänzung, sondern ein ganz neuer Antrag, der die ursprünglich vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß vorgesehene Zusammensetzung abändert.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Darf ich etwas bemerken. Beide Anträge sollen doch nur Material für die Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen darstellen.

Abg. Bauer (KPD):

Es handelt sich hierbei nicht um Material, denn der Antrag, dem auch der Wirtschaftsminister zugestimmt hat, wurde im Wirtschaftspolitischen Ausschuß einstimmig angenommen. Der Antrag der CDU, der nachträglich eingebracht wurde, will etwas ganz Neues schaffen und sozusagen unseren Antrag torpedieren.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Ich freue mich, hier auch einmal als Torpedoboot gekennzeichnet zu werden. Ich kann nicht einsehen, daß es Ihnen so furchtbare Kopfschmerzen macht, daß die Zusammensetzung des Ausschusses in dem Antrag der CDU nicht mit der Ihrigen übereinstimmt. Über diese Frage wird sich eine Verständigung erzielen lassen. Aber unser Vorschlag und der Beschluß des Wirtschaftspolitischen Ausschusses sind ja letzten Endes nichts anderes als Unterlagen für das Staatsministerium für die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage, die uns dann zur Debatte unterbreitet wird. Ich zweifle gar nicht daran, daß mit der endgültigen Gestalt der Vorlage den Wünschen aller Parteien gedient sein wird.

Abg. Schwarzhaupt (LDP):

Ich würde vorschlagen, beide Anträge dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß zur nochmaligen Beratung zuzuweisen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich möchte sagen, wenn der Wirtschaftspolitische Ausschuß einstimmig den Antrag gutgeheißen hat, so wäre es unzweckmäßig, ihn nochmals an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß zurückzuverweisen.

Abg. Zinnkann (SPD):

Ich wollte vorschlagen, ob die Damen und Herren von der CDU sich nicht damit einverstanden erklären könnten, daß wir von Punkt 3 ab, wo der Antrag der CDU gewissermaßen die Aufgabengebiete des zentralen Planungsausschusses umreißt, ihren Antrag gelten lassen, daß also dem zu bildenden Ausschuß, wie er in der gemeinsamen Erklärung der vier Fraktionen gutgeheißen ist, zunächst die Aufgaben übertragen werden sollen, die in dem Antrag der CDU niedergelegt sind. Ich glaube, daß das eine Grundlage ist, auf der wir uns verständigen können.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Einverstanden.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Ich bringe nun den Antrag der CDU (auf Seite 14 des Materials) zur Abstimmung, und zwar mit der Maßgabe, daß Punkt 1 und 2 abgelehnt werden und Punkt 3 angenommen wird. Dann müßte die CDU Punkt 1 und 2 zurückziehen. Der Punkt 3 wäre dann lediglich eine Ergänzung zu dem im Wirtschafts-

politischen Ausschuß angenommenen Antrag. Dann wäre noch der Antrag des Herrn Kollegen Fisch einzufügen, die Kompetenzen des Ausschusses auch auf das Ministerium für Wiederaufbau auszudehnen. Das müßten Sie, meine Herren vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß noch klären, damit nun in Ihrem Antrag die Koordination mit dem Minister für Wiederaufbau herbeigeführt werden könnte.

Abg. Fisch (KPD):

Ja, ich habe das vorhin gesagt, aber nicht formuliert.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Wir dürfen doch nun etwas, was wir sachlich als notwendig erkannt haben, nicht einfach weglassen, nämlich eine gewisse Koordination zwischen dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr und dem Ministerium für Wiederaufbau herbeizuführen. Ich stelle den Antrag zur Abstimmung, und zwar den Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, einen zentralen Planungsausschuß beim Ministerium für Wirtschaft und Verkehr zu schaffen, plus Antrag 39 der CDU unter Wegfall der Punkte 1 und 2, die als nicht gestellt gelten, aber mit dem Zusatz, daß die zuständigen Ministerien für Wirtschaft und Verkehr und für Wiederaufbau und politische Befreiung mit den in Punkt 3 des Antrages der CDU genannten Maßnahmen beauftragt werden.

Abg. Dr. Köhler (CDU) — zur Abstimmungsfrage —:

Ich halte es für sinnlos, wenn aus einem Antrag, der organisch ein Ganzes darstellt, Teile herausgenommen werden und man nur die Mitte beläßt.

Abg. Bauer (KPD):

Der Antrag, wie er im Wirtschaftspolitischen Ausschuß einstimmig angenommen worden ist, bleibt bestehen.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Auch wir legen selbstverständlich Wert darauf, daß dieses Organ, das als zentraler Planungsausschuß beim Wirtschaftsministerium gedacht ist, geschaffen wird. Ich stelle fest, daß die Herren mit der organisatorischen Gestaltung nach außen hin einverstanden sind.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Nur in bezug auf die Zusammensetzung. Aber Herr Minister Binder wird den Stein der Weisen lösen.

Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung Binder:

Mir scheint der Antrag und die Formulierung, wie sie aus dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß herausgekommen sind, von einem Fehler auszugehen, nämlich daß nur einseitig von dem Standpunkt des Wirtschaftsministeriums ausgegangen wurde und daß dabei die Planung, die in meinem Ministerium bearbeitet wird, außer acht gelassen worden ist. Das drückt sich auch in der Zusammensetzung des Ausschusses aus, wie sie vorgesehen ist. Das bedingt, daß bei der Zusammensetzung dieses Ausschusses auch die Wiederaufbauabteilung meines Ministeriums zu berücksichtigen ist. Deshalb wäre es richtig zu sagen, beide Anträge werden dem Staatsministerium mit dem Auftrag überwiesen, eine für beide Ministerien zuständige Vorlage auszuarbeiten und sie dem Plenum des

Landesausschusses vorzulegen. Wenn Sie von vornherein an eine solche Kombination gedacht hätten, dann würden wesentlich andere Formulierungen dabei herausgekommen sein.

Abg. Witte (SPD):

Meine Damen und Herren! Ich möchte mir von hoher Warte aus den Vorschlag erlauben, daß das Haus beschließt, sich auf zehn Minuten zu vertagen. Inzwischen tritt eine kleine Kommission zusammen, bringt die Sache redaktionell in Ordnung, und die ganze Sache ist erledigt.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Wer für die Vertagung ist, der möge sich von seinem Platz erheben. Einstimmig! Wir unterbrechen die Sitzung für zehn Minuten.

(Nach der Pause)

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Darf ich die Beratungen fortsetzen? Wir waren ja mittendrin in der Abstimmung, und es war eine Ubereinstimmung zu schaffen zwischen den Widersprüchen, die sich infolge der Abänderungsvorschläge zu dem Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und dem Antrag der CDU Nr. 39 ergeben haben. Darf ich fragen, ob die Kompromißformel zustande gekommen ist?

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Ja, im Sinne des Herrn Ministers Binder.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Also, daß die Sache an den Herrn Wirtschaftsminister und den Herrn Minister für Wiederaufbau geleitet wird mit dem Antrag, dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß Vorschläge zu unterbreiten. Da könnten wir jetzt zu den einzelnen Punkten abstimmen. Ich warte immer noch auf die Vervielfältigung der finanzpolitischen Anträge.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Sie sind schon da.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Das ist nur der Antrag bezüglich des Geldwesens, der Antrag über das Steuerwesen wird noch vervielfältigt. Bis zum Eintreffen der Abzüge könnten wir aber die Pause ausfüllen, indem wir dem Vertreter des Herrn Innenministers, Herrn Ministerialrat Coßmann, Gelegenheit geben, uns aufzuklären. Ich hoffe, daß die Vervielfältigungen inzwischen kommen, so daß wir dann über alle Dinge hintereinander abstimmen können. Herrscht darüber Einverständnis?

(Die Abzüge des Antrages über das Steuerwesen werden verteilt.)

Dann treten wir in die Abstimmung ein. Zunächst stimme ich ab über die Erklärung zum Geldwesen und nehme dabei zunächst die Abstimmung vor über den Antrag der kommunistischen Fraktion, den Absatz 7 gemäß ihren Vorschlägen abzuändern. Wenn dieser Antrag abgelehnt würde, dann würde der Absatz 7 so bleiben, wie er im Finanzausschuß vorgesehen war, und ich würde dann en bloc über alle 10 Punkte abstimmen.

Abg. Bauer (KPD) — zur Abstimmung —:

Ich möchte anregen, über die Punkte einzeln abzustimmen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Dann stimmen wir über die zehn Punkte einzeln ab, und wenn sich bei Punkt 7 Unterschiede ergeben, so ist damit gleichzeitig der Antrag der KPD so oder so entschieden.

Wir kommen zur Abstimmung über die Erklärung zum Geldwesen, beginnend „Das deutsche Geldwesen ist erkrankt“. Antragsgemäß stimme ich über die zehn Punkte einzeln ab.

Die Punkte 1, 2, 3, 4, 5 und 6 werden einstimmig angenommen.

Punkt 7 wird angenommen gegen die Stimmen der KPD. Damit erledigt sich der Antrag der KPD auf Abänderung des Punktes 7 (Material Antrag 16).

Die Punkte 8, 9 und 10 werden ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich stelle abschließend fest, daß die Erklärung zum Geldwesen einstimmig angenommen ist mit Ausnahme des Punktes 7, der gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurde.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses gemäß Anlage zum Material Seite 3 betreffend Überbrückung der Zonengrenzen, Überprüfung des deutschen Industrieplanes und Eingliederung der Ostflüchtlinge in das Sozial- und Wirtschaftsleben.

Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich, sich vom Platze zu erheben. Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Dann kommen wir zu dem Antrag Fisch: „Schaffung eines zentralen Planungsausschusses beim Ministerium für Wirtschaft und Verkehr“ plus Antrag der CDU betreffend Einsetzung von Planungsausschüssen für Industrieaufbau und Siedlung. Da liegt der Antrag vor, den Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und den Antrag 39 der CDU den zuständigen Ministerien für Wirtschaft und Verkehr sowie Wiederaufbau und politische Befreiung zu überweisen mit der Bitte, umgehend eine diesen Anträgen entsprechende gemeinsame Vorlage dem Beratenden Landesausschuß zu unterbreiten.

Abg. Fisch (KPD) — zur Abstimmung —:

So war das nicht gemeint. Es handelt sich nicht um eine gemeinsame Vorlage. Es geht uns nicht um Haarspalterei, sondern um eine grundsätzliche Frage. Wir stimmen dem Vorschlag des Herrn Ministers Binder insofern zu, daß das Wiederaufbauministerium in den Planungsausschuß einbezogen wird, sind aber nicht damit einverstanden, daß sachlich Widersprüche entstehen, sachlich insofern, als etwas entsteht, das nicht dem Antrag des Wirtschaftspolitischen Ausschusses entspricht.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Das ist nach demokratischen Grundsätzen unzulässig, nachdem festgestellt worden ist, daß wir einig sind.

Abg. Fisch (KPD):

Wir waren uns insofern einig, als das Ministerium für Wiederaufbau in den Planungsausschuß einbezogen werden soll und als zweites die sachlichen Aufgabengebiete, die in dem Antrag der CDU genannt sind, ebenfalls noch berücksichtigt werden sollen.

Abg. Schwarzhaupt (LDP):

So geht das nicht. Wir sind ja mitten in der Abstimmung drin, da kann doch nicht mehr eine Rede gehalten werden.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß Sie klar sind über den Antrag bezüglich der Planungsausschüsse, wie ich ihn dem Hohen Hause vorgetragen habe. Ich bitte, wer dagegen ist, die Hand zu erheben. Dann stelle ich fest, daß dieser Punkt bei Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen worden ist.

Wir können nun den gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen des Beratenden Landesausschusses zu der Frage der Steuererhöhungen zur Abstimmung stellen und würden dann alle Punkte der Tagesordnung erledigt haben. Die Exemplare liegen ja jetzt überall vor.

Abg. Bauer (KPD) – zur Geschäftsordnung –:

Es lag noch ein Antrag des Kollegen Diez vor, für den Ernährungssektor einen Ausschuß einzusetzen, um die ganzen Fragen, die im Landesausschuß vorgebracht worden sind, zu klären. Ich möchte diesen Antrag insofern abändern, daß nicht ein Unterausschuß eingesetzt werden soll, sondern gemäß § 15 des Statuts des Beratenden Landesausschusses²¹² ein Sonderausschuß für alle ernährungspolitischen Fragen, ähnlich wie in der Flüchtlingsfrage. Angesichts der gewaltigen Bedeutung der ernährungspolitischen Probleme ist es wichtig, noch einen ernährungspolitischen Ausschuß zu schaffen. Auf Grund des § 15 des Statuts beantrage ich die Schaffung eines Sonderausschusses für Ernährungsfragen.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Dann stelle ich fest, daß also der Antrag dahin geht: Es wird beschlossen, einen Sonderausschuß für Ernährungsfragen zu bestellen. Wird der Antrag genügend unterstützt? Ich nehme an, daß die kommunistische Fraktion damit einverstanden ist.

(Zustimmung)

Abg. Zinnkann (SPD):

Obwohl ich der Meinung bin, daß uns nur noch einige Zeit von dem Zeitpunkt trennt, an dem unsere Körperschaft von der Verfassunggebenden Landesversammlung abgelöst wird, die die Funktionen des Beratenden Landesausschusses übernimmt, so möchte ich doch meinen, daß man jetzt schon dem Wunsche der kommunistischen Fraktion Rechnung tragen und einen Ausschuß für Ernährungsfragen auf der Basis, wie vom Kollegen Bauer vorgeschlagen, schaffen sollte.

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Wird Widerspruch geltend gemacht? Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

²¹² § 15 der Geschäftsordnung legte für einzelne Angelegenheiten die Möglichkeit fest, Sonderausschüsse einzurichten.

Wir kommen zu der Erklärung bezüglich der Steuererhöhungen. Ich darf den Inhalt als bekannt voraussetzen. Zur Rechtfertigung des Büros des Landesausschusses möchte ich sagen, daß uns leider erst heute vormittag diese Anträge zur Vervielfältigung übergeben worden sind. Ich nehme an, daß jetzt alle Abgeordneten das Material vorliegen haben. Die Erklärung ist ja bereits eingehend erörtert worden, so daß es jetzt nur noch notwendig ist, darüber abzustimmen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, darf ich wohl über die Erklärung als Ganzes abstimmen. Wer dagegen ist, bitte ich sich zu erheben.

Ich stelle fest, daß die Erklärung einstimmig ohne Stimmenthaltungen angenommen worden ist.

Damit ist die Tagesordnung als solche erschöpft, wobei wir uns klar darüber sind, daß die noch nicht behandelten Anfragen von den einzelnen Ministern bis zum 30. Mai beantwortet werden und daß die Anträge in der Vollsitzung vom 6. und 7. Juni zur Behandlung kommen.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung: Verschiedenes. Dabei wird noch eine Erklärung des Herrn Innenministers beziehungsweise des Herrn Ministerialrates Coßmann erfolgen, die lediglich den Zweck hat, zu informieren, da die meisten Damen und Herren noch nicht im Besitz des Wortlautes des Wahlgesetzes sind. Sodann wird noch der Herr Ministerpräsident kurz zu dem Landesausschuß sprechen.

Minister des Innern Venedey:

Ich bitte, mir zu erlauben, daß ich ein paar kurze grundsätzliche Bemerkungen mache zu dem, was als Gesetz für die Wahl der Verfassungsgebenden Landesversammlung geschaffen worden ist. Über die technische Seite wird Herr Ministerialrat Coßmann, der bei der Ausarbeitung beteiligt gewesen ist, sprechen. Ich möchte zunächst feststellen, daß dieses Wahlgesetz ausgearbeitet worden ist von einem Ausschuß, der eingesetzt worden ist von dem Herrn Ministerpräsidenten und der Militärregierung¹³. Die Militärregierung hat diesen Ausschuß bei dem Herrn Ministerpräsidenten angeordnet. Was der Ausschuß über dieses Wahlgesetz zu beschließen hatte, geschah ohne Mitwirkung des Beratenden Landesausschusses. Die Arbeit war Ausschüssen vorbehalten, so daß das Wahlgesetz einzig und allein auf die Verantwortlichkeit und Initiative des vom Herrn Ministerpräsidenten geschaffenen Ausschusses zurückzuführen ist. Weder Sie noch das Kabinett hatten dabei mitgewirkt.

Ich hatte ebenfalls einen Entwurf vorgelegt, von dem ich glaubte, daß er möglichst einfach gehalten sein soll. Es kam mir darauf an, einen übersichtlichen Entwurf vorzulegen, weil ich denke, daß bei einer so wichtigen Wahl wie die der Verfassungsgebenden Landesversammlung Groß-Hessens, die die Verfassung und damit das Grundgesetz des Staates beraten soll, jeder Wähler wissen muß, um was es geht. Deshalb habe ich mich für berechtigt gehalten, meinen Entwurf vorzulegen, von dem aber gesagt worden ist, er gehe im alten Gleise. Mein Vorschlag ist in diesem Ausschuß abgelehnt worden; Einzelheiten über diesen Vorschlag wird Ihnen Herr Ministerialrat Coßmann auseinandersetzen. Mein Entwurf war aufgebaut auf dem Prinzip des Verhältniswahlrechts und der

²¹³ Vgl. Anm. 64 und 115.

gebundenen Listen, wobei ich versucht hatte, in diesen gebundenen Listen Möglichkeiten zu finden, die eine Annäherung an die Forderung darstellten, daß der einzelne Wähler in irgendeiner Form auf denjenigen, den er wählt, einen gewissen Einfluß nehmen kann.

Der Ausschuß kam nun zu diesem Wahlgesetz. Es ist eine recht komplizierte Angelegenheit geworden, ein wirklich kompliziertes System, und ich befürchte sehr, daß die Wählerschaft draußen einen Überblick über dieses Gesetz nicht gewinnen wird. Ich möchte aber in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß das Gesetz zwar meinen Namen trägt, weil ich es als Ressortminister zeichnen muß, daß ich aber mit ihm nichts zu tun habe. Es werden ernste Komplikationen entstehen, was technisch durchaus möglich ist, wenn festgestellt wird, daß unter Umständen die Verteilung der Mandate zwischen den einzelnen Regierungsbezirken variiert. Dann, glaube ich, werden wir sehr große Schwierigkeiten haben, da die Bevölkerung nicht verstehen kann, daß in einem Wahlbezirk ein Abgeordneter überhaupt nicht gewählt wird, während in einem anderen Wahlkreis zwei Abgeordnete gewählt werden.

Ich wollte auf diese Dinge hinweisen, weil ich sie für wichtig halte, um festzustellen, daß der Entwurf, wie er jetzt vorliegt, von dem Ausschuß festgesetzt worden ist ohne Mitwirkung des Kabinetts, daß dieser Entwurf zwar meine Unterschrift trägt, aber nicht meinen Anschauungen von einem Wahlrecht entspricht.

Ministerialrat im Innenministerium **Coßmann**²¹⁴,

In Ergänzung der Ausführungen des Herrn Innenministers darf ich Ihnen folgendes vortragen.

Der Entwurf des Herrn Innenministers sah eine Einteilung in drei Wahlkreise nach Regierungsbezirken vor. Er knüpfte im wesentlichen an an die Reichstagswahlordnung, wie sie sich bis 1933 entwickelt hatte. Dieser Entwurf sah eine Abweichung nur insofern vor, als er dem Wähler die Möglichkeit bot, in der Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen eine gewisse Änderung vorzunehmen. Es war ein kleiner Ansatz dazu, dem Wähler einen gewissen Einfluß auf die Reihenfolge der Kandidaten zu ermöglichen. Dieser Grundgedanke ist in dem Ausschuß, von dem der Herr Minister gesprochen hat, gefallen. Ich darf zunächst erwähnen, daß unverändert ist gegenüber der bisherigen Praxis die Bestimmung über Wahlrecht und Wählbarkeit, die Wählerlisten, Stimm­scheine und den Abstimmungsmodus. Geändert ist die Auswertung der Stimmen. Grundsätzlich neu ist die Einteilung des Landes in 64 kleine Wahlkreise, die dieser Ausschuß für erforderlich gehalten hat, um eine enge Verbindung zwischen der Wählerschaft und den Gewählten zu schaffen, um die Kandidaten zur Beschäftigung mit den Problemen ihres Wahlkreises zu zwingen. Der Ausschuß war der Ansicht, daß dadurch ein größeres Leben in das ganze System hineinkomme. Es werden in jedem Wahlkreis Einzelwahlvorschläge eingereicht, also ein Mann als Kandidat und ein erster und zweiter Ersatzmann. Kandidieren kann der Bewerber in fünf Wahlkreisen, außerdem auf der Landesliste. Das Er-

²¹⁴ Heinrich August Coßmann (1889—1949) war von 1925 bis 1932 Landrat des Kreises Biedenkopf, bevor er bis 1935 Justittar in der Schleswiger Regierung wurde. Seit Oktober 1945 war er als Ministerialrat im hessischen Innenministerium tätig.

gebnis der Wahl wird in folgender Weise ermittelt: Es werden zunächst die Parteien ausgeschieden, die im *ganzen* Lande gerechnet weniger als 5 Prozent der Stimmen erhalten haben. Dann erfolgt eine Verteilung auf die drei Regierungsbezirke nach dem bekannten Höchstzahlssystem, so daß die Regierungsbezirke vertreten sind nach der Zahl ihrer Wähler oder, man kann auch sagen, nach der Zahl der Wahlberechtigten in Verbindung mit der Wahlbeteiligung. Wenn dann feststeht, wieviel Abgeordnete auf die einzelnen Regierungsbezirke entfallen, wird innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke in gleicher Weise auf die Parteien verteilt. Damit steht für das ganze Land fest, wie stark die einzelne Partei ist. Tatsächlich kommt jede Stimme, die im Lande abgegeben ist, in gleicher Weise zur Auswertung.

Schwierig wird dann die Berechnung derjenigen, die nun wirklich als Abgeordnete ins Parlament einziehen. Es wird nämlich für jede Partei durchgerechnet, wieviel Prozent der Stimmen sie in dem einzelnen Wahlkreis erhalten hat. In dieser Reihenfolge werden von oben nach *unten* die Kreise für jede Partei geordnet, und gewählt sind dann die Abgeordneten, die die höchsten Prozentsätze erhalten haben, immer innerhalb der Zahl der Sitze, die die Partei in den einzelnen Regierungsbezirken sich erkämpft hat. Es kann dabei sehr wohl vorkommen, daß ein Wahlkreis mehrere Abgeordnete stellt, ein anderer keinen. Ist in einem Wahlkreis die Streuung der Parteien sehr stark, dann kann es so sein, daß in diesem Wahlkreis keine Partei zum Zuge kommt, es kann aber auch sein, daß eine schwächere Partei siegreich ist.

Auf diese Weise werden also 64 Sitze besetzt. Reststimmen, die auf die Landesliste übergehen könnten, entstehen nicht, sondern jede von dem Wähler abgegebene Stimme kommt zum zweiten Male auf der Landesliste zur besonderen Auswirkung. Im Wahlvorgang ändert sich also für den Wähler nichts; der Wähler kreuzt den Kreiswahlvorschlag an, dem er seine Stimme geben will; diese Stimme gilt automatisch auch für die Landesliste mit dem gleichen Kennwort. Die Verteilung der 26 Sitze auf die Landeslisten erfolgt nach dem aus den Gemeinde- und Kreistagswahlen bekannten System der Höchstzahlen.

Grundsätzlich sind einem Wahlsystem drei Aufgaben gestellt: es soll gemeinverständlich sein, es soll jede Stimme gleichmäßig auswerten, es soll eine Verbindung zwischen dem Gewählten und dem Wähler herstellen. Es zeigt sich, daß alle drei Forderungen in gleicher Weise von keinem Wahlsystem erfüllt werden können: es wird immer die eine, die andere oder die dritte Aufgabe zurücktreten müssen. Das Einmann-Wahlkreissystem der westlichen Demokratien, das auch das Reichstagswahlrecht bis 1918 beherrschte, ist gemeinverständlich und stellt die Verbindung zwischen Wählern und Gewählten her, ist aber insofern ungerecht, als auch starke Minderheiten ohne Vertretung bleiben können. Das Wahlrecht der Weimarer Verfassung war gemeinverständlich, es wertete die Stimmen bis zum Letzten gleichmäßig aus, aber es fehlte die Verbindung zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern. Das, was jetzt vorliegt und dieser Tage veröffentlicht werden wird, wertet alle Stimmen in gleicher Weise aus und sucht die Verbindung zwischen Wählern und Gewählten herzustellen, aber verständlich für den Wähler in seinen Einzelheiten wird es nicht werden, und tatsächlich werden einzelne Wahlkreise zweimal, andere gar nicht vertreten sein.

Ministerpräsident Prof. Geiler:

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einige abschließende Bemerkungen, mit denen ich Ihre Zeit nur noch einige Minuten in Anspruch nehmen will, aber nachdem ich Ihre interessanten Referate gehört habe und auch die Diskussion, scheint es mir doch ganz angebracht, wenn ich noch einige zusätzliche Bemerkungen dazu mache, die namentlich auf tatsächlichem Gebiet liegen. Ich kann Ihnen noch einige interessante Sachen zu den Punkten mitteilen, die Sie besprochen haben.

Also zunächst zu dem Wahlrecht, dessen Vaterschaft – wie so vieles im Leben – etwas umstritten zu sein scheint. Ich möchte für meine Person sagen, damit auch die Erklärungen des Herrn Innenministers keine falschen Vorstellungen erwecken: Von den Amerikanern war mir aufgegeben, unter anderem auch dieses Wahlgesetz auszuarbeiten. Ich habe dann einen Ausschuß einberufen aus Mitgliedern aller Parteien und sonstigen Sachverständigen wie Professor Bergsträsser, Minister Zinn, Minister Venedey, Herrn Bauer, Herrn von Brentano. Sie sehen, daß dieser Ausschuß durchaus sachverständig zusammengesetzt war. Ich selbst als Ministerpräsident habe mich in diesen ganzen Verfassungsfragen ziemlich passiv verhalten, da ich in gewissem Maße Objekt dieser Erörterungen bin, und habe mich bei den ganzen Verhandlungen zurückgehalten und die Herren das Wahlgesetz so ausgestalten lassen, wie sie es für erforderlich hielten.

Sie haben mit Recht in Ihren Erörterungen, namentlich im Finanzausschuß, das Währungsproblem an die Spitze gestellt. Es ist ja das Problem aller Probleme, und daher möchte ich meiner besonderen Genugtuung Ausdruck geben, daß gerade in dieser wichtigen Frage auf breiter Plattform eine übereinstimmende Meinung hervorgerufen werden konnte. Die Gewerkschaften, Handelskammern und Handwerkskammern haben mir eine übereinstimmende Resolution zu dieser Grundfrage gegeben²⁵, und ich habe sie in einem persönlichen Brief unmittelbar an Herrn General Clay weitergeleitet und habe besonders hervorgehoben, wie erfreulich es ist, daß in einer so wichtigen Frage auf breiter Plattform Einverständnis erreicht worden ist. Im übrigen kann ich Ihnen vielleicht zu diesem wichtigen Problem insofern doch mit einer gewissen Berechtigung etwas mehr Hoffnung machen, als heute in der Aussprache zu Tage getreten ist. Wir hatten vor kurzem in Stuttgart in ganz engem Kreise eine vertrauliche Besprechung, aus der ich aber sagen kann, daß man ernstlich am Werke ist, einen totalen Währungsplan auszuarbeiten – er liegt in gewissem Umfange schon vor –, der eine endgültige Lösung des Währungsproblems enthält, und es ist immerhin eine starke Hoffnung vorhanden, daß dieser Plan bei allen vier Alliierten Zustimmung findet, so daß wir dann doch in hoffentlich nicht zu langer Zeit zu einer Regelung auf diesem Gebiet kommen, und zwar für ganz Deutschland.

(Bravo!)

Ich habe in diesem Zusammenhang, und auch die Finanzminister, die zugegen waren, gerade [gegenüber] den amerikanischen Sachverständigen auf diesem Gebiet noch einmal meine ernstesten Bedenken über diese neue Kontrollratssteuer

²⁵ Die Resolution lag auch dem Haushalts- und Finanzausschuß vor und war durch den Berichtstatter Abg. Heißwolf verlesen worden. Vgl. oben S. 260.

ausgesprochen und habe darauf hingewiesen, daß hier geradezu eine Existenzgefährdung bei sehr vielen Menschen eintrete, die einfach unerträglich ist und daß es auch währungspolitisch nicht richtig ist, das Geldabschöpfungsproblem mit Einkommensteuern zu lösen. Das wurde nachdrücklich von uns hervorgehoben, und ich glaube, die amerikanischen Herren haben das mitgenommen. Es wurde ausdrücklich erklärt, daß diese Steuer einen rein interimistischen Charakter habe und daß sie demnächst im Zuge einer Währungserklärung gemildert und abgeändert werde.

Zur Ernährungslage möchte ich nur ein kurzes Wort noch einmal zum Schutz der deutschen Behörden sagen. Wenn nun das Verhalten etwas widerspruchsvoll ist, so liegt das nicht an uns — das darf ich auch in diesem Kreise ebenso nachdrücklich betonen wie gestern im Kreise der Versammlung von Landräten —, sondern wir sind durch das Verhalten der amerikanischen Militärregierung in diese schwierige Lage geraten, und ich hoffe, daß das Volk Verständnis für die Schwere unserer Situation hat.

Wirtschaftlich wurde ja mit Recht hervorgehoben, daß der hemmende Faktor für den Wiederaufbau der Wirtschaft vor allem die Nichterfüllung der Potsdamer Beschlüsse ist, also Nichtherstellung der wirtschaftlichen Einheit und Nichtherstellung der Zentralstellen, und ich kann immer nur wieder bitten, so wie wir das im Länderrat tun, die Potsdamer Beschlüsse einzuhalten. Wir können ja nichts anderes tun als protestieren, wir sind ja leider in dieser Beziehung immerhin nur Objekt und nicht Subjekt, aber unseren Willen können wir zum Ausdruck bringen, und das ist unsere Pflicht, und wenn der amerikanische Außenminister kürzlich gefragt hat, ob innerhalb 90 Tagen die Zentralstellen geschaffen werden können, so habe ich nur die Antwort: Von uns aus kann das in 14 Tagen geschehen. Wir haben schon die erforderlichen Vorbereitungen getroffen, und könnten die Zentralstellen jederzeit einrichten.

Meine Damen und Herren! Zum Industrieplan: Hier ist mit Recht hervorgehoben worden, daß immer und immer wieder die Gefährlichkeit, die in diesem Plan liegt, von uns zum Ausdruck gebracht werden muß, im Parlament ebenso wie seitens der Behörden, daß das Eisenkontingent viel zu niedrig ist, daß die Herunterdrückung der Kapazität auf 50 Prozent eine weite Verelendung zur Folge hat und damit eine Denazifizierung an einer Stelle einführt, wo sie ganz unberechtigt ist. Daß die Zerschlagung der Schwerindustrie in vollem Umfange nicht aufrechterhalten werden kann, das ist für uns eine Selbstverständlichkeit, und ich habe — das kann ich hier offen sagen — auch bei den persönlichen Verhandlungen mit General Clay darauf hingewiesen, daß ich es für unverantwortlich halte, unsere ganze Schwerindustrie zum Erliegen zu bringen, denn wir können doch die Vorprodukte für unsere Nahrungsmittelindustrie nicht auch noch aus dem Auslande einführen. Es muß eine Sicherung geschaffen werden; zu dieser Sicherung sind wir auch bereit, aber daß man die ganze Schwerindustrie stilllegen will, das ist ein ganz gefährlicher Zustand.

Um etwas über die Reparationsleistungen zu sagen: Wenn eine Firma wie Heinrich Lanz²¹⁶ stillgelegt werden soll, so steht das im Widerspruch zu den

216 Die 1859 in Mannheim gegründete Landmaschinenfabrik wurde durch die Produktion von Traktoren für die Landwirtschaft bekannt.

Absichten der amerikanischen Militärregierung, daß gerade die landwirtschaftliche Maschinen-Industrie gefördert werden muß. Ich bin gerade im Begriff, hierüber eine Denkschrift zusammenzustellen, und wenn Sie mir dafür Angaben machen würden, so wäre ich dafür besonders dankbar. Ich werde diese Denkschrift Herrn General Clay zugehen lassen, der mir immer wieder erklärt hat, daß wir ihm offen unsere Stellungnahme mitteilen sollen.

Interzonenhandel und Export. Mit dem Export haben wir [uns] gerade in der letzten Länderratssitzung eingehend befaßt²¹⁷. Wir haben auch wieder in einer Denkschrift, die wir an die Kontrollkommission gerichtet haben, zum Ausdruck gebracht, daß gerade die jetzige Tendenz, nämlich etwa Stapelhölzer und sonstige Stapelwaren zur Veredelung zu benutzen, gar nicht in unserem Interesse liegt, und wenn heute Ziffern von Herrn Dr. Köhler genannt worden sind, so möchte ich wünschen, daß die Divergenz in der Ein- und Ausfuhr aufhört, da wir eine gewisse Reserve haben müssen, um die noch ausstehenden und hoffentlich bald eintreffenden Lebensmitteltransporte der amerikanischen Militärregierung damit zu finanzieren.

Wir geben uns die größte Mühe, den Interzonenhandel in Bewegung zu setzen, stoßen aber auch hier wieder auf immer neue Schwierigkeiten, die jedoch überwunden werden müssen. Wir werden nicht nachgeben, bis wir die Zonen Grenzen überwunden haben.

Flüchtlingsproblem. Bei der gestrigen Sitzung der Landräte hat der Landrat Wagenbach²¹⁸ für seinen Bezirk Ziffern gegeben, die die Lage des Flüchtlingsproblems sehr tragisch beleuchten. Von etwa 12 000 Flüchtlingen, die in seinen Kreis kommen, sind 22 Prozent Männer, 70 Prozent Frauen und der Rest Kinder. Darunter befinden sich im ganzen 46 Prozent Invaliden, mit denen arbeitsmäßig nichts anzufangen ist, der kleine Rest muß im Handwerk und in der Landwirtschaft untergebracht werden. Sie sehen, wie problematisch die ganze Flüchtlingsfrage ist, weil die Menschen, die wir bekommen, für den Arbeitseinsatz gar nicht in Frage kommen, sondern eigentlich unserer Fürsorge anheimfallen.

Wohnungsfrage und Wohnungsbeschlagnahme. Ich schließe mich dem etwas sarkastischen Ausdruck „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“ weitgehend an. Aber ich bitte Sie, nachdem General Clay seine Erklärung in aller Eindeutigkeit abgegeben hat²¹⁹, immer wieder auf diese Erklärung hinzuweisen. Ich habe ihn noch einmal unter vier Augen gefragt: Ist es richtig, daß die Truppe beschlagnehmen kann, daß aber ohne die Genehmigung der Militärregierung diese Beschlagnahme keine Wirkung hat, und da hat er es mir nochmals ausdrücklich bestätigt. Ebenso hat er ja die Priorität ganz öffentlich zum Ausdruck gebracht und gesagt, daß Antifaschisten und Leute, die ihr An-

²¹⁷ Vgl. das Protokoll der B. Tagung des Länderrates am 7. Mai 1946 in HStAW Abt. 502 Nr. 1678.

²¹⁸ Dr. Joseph Wagenbach (1900—1980) war von Juni 1945 bis Juni 1946 Landrat des Landkreises Gießen. In der Vorlage wird er fälschlich als „Grapenbach“ zitiert.

²¹⁹ Gemeint ist die Ansprache Clays auf der B. Länderratstagung in Stuttgart am 7. Mai 1946. Darin hatte der General die Notwendigkeit der Beschlagnahmen betont, gleichzeitig aber zugesagt, daß sie sich auf wenige Städte konzentrieren sollten. Abdruck der Rede in HStAW Abt. 502 Nr. 1678.

wesen aus eigener Kraft wiederhergestellt haben, in ihren Wohnungen zu belassen sind. Also bleibt nichts weiter übrig, als ununterbrochen zu protestieren.

Fragen der politischen Bereinigung. Hier möchte ich nur einen Satz sagen. Wir haben dieses Gesetz unterschrieben gegen die Zusage, daß wir die Verantwortung allein haben und tragen. Da muß man uns auch diese Verantwortung allein tragen lassen.

Und wenn ich nun zum Schluß noch einige Richtpunkte der Situation hervorheben kann, so ist es nicht nur die Freude über die Schaffung der Organisationen gerade auf wirtschaftlichem Gebiet, die ja heute auch besprochen worden ist. Ich habe gerade die Errichtung des Landeswirtschaftsrats, bestehend aus beiden Sozialpartnern, außerordentlich begrüßt, und ich begrüße auch den Beschluß über die Errichtung des Planungsausschusses beim Wirtschaftsministerium. Nur in einer wirklich offenen und rückhaltlosen Zusammenarbeit können wir die Schwierigkeiten lösen.

Ein kleiner Lichtblick war auch die Erklärung des Vertreters aus Bremen, der bei der letzten Länderratssitzung zugegen war und der uns mitteilte, daß der Ländergedanke in der britischen Zone ebenfalls in der Entfaltung begriffen ist. Während die britische Militärregierung sich erst ablehnend verhielt, hat sie jetzt ihren Konsens dazu gegeben'. Die preußischen Provinzen sind zu Ländern erklärt, und man berät gerade, ob sich drei, vier oder fünf Länder in der britischen Zone bilden wollen. Würden diese Länder geschaffen sein, dann würde die Verbindung mit unserer Zone außerordentlich erleichtert sein, und man könnte dann von Länderrat zu Länderrat einen weitgehenden Kontakt herstellen.

Als so erfreulich habe ich auch betrachtet die Einsetzung des Reichsministers Dietrich im Länderrat als Ernährungsexekutivorgan. General Clay hat ihn als Ernährungsminister bezeichnet, richtig ist, daß er eine Art Bevollmächtigter von den drei Ministerpräsidenten ist, um in wichtigen landwirtschaftlichen Fragen schnelle Entscheidungen treffen zu können. Wir haben ihm eine Vollmacht ausgestellt, und zwar erfreulicherweise in völliger Übereinstimmung mit Bayern, eine Vollmacht, die es ihm ermöglicht, seine Aufgabe hoffentlich zum Segen unserer Zone zu erfüllen.

Wenn ich noch zwei Punkte zum Schluß hervorheben möchte, so ist es meine aufrichtige Freude über das zunehmende Erwachen des kulturellen Lebens, namentlich auch in den zerstörten Städten. Wenn ich sehe, wie in Frankfurt, Darmstadt und Kassel die Bevölkerung sich bemüht, aus den Trümmern ein neues kulturelles Leben zu schaffen, so ist das eine besondere Freude, die einem Ansporn gibt zu weiterer Arbeit. Ähnlich war der Eindruck, den ich gewonnen

^{22°} Die Länderfrage gestaltete sich in der britischen Zone vor allem deshalb problematisch, weil das Gebiet aus vier kleinen Ländern, vier Provinzen des ehemaligen Landes Preußen und den beiden Freien Hansestädten Hamburg und Bremen bestand. Es lag im Bestreben der Briten, die Zahl der Länder so zu reduzieren, daß wirtschaftlich lebensfähige Gebiete entstehen konnten. Die Pläne für eine territoriale, verwaltungsmäßige und politische Neugliederung ihrer Zone nahmen erst allmählich Gestalt an und wurden wegen des umstrittenen Status des Ruhrgebietes verzögert. Erst Mitte des Jahres 1946, fast ein Jahr später als in der US-Zone, nahmen die Engländer die Neugliederung ihrer Zone vor, die zur Bildung von fünf Ländern führte. Vgl. Schneider, Sieg, S. 48ff.

habe auf der Jugendtagung, die in Frankfurt stattgefunden hat, wo etwa hundert junge Menschen, soweit sie sich überhaupt politisch entschieden haben, zusammengekommen waren²²¹. Der Gesamteindruck war folgender: erstens ein ganz deutliches Bestreben der Jugend, über die Schranken etwa zwischen akademischer Jugend und Arbeiterjugend hinwegzukommen und sich freundschaftlich die Hand zu reichen, und zweitens das Bestreben, am heutigen Staat positiv mitzuarbeiten, wenn wir die Jugend nur richtig anfassen. Das sind Lichtpunkte, die einen höher heben und so schließe ich mit dem Wort: Lassen Sie uns hoffen!

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Damit sind wir an den Schluß unserer Sitzung gekommen. Die nächste Sitzung wird am 6. Juni, vormittags 9 Uhr beginnen. Wir werden in dieser Sitzung alles verhandeln, was wir heute unerledigt ließen. Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluß gegen 15.15 Uhr

Wiesbaden, den 6. Juni 1946

Der Vorsitzende

²²¹ Dieses Treffen vom 18. bis 20. Mai 1946 stand unter der Losung „Tag der Jungen Generation“. Jugendliche aus ganz Deutschland hatten sich zusammengefunden, um politische und kulturelle Themen zu diskutieren. Das Programm und ein Protokoll der Zusammenkunft finden sich in NL Geiler HStAW Abt. 1126 Nr. 18.